

Thomas Rabl

Reformen des sowjetischen Wirtschaftsmodells in den 1960er Jahren

Masterarbeit 2012

LMU München

Historisches Seminar

Geschichte Ost- und Südosteuropas

Elitestudiengang „Osteuropastudien“

Erstgutachter: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Martin Aust

Herausgegeben

vom Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München

► www.collegium-carolinum.de

im Auftrag des Fachrepositoriums für Osteuropastudien OstDok

► www.vifaost.de/ostdok/

Digitale Reihe der Graduierungsschriften OstDok

► [Universitäten Deutschland, Band 10](#)

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die [Bayerische Staatsbibliothek](#)

URN: urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-210-4

Empfohlene Zitierweise

Rabl, Thomas: Reformen des sowjetischen Wirtschaftsmodells in den 1960er Jahren.
München 2016.

URL: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-210-4>



Creative Commons Namensnennung –

Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Collegium Carolinum e.V., München 2016

1. Einleitung	4
1.1 Einordnung des Themas	4
1.2 Aufbau, Fragestellungen und Ergebnisse	7
2. Das traditionelle zentral-administrative Wirtschaftssystem sowjetischen Typs	10
2.1 Zentrale Elemente des Wirtschaftsmechanismus	10
2.2 Vorteile des Wirtschaftssystems	13
2.3 Nachteile des Wirtschaftssystems	15
2.3.1 Das Rationalitätsproblem	16
2.3.2 Das Informationsproblem	19
2.3.3 Zusammenfassung	22
3. Grundrichtungen für Reformen des traditionellen Wirtschaftssystems	24
3.1 Begrenzte Reformen im Rahmen des traditionellen Systems	24
3.1.1 Der Liberman-Ansatz: Dezentralisierung, Rationalisierung, Marktelemente	24
3.1.2 Die „Optimalplanungs“-Diskussion	32
3.2 Radikaler Ansatz: Marktsozialismus	43
3.2.1 Das Modell Oskar Langes	44
3.2.2 Modelle osteuropäischer Ökonomen	49
3.2.3 Bewertung	51
3.3 Zusammenfassung	52
4. Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre in der UdSSR, der DDR und Ungarn	54
4.1 Reformdruck: Die Notwendigkeit intensiven Wachstums	54
4.2 Das „Neue Ökonomische System“ in der DDR (1963)	59
4.2.1 Das Reformkonzept	60
4.2.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme	65

4.2.3 Zusammenfassung und Bewertung	68
4.3 Kosygins Wirtschaftsreform in der Sowjetunion (1965)	71
4.3.1 Das Reformkonzept	72
4.3.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme	81
4.3.3 Zusammenfassung und Bewertung	84
4.4 Der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ in Ungarn (1968)	86
4.4.1 Das Reformkonzept	87
4.4.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme	93
4.4.3 Zusammenfassung und Bewertung	98
4.5 Zusammenfassung: Reformexpectations und -ergebnisse	101
4.6 Reformbereitschaft und Reformrisiken im Vergleich	104
4.6.1 Enge Reformgrenzen in der Sowjetunion	104
4.6.2 Abweichende Reformgrenzen in der DDR	108
4.6.3 Großer Reformspielraum in Ungarn	110
5. Fazit	113
6. Literaturverzeichnis	115
6.1 Verwendete Internetseiten	122
7. Abkürzungsverzeichnis	124
Eidesstattliche Erklärung	126

1. *Einleitung*

1.1 Einordnung des Themas

Mit dem Scheitern des sowjetischen Entwicklungsmodells, so argumentierte Francis Fukuyama vor zwanzig Jahren, sei das „Ende der Geschichte“ erreicht. Westliche Demokratie und Kapitalismus seien moralisch, politisch und ökonomisch nun die einzig verbleibende globale Entwicklungsperspektive mit universalem Anspruch.¹ In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass dem Zusammenbruch der UdSSR gerne „eine gewisse Gesetzmäßigkeit zugeschrieben [wird]“,² wie Susanne Schattenberg über die einschlägige historiographische Debatte feststellt. In der Tat bietet sich gerade der im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehende sowjetische Wirtschaftsmechanismus als mustergültiges Beispiel des vorbestimmten Endes an: Systemimmanente Funktionsschwächen hätten, wie mitunter argumentiert wird, zunächst in eine „wirtschaftliche Dauerkrise“³ geführt und anschließend langsam, aber sicher den Kollaps des Systems erzwungen. In den Wirtschaftswissenschaften, so die Beobachtung Ste-

- 1 Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*, New York 1992. Allerdings relativierte Fukuyama seine These später in Hinblick auf die islamische Welt.
- 2 Schattenberg, Susanne: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49-50/2011, S. 11.
- 3 Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 1082.

fan Plaggenborgs, werde ohnehin die Auffassung vertreten, dass über die Lebensunfähigkeit der Sowjetwirtschaft schon durch F.A. von Hayeks Analyse von 1944⁴ alles gesagt worden sei.⁵

Andererseits sind derartige Grundannahmen über die Sowjetunion – selbst wenn man ihre Richtigkeit prinzipiell anerkennt – für den Historiker unzureichend, wirft die ihnen inhärente Logik doch sofort eine weitere Frage auf: Wie lässt es sich erklären, dass die sowjetische Planwirtschaft⁶ vom Ende der 1920er bis an die Schwelle der 1990er Jahre überdauern konnte, wenn sie aufgrund ihrer Mängel angeblich von vornherein zum Scheitern verurteilt war? Die Langlebigkeit und „rätselhafte Stabilität“⁷ der Planwirtschaften sowjetischen Typs steht damit in einem klärungsbedürftigen Widerspruch zur These von der „wirtschaftlichen Dauerkrise“.

Dieser Widerspruch lässt sich einerseits auf kulturgeschichtlichem Wege auflösen. Wie Schattenberg erklärt, ist er vor allem auf normative Grundannahmen und Denkschemata des westlichen Betrachters zurückzuführen:

„Vor dem Hintergrund eines westlichen Fortschrittsdenkens, das sich an Demokratie und Marktwirtschaft orientiert, musste die UdSSR als krisengeschüttelt erscheinen. Wenn man allerdings auf einen solchen uni-

- 4 Hayek, Friedrich August: Der Weg in die Knechtschaft, Erlbach/Zürich 1943 (engl.: The Road to Serfdom, 1944). Auf Hayeks Thesen wird in [Kap. 2](#) eingegangen.
- 5 Plaggenborg, Stefan: Reformen in der Sowjetunion 1953-1991, in: Boyer, Christoph (Hg): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die CSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich (Das Europa der Diktatur 14), Frankfurt 2007, S. 23-45, hier: S. 23.
- 6 Die Begriffe „Planwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ werden im Folgenden der Einfachheit halber synonym verwendet. Für eine Diskussion möglicher Titulierungen für die Sowjetwirtschaft siehe Sauer, Thomas: Kommando- oder Verhandlungswirtschaft? Zur politischen Ökonomie des alten Wirtschaftssystems und ihren Konsequenzen für den postsowjetischen Transformationsprozeß, Köln 1991.
- 7 So der Titel eines Buches, das dieses Phänomen – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht – für die DDR untersucht: Port, Andrew I.: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010.

versellen Maßstab verzichtet und die Sowjetunion an ihren eigenen Normen, Werten und Wahrheiten misst, dann schien die Sowjetunion [vor der Perestrojka] so stabil und gefestigt wie nie zuvor.“⁸

Dieser interessante Gedanke kann mithilfe von Alexei Yurchaks vielbeachteter Untersuchung der letzten sowjetischen Generation veranschaulicht werden:⁹ Diese in der Brežnev-Ära sozialisierte Generation habe, so ließe sich eine These Yurchaks verkürzt wiedergeben, die Realität der späten Sowjetunion in erster Linie als gegebenen Normalzustand wahrgenommen. Das Verhältnis zwischen der Entideologisierung im Privaten und den öffentlich zu erbringenden Loyalitätsbekundungen oder – überträgt man das Beispiel auf den ökonomischen Bereich – zwischen dem niedrigen Lebensstandard mit seinen allgegenwärtigen Versorgungsengpässen und der Erfolgspropaganda der Partei erscheint in dieser Perspektive nicht als Systemwiderspruch oder Krisenphänomen, sondern als Normalität, als Teil derjenigen mit der Sozialisation aufgenommenen Grundannahmen über das Leben, deren Existenz von den wenigsten Menschen noch hinterfragt wird.

Andererseits ist es, stellt man sich der Frage nach der „rätselhaften Stabilität“, auch aus wirtschaftshistorischer Sicht nicht erkenntnisfördernd, die Geschichte der Planökonomie einzig von ihrem bekannten Ende her als von vornherein zum Scheitern bestimmten Prozess oder als „wirtschaftliche Dauerkrise“ zu interpretieren. Denn eine solche Wahrnehmung kann keine der Wandlungen, die die Planwirtschaft zwischen den Zeitpunkten ihrer Entstehung und Abschaffung durchlief, erfassen. Zweifelsohne sind aber gerade in diesen Anpassungen des Mechanismus an neue zeitliche Umstände Erklärungen für die Langlebigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems zu suchen. Die vorliegende

- 8 Schattenberg 2011, S. 11. Zudem besteht die Gefahr, in Anbetracht des Zerfalls der Planwirtschaften zu vergessen, dass auch der Kapitalismus schon vor der Finanzkrise von 2008 nie frei von Problemen war. Der Ökonom Alec Nove urteilte 1980, in Anbetracht von inflationären Tendenzen und Wachstumskrisen im Westen weise die Sowjetunion den Vorteil „relativer Stabilität“ auf. Vgl. Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, Baden-Baden 1980, S. 12.
- 9 Yurchak, Alexei: *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006.

Arbeit möchte einen Beitrag zu dieser Suche nach Erklärungen für die ökonomische Stabilität der Planwirtschaft leisten, indem sie nach theoretischen Möglichkeiten und nach den in den 1960er Jahren tatsächlich durchgeführten praktischen Maßnahmen zur Korrektur der Grundmängel dieses Wirtschaftssystems fragt.

Eine Beschränkung der Analyse auf den sowjetischen Fall alleine wäre zweifelsohne von Nachteil, da kontingente und externe Faktoren so den Blick darauf verstellen könnten, welche systemischen Aspekte die Wirtschaftsreformen¹⁰ beeinflussten. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, den Untersuchungsgegenstand um zwei Planwirtschaften zu erweitern, die zwar Anfang der sechziger Jahre einerseits über den gleichen Stalinschen Wirtschaftsmechanismus wie die UdSSR als systemischen Ausgangspunkt verfügten, in anderer Hinsicht aber von der Sowjetunion abwichen: die DDR, die sich hinsichtlich ihres höheren Entwicklungsniveaus von der UdSSR unterschied, und Ungarn, das bereits wegen seines Reformkurses in Richtung Marktwirtschaft besondere Aufmerksamkeit verdient.¹¹

1.2 Aufbau, Fragestellungen und Ergebnisse

Ausgangspunkt der Arbeit ist in [Kapitel 2](#) eine kurze Charakterisierung des traditionellen, in der Stalin-Zeit geschaffenen Wirtschaftssystems sowie seiner Vor- und Nachteile. Als Quellen der systemischen Ineffizienz werden dabei ein Rationalitäts- sowie ein Informationsproblem benannt. Das anschließende [dritte Kapitel](#) stellt verschiedene Richtungen und Ansätze für Reformen der sowjetischen Planwirtschaft dar und geht der Frage nach, inwiefern diese Modelle das Rationalitäts- und das Informationsproblem eine theoretische Lösung

10 Der Begriff „Wirtschaftsreform“ wird in dieser Arbeit i.d.R. als Synonym für „Industriereform“ verwendet. Die Landwirtschaftspolitik stellt einen eigenen Themenbereich dar, auf den hier nur am Rande eingegangen werden kann.

11 Ähnliche Entwicklungen fanden auch in der ČSSR während des „Prager Frühlings“ sowie in Jugoslawien statt.

anbieten können. Hierbei wird zwischen begrenzten Reformen¹² durch partielle Dezentralisierung und Rationalisierung von Wirtschaftsprozessen und dem radikaleren Weg des Übergangs zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ differenziert. Es wird argumentiert, dass der Marktsozialismus theoretisch eine Beseitigung der Funktionsmängel ermöglichte, Teilreformen der Zentralverwaltungswirtschaft hingegen nur graduelle Verbesserungen, nicht aber eine Behebung der Grundprobleme erzielen konnten.

Auf diese theoretische Grundlage gestützt widmet sich [Kapitel 4](#) den praktischen Reformmaßnahmen der sechziger Jahre. Eingangs wird aufgezeigt, dass die Ostblockstaaten zu diesem Zeitpunkt mit der Notwendigkeit effizienteren, intensiven Wirtschaftens konfrontiert waren, wodurch hoher Reformdruck entstand. Anschließend erfolgt die Analyse der als Reaktion auf den Veränderungsdruck eingeführten Wirtschaftsreformen. Die sowjetische und die ostdeutsche Reform werden dem konservativen Typ der Teilreformen zugeordnet, die ungarische dem radikaleren, marktsozialistischen Weg. Vor dem Hintergrund der über diese Typen gewonnenen Erkenntnisse werden die Schwierigkeiten, Widersprüche und Inkonsistenzen der jeweiligen Reformmaßnahmen untersucht. Es wird gefragt, weshalb in keinem der drei Länder – auch nicht in Ungarn – der erhoffte Durchbruch zu intensivem Wachstum erzielt werden konnte, wobei konzeptuelle Aspekte ebenso wie länderspezifische Umsetzungsprobleme zu beleuchten sind.

Abschließend wird angesichts der unterschiedlichen konzeptionellen Reichweite der drei Reformen gefragt, weshalb nur im Falle Ungarns Marktreformen, die im Gegensatz zu den Teilreformen zumindest theoretisch zur Beseitigung der Funktionsmängel des Systems in der Lage waren, eingeleitet werden konnten, in der UdSSR und der DDR jedoch nicht. Dazu werden sowohl subjektive Risikoabwägungen der jeweiligen politischen Führungen als auch objektive Reformrisiken und -grenzen untersucht.

12 Entsprechend dem Terminus „Reform“ werden nur diejenigen Veränderungen untersucht, die die Grundlagen des Herrschaftssystems – etwa das Primat der Politik über die Wirtschaft und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – nicht unmittelbar in Frage stellen (vgl. Raupach, S. 9; Boyer, S. XV).

Einleitung

Das Ergebnis der Arbeit besteht aus drei Thesen. Erstens konnten die realisierten Reformen der 1960er Jahre die Mängel des Systems zwar nicht beheben, immerhin jedoch einschränken. Sie passten das ineffiziente System zumindest teilweise an neue Herausforderungen an und stellen eine Quelle der „rätselhaften Stabilität“ der Planwirtschaften dar. Zweitens bestand mit dem Modell des Marktsozialismus eine theoretische und, wie der Fall Ungarns zeigt, auch praktische Möglichkeit zur systemimmanenten Reform der Planwirtschaft. Drittens – und in Verbindung damit – ist das Unterlassen marktsozialistischer Reformen in anderen Ostblockstaaten weniger einer vermeintlichen prinzipiellen „Unreformierbarkeit“ des Wirtschaftssystems als den erwähnten länderspezifischen Risikoabwägungen der Führungen geschuldet.

2. Das traditionelle zentral-administrative Wirtschaftssystem sowjetischen Typs

2.1 Zentrale Elemente des Wirtschaftsmechanismus

Ohne Anspruch auf eine vollständige Darstellung zu erheben, scheint es zunächst angebracht, einige zentrale Elemente des traditionellen sowjetischen Wirtschaftsmechanismus¹³ zu erläutern. Erstens bestand ein Primat der Politik über die Ökonomie. Dem offiziellen sowjetischen Verständnis nach war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) dank ihrer „wissenschaftlichen“ Weltanschauung in der Lage, die gesellschaftlichen Bedürfnisse besser zu kennen und zu befriedigen als ein scheinbar anarchischer Markt mit zyklischen Krisen.¹⁴ Es war daher nur logisch, alle Entscheidungen in den Händen der Partei zu konzentrieren¹⁵ und sie mit einem geeigneten Instrument auszustatten, ihr vorhandenes Wissen in wirtschaftliche Realität umzusetzen: dem Plan. Damit sich die Wirtschaft einzig nach der im Plan kondensierten Erkenntnis der

13 Als „traditionell“ wird hier das unter Stalin geschaffene Wirtschaftssystem, wie es bis zu den Reformen der 1960er Jahre in der UdSSR und anderen RGW-Staaten Bestand hatte, verstanden. Es wird im Folgenden auch als „Stalinsches System“ bezeichnet.

14 Dowlah, Alex F.: *The Life and Times of Soviet Socialism*, Westport 1997, S. 157.

15 Boyer, Christoph: Einleitung. Zur idealtypischen Ablauflogik von Reformen im Kontext längerfristiger Pfadverläufe, in: Ders. (Hg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die ČSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*, Frankfurt 2007, S. IX-XLII, hier: S. XIII; Spulber, Nicolas: *Restructuring the Soviet Economy. In Search of the Market*, Ann Arbor 1991, S. 242.

Partei richtete, mussten alle Ressourcen durch Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Kollektivierung der Landwirtschaft dem staatlichen Zugriff unterstellt werden. Die Wirtschaft beruhte also darauf, dass alles Wissen darüber, was im Interesse der Gesellschaft zu produzieren war, als in der kommunistischen Partei gegeben betrachtet wurde und nur noch umgesetzt werden musste. Da die gesellschaftlichen Widersprüche als aufgehoben galten, nahm man an, dass ungeheure Produktivkräfte freigesetzt würden und der sozialistischen Wirtschaft zu mehr Effizienz als der kapitalistischen verhelfen würden.¹⁶

Aus diesem Grund war zweitens nicht etwa eine verallgemeinerte, sondern eine direktive und möglichst detaillierte Produktionsplanung nötig, die den planausführenden Betrieben in detailliert aufgeschlüsselten Naturalkennziffern konkrete Produktionsanweisungen gab.¹⁷ Die anweisende Zentrale und die weisungsgebundenen, ausführenden Betriebe waren durch einen bürokratischen Instanzenzug verbunden, der die Planerfüllung mit administrativen Mitteln kontrollierte und belohnte bzw. sanktionierte.¹⁸ Die dabei eingesetzten Anreiz- und Sanktionsinstrumente waren gerade in der Stalin-Zeit sehr vielfältig.¹⁹

- 16 Diese ideologischen Erwartungen bestanden darin, dass die sozialistische Wirtschaft höhere Arbeitsproduktivität, höheres Wachstum, proportionale Entwicklung, Krisenlosigkeit und höheren Lebensstandard als die kapitalistische erzeugen könne (Thalheim, Karl C.: Wirtschaftsreformen in Osteuropa – eine Zwischenbilanz nach 9 Jahren, in: Kaser, Michael C. u. a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 2), Freiburg i. Br. 1972, S. 317-367, hier: S. 320).
- 17 In der Praxis wurden die Eckdaten des Plans von Politbüro, Regierung und Plankomitee (Gosplan) abgestimmt. Für die weitere Ausarbeitung der Pläne war einerseits eine Reihe staatlicher Komitees wie Gosplan, das Preiskomitee (Goskomcen) oder das Komitee für Materialversorgung (Gossnab) zuständig. Andererseits waren auch die einzelnen Wirtschaftsministerien am Planungsprozess beteiligt. Vgl. Ol'sevič/Gregory 2000, S. 13-17; Sachse, Thomas (Diss.): Die Entwicklung des zentralen Planungssystems zu einer stärkeren Globalisierung, München 1994, S. 13.
- 18 Diese Aufgabe erfüllten die Industrieministerien, die gegenüber der Zentrale ihrerseits für die Planerfüllung ihrer jeweiligen Branche verantwortlich waren. Der ministerielle Instanzenzug reichte dabei i.d.R. von der Unions- über die Republik- bis auf Gebietsebene (vgl. Nove 1980, S. 24-28).
- 19 Dabei spielten moralisch-politische Appelle und Mobilisierungskampagnen, in der Stalin-Zeit aber auch Zwang und physische Repression, eine wichtige Rolle (Boyer 2007, S. XIII). Ausführlicher hierzu: Ol'sevič/Gregory 2000, S. 21 ff. Darüber hinaus kamen jedoch schon sehr früh überaus „kapitalistische“ Anreize zur Geltung. So war man – im Widerspruch

Drittens erforderte die Planung aller Produktionsentscheidungen auch die Planung aller für ihre Realisierung erforderlichen Ressourcen und Inputs. Alle im Wirtschaftsprozess befindlichen Materialien und Einzelpläne wurden in einer sehr großen Zahl von Mengenbilanzen erfasst. Aufgabe der Zentralorgane war es, die vielen Güter- und Materialbilanzen so auszugleichen, dass sich Angebots- und Nachfragemenge für jede Bilanz, jeden Plan sowie den Gesamtwirtschaftsplan im Gleichgewicht befanden und Konsistenz entstand.²⁰

Viertens wurden die Preise administrativ festgesetzt.²¹ Da ihre Festlegung politischen Kriterien und nicht denjenigen von Angebot und Nachfrage folgte, zeigten sie keine Knappheitsverhältnisse an. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft spielten sie daher weder bei der Ressourcenallokation²² noch beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage eine Rolle. Beide Aufgaben übernahm die Planung mit ihren physischen Materialbilanzen.²³ Preise bestanden dennoch weiter: Einerseits wurden sie bei Lieferbeziehungen zwischen Betrieben als passive Verrechnungseinheit angewandt, andererseits wurden sie durch das prinzipielle Fortbestehen des – wenn auch stark reglementierten – Arbeits- und Konsumgütermarktes für die Bevölkerung benötigt.

Ein wichtiges Element bestand schließlich in der Abschottung der Wirtschaft von ungeplanten Einflüssen des Weltmarkts durch das staatliche Außenhandelsmonopol und die Inkonvertibilität der Währung. Die Ein- und Ausfuhren wurden ebenso geplant wie inländische Wirtschaftsaktivitäten.²⁴

zum Egalitätsprinzip – bereits Anfang der 1930er Jahre zu einer stark differenzierten Lohn- und Prämienpolitik zurückgekehrt (vgl. Spulber 1991, S. 252).

20 Vgl. Nove 1980, S. 40-51; Dowlah 1997, S. 155 f.

21 Dies galt auch für Industriepreise. Im Einzelhandel wurden insbesondere Grundnahrungsmittel, im Großhandel Energieträger subventioniert. Vgl. Drzymalla, Jürgen: Planung im sowjetischen Wirtschaftssystem, Frankfurt a. M. 1991, S. 213.

22 Hohe Nachfrage spiegelt sich in der Marktwirtschaft in hohen Preisen wider. In der Logik des Sowjetmodells ist diese Preisfunktion – aufgrund derer Ressourcen in Bereiche hohen Bedarfs gelenkt werden können – überflüssig, da die Zentrale den Bedarf ohnehin kennt.

23 Dowlah 1997, S. 155 f.

24 Nove 1980, S. 327-330.

2.2 Vorteile des Wirtschaftssystems

In ideologischer Hinsicht stellte der Aufbau des Stalinschen Wirtschaftssystems zweifelsohne die Rückkehr zu einigen marxistischen Grundlagen dar,²⁵ die während der Neuen Ökonomischen Politik der 1920er Jahre zugunsten der Konsolidierung der Sowjetmacht zurückgestellt worden waren. Zudem stellte die Zentralisierung der Wirtschaft das ökonomische Gegenstück zur Monopolisierung der politischen und gesellschaftlichen Macht und somit eine wichtige Stütze des Regimes dar.²⁶ Mehr noch als den ideologischen Interessen der Herrschenden folgte die Errichtung des Stalinschen Wirtschaftsmodells in den 1930er Jahren aber spezifisch sowjetisch-russischen ökonomischen Ausgangsbedingungen und Entwicklungszielen.²⁷ Die UdSSR war bis zu diesem Zeitpunkt ein rückständiger Agrarstaat, dessen Lage sich aus Stalins Sicht im Februar 1931 folgendermaßen darstellte:

- 25 Vgl. Adam, Jan: *Economic Reforms in the Soviet Union and Eastern Europe since the 1960s*, New York 1989, S. 6. Zur ideologischen Grundlage des sowjetischen Wirtschaftstyps ist anzumerken, dass Marx und Engels bei aller Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise nur vereinzelte Hinweise darauf gegeben hatten, wie eine sozialistische Wirtschaftsordnung im Detail gestaltet werden sollte (vgl. Sauer 1991, S. 3 f.). Immerhin hatte jedoch Engels im „Anti-Dühring“ 1878 auf die Wirtschaftsplanung als Ergebnis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hingewiesen: „Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation.“ (Engels 1962, S. 264). Ressourcenallokation auf der Grundlage herkömmlicher Marktpreise als Wertausdruck wird von Engels mit Bezug auf die Marxsche Arbeitswerttheorie abgelehnt: „Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘“ (ebd., S. 288). Der Ausweg scheint nur in der Naturalplanung liegen zu können.
- 26 „Strict control over the economy becomes an important precondition for stabilising political power. [...] In this way, the state acquires a position in the economy which enables it not only to control the activities of economic units but also, as sole employer, to control people as producers“ (Adam 1989, S. 5 f.).
- 27 Insgesamt sollten ideologische Prämissen als Bestimmungsfaktor der Entwicklung des Modells nicht überbewertet werden. Der Ökonom Raupach etwa ist gar der Ansicht, dass „sowohl die Sozialisierung der Produktionsmittel wie die aus ihr hervorgehenden längerfristigen Entscheidungen [...] durch naturgegebene Bedingungen des Herrschaftsraums determiniert sind“ (Raupach, Hans: *Notwendigkeiten und Grenzen von Wirtschaftsreformen in Staaten des realen Sozialismus*, Köln 1983, S. 2 f.).

„Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.“²⁸

Geplant war also die Industrialisierung des Landes in kürzestmöglicher Zeit – ein gigantisches Projekt der „aufholenden Modernisierung“ (Plaggenborg) unter stalinistischem Vorzeichen,²⁹ d.h. unter den Bedingungen der totalitären Herrschaft.

In Verbindung mit dem totalitären Herrschaftssystem bot gerade die zentralisierte Planwirtschaft hierzu weitreichende Möglichkeiten: Erstens konnte der Staat alle Ressourcen entsprechend seinen Zielen einsetzen. Sämtliche Produktionsmittel wurden durch Verstaatlichung der Verfügungsgewalt des Regimes unterstellt, Kapitalströme wurden zentralisiert, die Landwirtschaft wurde kollektiviert und staatlichen Ablieferungsplänen unterworfen; Privateigentum und unabhängige wirtschaftliche Akteure wurden nahezu komplett zurückgedrängt.³⁰ Der Staat avancierte faktisch zum einzigen Arbeitgeber der Bevölkerung, was es ihm in Verbindung mit den repressiven Herrschaftsinstrumenten erlaubte, die Arbeitskräfte direkt nach eigenem Ermessen zu steuern.

Abgesehen von der Mobilisierung aller verfügbaren Ressourcen auf der Aufkommenseite bot das Stalinsche Wirtschaftssystem zweitens auch auf der Verwendungsseite des Nationaleinkommens wichtige Vorteile. So konnten die Proportionen von Konsum und Akkumulation im Interesse der staatlichen Entwicklungsziele durch die Planung direkt und effizient festgelegt werden.³¹

Drittens ließen sich, da sämtliche Investitionen zentral geplant wurden, gezielte strukturpolitische Schwerpunktsetzungen vornehmen; als weniger bedeutend angesehene Bereiche konnten hingegen bewusst vernachlässigt werden. In

28 Zit. nach: Thalheim, Karl Christian: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Berlin (West) 1965, S. 264.

29 Vgl. Plaggenborg 2007, S. 24 f. „The main objective of the strategy was to achieve industrialisation [...] in the shortest time possible.“ (Adam 1989, S. 6).

30 Vgl. Boyer 2007, S. XIV.

31 Adam 1989, S. 7. Insbesondere in der Stalin-Zeit wurde deshalb zum schnellen Ausbau der industriellen Basis eine im internationalen Vergleich sehr hohe Akkumulationsrate verwirklicht und mit einem sehr niedrigen Konsumanteil erkaufte (Nove 1980, S. 189), was sich in einem sehr niedrigen Lebensstandard niederschlug.

der Praxis profitierten hiervon insbesondere die Schwer- und Rüstungsindustrie sowie die Rohstoffgewinnung.³² Die Leicht- und Konsumgüterindustrie hingegen, insbesondere jedoch die als Akkumulationsquelle für die Industrialisierung dienende Landwirtschaft wurden gezielt zurückgestellt.³³

Insgesamt stellte die Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft in der UdSSR somit vor dem Hintergrund der spezifischen sowjetischen Entwicklungsziele – der forcierten Industrialisierung eines Agrarstaates nur aus Eigenmitteln – eine ökonomisch nachvollziehbare Antwort dar. Es erwies sich über lange Jahre hinweg als ein zweifelsohne „sinnvolles Instrument des Aufholens“³⁴ gegenüber den weiter entwickelten Ländern.³⁵ Zu betonen ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung des „stalinistischen Vorzeichens“ (Plaggenborg) des Modernisierungsprojektes, unter dem schnelles Wachstum ohne Rücksicht auf ökonomische Kosten und soziale Verwerfungen erzwungen wurde.³⁶

2.3 Nachteile des Wirtschaftssystems

„Die reine Logik des Sozialismus ist durchaus in Ordnung“, bemerkte Joseph Schumpeter mit Hinblick auf das Modell der planwirtschaftlichen Koordination sowjetischen Typs.³⁷ Theoretisch handelt es sich dabei um einen in sich geschlossenen Ersatz der „unsichtbaren Hand“ des Marktes (Adam Smith) durch

32 Vgl. Höhmann, Hans-Hermann: The East European Economic Reforms in the Seventies. Policy by Default, Köln 1981, S. 3; Spulber 1991, S. 252; Dowlah 1997, S. 157; Meissner, Boris: Die Sowjetunion im Umbruch, Stuttgart 1988, S. 54.

33 Nove, Alec: An Economic History of the USSR. 1917-1991, London [u.a.] 1992, S. 379.

34 Höhmann 1981, S. 3. Hierbei ist auch zu bedenken, dass sich die Industrialisierungsaufgabe, für die das System geschaffen wurde, aufgrund der immensen Kriegszerstörungen 1945 erneut stellte (vgl. Plaggenborg 2007, S. 25-27).

35 „One could even go further and ask whether the USSR could have become the second largest industrial power without that system?“ (Adam 1989, S. 16).

36 Boyer 2007, S. XIII.

37 Schumpeter, Joseph: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950, S. 279.

die sichtbare Hand der Planung. Allerdings haben bedeutende Nationalökonominnen wie Ludwig von Mises³⁸ und Friedrich August von Hayek³⁹ bereits frühzeitig auf die Probleme der Realisierung eines solchen Plansystems hingewiesen, die sich mit zwei Schlagworten verallgemeinern lassen: das Rationalitätsproblem und das Informationsproblem.

2.3.1 Das Rationalitätsproblem

Wie in [Abschnitt 2.1](#) dargestellt, existieren Preise zwar auch im Sowjetsystem, doch werden sie nicht frei am Markt gebildet, sondern politisch-administrativ festgesetzt, wodurch ihre knappheits- und wertanzeigende Funktion außer Kraft gesetzt ist. Ohne diese Funktion der Preise, so von Mises, fehle jedoch die Grundlage für rationale wirtschaftliche Berechnungen: „Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung.“⁴⁰ Wo objektive Kosten-Nutzen-Berechnungen nicht möglich seien, sei es aber ebenso unmöglich, ökonomische Entscheidungen rational zu treffen:

„Jede wirtschaftliche Veränderung wird so im sozialistischen Gemeinwesen zu einem Unternehmen, dessen Erfolg weder im vorhinein abgeschätzt noch auch später rückschauend festgestellt werden kann. Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft.“⁴¹

Theoretisch tangierte Mises' Beobachtung die sowjetische Sichtweise kaum, da das Sowjetmodell Rationalität nicht im Marktpreis, sondern in den „objektiven“

38 Mises, Ludwig: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922. Bereits 1922 erschienen, bezieht sich Mises' Werk noch nicht auf das erst gegen Ende der 1920er Jahre aufgebaute Stalinsche Wirtschaftssystem, sondern auf die Idee einer sozialistischen Planwirtschaft im Allgemeinen. Der Relevanz seiner Darlegungen für die spätere Sowjetwirtschaft tut dies jedoch keinen Abbruch.

39 Hayek, Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft, München 2009 (erstmalig: Erlenbach/Zürich 1943).

40 Mises 1922, S. 119.

41 Mises 1922, S. 117.

Entscheidungen der Partei verortet.⁴² In der Praxis jedoch machte sich das Fehlen von Knappheitspreisen als Rationalitätskriterium in vielerlei Hinsicht negativ bemerkbar: Erstens konnten Wirtschaftsentscheidungen kaum an der Nachfrage ausgerichtet werden, da man die Preise als relative Bedarfsanzeiger ausgehebelt hatte. Die führte zu Versorgungsmängeln und der Produktion überschüssiger oder minderwertiger Waren. Durch das chronische Defizit entstand ein „Verkäufermarkt“, auf dem nicht der Kunde, sondern der Anbieter die Bedingungen diktieren konnte.⁴³

Zweitens ist es ebenso wenig möglich, aus verschiedenen Produktions- oder Investitionsmöglichkeiten die rentabelste auszuwählen, wenn man die Kosten-Nutzen-Verhältnisse nicht anhand eines rationalen Preissystems abschätzen kann. Entschied man sich etwa, nur noch Investitionen mit einem erwarteten Ertrag von über 6% zu tätigen, so konnten diese scheinbar lohnenden Projekte volkswirtschaftlich dennoch schädlich sein, wenn die zugrundeliegenden Preise subventioniert waren.⁴⁴ Da die Entwicklungs- und Investitionsziele nach politischen Erwägungen festgelegt wurden, fielen sie infolge von „Hurra-Planung“ (Nove) meist insgesamt zu hoch aus, was zu neuen Spannungen führte.⁴⁵

Drittens wirft das fehlende Rationalitätskriterium auch bei der Schaffung von individuellen oder betrieblichen Arbeitsanreizen Probleme auf. Denn um gute Leistung zu belohnen, muss der Arbeitsertrag erst ermittelt werden können:

42 „Was investiert wird, entscheidet die Partei – natürlich mit gewissen Gründen, aber diese müssen nicht notwendigerweise rationalen Kriterien folgen“ (Nove 1980, S. 183).

43 Vgl. Nove 1980, S. 122. Der Einzelhändler entscheidet etwa, ob er Fleisch zu den offiziellen Preisen oder aber teurer „unter dem Ladentisch“ verkaufen will.

44 Zum Investitionsproblem s. Nove 1980, S. 183-189. Eine solche „Effektivitätsnorm“ (norma effektivnosti) kam ab den 1960er Jahren zum Einsatz (ebd., S. 186).

45 Siehe hierzu Olsevič/Gregory 2000, S. 12-15. Besonders deutlich zeigte sich dies an den Investitionsplänen, deren Aufgaben die zur Verfügung stehenden Baukapazitäten überstiegen. Die so hervorgerufenen Ungleichgewichte führten zu Investitionsruinen und Bauzeiten, die in der UdSSR viermal so lange waren wie im Westen (Nove 1980, S. 192; ausführlich zu den Ursachen von Überinvestitionen: S. 191-197; s. auch Adam 1989, S. 36).

„In der sozialistischen Gesellschaftsordnung kann zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt keine wie immer geartete Beziehung bestehen. An der Unmöglichkeit, rechnerisch die produktiven Beiträge der einzelnen Produktionsfaktoren zu ermitteln, müßten alle Versuche scheitern, den Ertrag der Arbeit des einzelnen zu ermitteln und danach den Lohnsatz festzustellen.“⁴⁶

Die individuelle Leistungsbewertung von Arbeitskräften ist jedoch der kleinere Teil des Evaluationsproblems, der wichtigere betrifft die Bewertung der Betriebe, die schließlich die Befehle der Planungsorgane ideal ausführen sollen. Sie nach ihrem Betriebsgewinn zu bewerten und zu belohnen, ergibt keinen Sinn, da sich der Gewinn nicht rational berechnen lässt.⁴⁷ Als erfolgreich gilt und belohnt wird somit derjenige Betrieb, der seine Naturalplanvorgaben erfüllt oder übererfüllt. Dies führt häufig dazu, dass für den Betrieb lohnend ist, was für die Gesellschaft schädlich ist – und umgekehrt: Eine volkswirtschaftlich vorteilhafte Umstellung der Produktion, etwa durch die Installation neuer Anlagen oder die Einführung fortschrittlicher Arbeitsmethoden kann für den Betrieb von Nachteil sein, da Veränderungen im Ablauf kurzfristig zu Produktionseinbußen führen und damit die Planerfüllung gefährden können. Wird der Plan jedoch nicht erfüllt, drohen Betriebsleitung und Belegschaft Sanktionen und Prämienverluste.⁴⁸ Betriebswirtschaftlich sinnvoll ist es daher auch, die eigenen Produkti-

46 Mises 1922, S. 160. Mises nimmt zwar an, leistungsabhängige Belohnung komme wegen des Egalitätsprinzips im Sozialismus nicht in Betracht (ebd., S. 157). Stalins Sozialismus-Verständnis erwies sich aber als wesentlich flexibler: Er schaffte die sozialistische „Gleichmacherei“ („uravnilovka“) zugunsten starker Einkommensdifferenzierung ab (vgl. Spulber 1991, S. 252).

47 Diese Problematik der Kennziffer „Gewinn“ wird bei den Reformanalysen in [Kap. 3](#) und [4](#) noch eingehender beleuchtet.

48 Zur immensen Bedeutung der Planerfüllung für die Betriebe ausführlich: Grossman, Gregory: Notes for a Theory of the Command Economy, in: Soviet Studies, 15/2 (Okt. 1963), S. 101-123, hier: S. 104 ff.

onskapazitäten zu verschleiern, um möglichst niedrige, leicht erfüllbare, „weiche“ Pläne zu bekommen.⁴⁹ Ineffizienz, Innovationsfeindlichkeit und technische Rückständigkeit sind die Folgen.⁵⁰

In der Praxis wurde die Wirtschaftsrechnung in der UdSSR trotzdem angewandt und fand ab den 1950er Jahren immer mehr Verbreitung.⁵¹ Doch da die einzig verfügbare Berechnungsgrundlage in den politisch verzerrten und administrativ starren Preisen bestand, war die Aussagekraft solcher Kalkulationen begrenzt. Sämtliche ökonomischen Entscheidungen – welche Güter zu produzieren, welche Produktionsstätten zu errichten, wieviele Ressourcen dafür zuzuweisen waren usw. – waren daher von mangelnder Rationalität gekennzeichnet. Im Ergebnis führte dies zu Verschwendung, mangelhafter Berücksichtigung der Nachfrage und einer insgesamt geringen Effizienz.

2.3.2 Das Informationsproblem

Die zweite Ursache der Systemschwächen besteht in der in [Abschnitt 2.1](#) angedeuteten extremen Komplexität der Planungsaufgabe. Alle Pläne für Produktion, Inputs und Outputs, Arbeitskräfte, Rohstoffe, Lieferungen, Handel usw. müssen miteinander in Bezug gesetzt und in sich, zueinander sowie mit dem Volkswirtschaftsplan konsistent sein. Da die Wirtschaft nicht statisch ist, muss die Planung auch ständigen Veränderungen, teils durch externe Einflüsse, Rechnung tragen. Diese Aufgabe ist in ihrer Gänze schlicht unmöglich zu erfüllen. Hayek beschreibt dies folgendermaßen:

49 Vgl. Drzymalla 1991, S. 211; Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i interv'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskva 2000, S. 14.

50 Vgl. Drzymalla 1991, S. 212.

51 So hatte man bereits ab 1931 damit experimentiert, in den Staatsbetrieben das Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ (chozajstvennyj rasčet) auf Gewinn- und Verlustbasis zu etablieren (Spulber 1991, S. 252). Deren Sinn bestand darin, dass Mittel für die Umsetzung von Planaufgaben nicht mehr aus dem Staatsbudget zugewiesen wurden, sondern vom Betrieb selbst zu erwirtschaften waren. Dadurch sollten Sparsamkeit und Rationalität gefördert werden (vgl. Nove 1980, S. 30 f.).

„Einer wirksamen Wirtschaftsüberwachung oder Planung würde nichts im Wege stehen, wenn die Verhältnisse so einfach wären, dass eine einzelne Person oder ein einzelner Ausschuss alle bedeutungsvollen Tatsachen wirklich übersehen könnte.“

In Anbetracht der Komplexität der Beziehungen in einer Volkswirtschaft könnten aber „niemals alle Einzelumstände, die fortwährend auf die Bedingungen von Angebot und Nachfrage der verschiedenen Waren einwirken, einer einzelnen Zentrale bis ins Letzte bekannt sein und die Daten von ihr nicht schnell genug gesammelt und verarbeitet werden“. ⁵² Das Informationsproblem ist also einerseits quantitativer Natur; bedingt durch die ungeheure Komplexität der Aufgabe ist die rechtzeitige statistische Sammlung und Verarbeitung der Daten nicht beherrschbar.

Darüber hinaus macht Hayek ein qualitatives Problem aus, das bei der zentralen Verwertung des gesammelten Wissens zu ökonomischen Entscheidungen entsteht. Für Wirtschaftsentscheidungen sei nämlich gerade praktisches Erfahrungswissen des „Mannes vor Ort“, „die Kenntnis der besonderen Umstände von Ort und Zeit“, von großer Bedeutung. Damit meint Hayek subjektives Wissen durch Berufserfahrung, die Vertrautheit mit dem jeweiligen Aufgabengebiet, die Kenntnis von Personen und anderes Knowhow, das der Entscheider vor Ort besitzt, ein Entscheider in der Zentrale jedoch nicht. Die in Stückzahlen, Maßen und Gewichten formulierende Naturalplanung, „die sich auf statistische Information stützt, [kann deshalb] ihrer Natur nach diese Umstände von Ort und Zeit nicht berücksichtigen“. ⁵³

Tatsächlich erwies sich die Planungsaufgabe in der sowjetischen Praxis als weder qualitativ noch quantitativ erfüllbar. ⁵⁴ Die überlasteten Planungsorgane waren zur fristgerechten Erstellung vollends bilanzierter Jahrespläne nicht in der Lage, sodass nur Schlüsselbereiche der Produktion konsistent, d.h. unter

52 Hayek 2009, S. 73 f.

53 Zit. nach: Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung, Tübingen 2004, S. 124.

54 Nove 1980, S. 38.

voller Integration sämtlicher Input-Output-Bilanzen, geplant werden konnten; Relationen in den übrigen Bereichen konnten nur in territorial und sektoral verallgemeinerter Form dargestellt werden.⁵⁵ Fehlallokationen, Zulieferungsausfälle und Produktionsstillstände, die sich schnell auf einen großen Kreis von Firmen ausbreiteten, waren damit unvermeidlich. Durch den Zwang zur Verallgemeinerung traten außerdem Aggregationsverluste auf: Sämtliche Erzeugnisse und Dienstleistungen mussten im Plan in quantitativen Einheiten ausgedrückt werden. Diese quantitativen Kennziffern beruhten auf Informationen aus den Betrieben, die im Plan aggregiert und anschließend für jeden einzelnen Betrieb wieder disaggregiert werden mussten. Dadurch waren quantitative Verzerrungen unausweichlich.⁵⁶ Viele qualitative, produktions- und warenspezifische Informationen konnte der Plan außerdem schon aus technischen Gründen nicht berücksichtigen.

Die genannten Informationsprobleme mussten ihrerseits wieder neue unerwünschte Folgen hervorrufen: Durch unsichere Zulieferungen verstärkte sich das bereits erwähnte Streben der Betriebe nach niedrigen, „weichen“ Planvorgaben; der Mangel rief Schwarzmärkte und inoffizielle Tauschhandel zwischen den Betrieben hervor;⁵⁷ nach Lieferausfällen musste der Planrückstand am Monatsende zu Lasten der Sorgfalt in „Stoßarbeit“ („šturmovščina“) aufgeholt werden.⁵⁸

55 Sachse 1994, S. 37 f.

56 Manche Güter lassen sich zwar von der Zentralplanung leicht in aussagekräftigen Einheiten ausdrücken (z. B. Elektrizität in Kilowattstunden), bei komplexeren Erzeugnissen ist die Aggregation zu vereinfachten Einheiten unumgänglich, da die Zentrale weder alle produktionsnotwendigen Vorleistungen kennt noch diese im Plan erfassen kann. Sobald dieser aggregierte Plan auf Betriebsebene aufgeschlüsselt (disaggregiert) wird, treten Probleme wie im Detail qualitativ oder quantitativ falsch berechnete Vorleistungen auf. Vgl. zum Aggregationsproblem der Naturalplanung: Nove 1980, S. 113 ff.

57 Nove 1980, S. 121.

58 Nove 1980, S. 121. Dies resultierte in erhöhter Ausschussproduktion (ebd.).

2.3.3 Zusammenfassung

Im vorliegenden Abschnitt wurde nicht in erster Linie versucht, die vielen Mängel des sowjetischen Wirtschaftssystems darzustellen. Dies ist an anderer Stelle oft unternommen worden⁵⁹ und kann mit dem Wort „Ineffizienz“ zusammengefasst werden. Vielmehr sollten die verallgemeinerten systemischen Wurzeln der Ineffizienz aufgezeigt werden, um davon ausgehend in den nächsten Kapiteln die Erfolgchancen unterschiedlicher Reformansätze beurteilen zu können. Unter Referenz auf Mises und Hayek lassen sich dabei zwei Komplexe benennen:

Durch die Abschaffung der „unsichtbaren Hand“ des Marktes konnte die sowjetische Wirtschaft nicht auf das den Marktpreisen inhärente Rationalitätskriterium zurückgreifen, sodass Wirtschaftsentscheidungen nie frei von Willkür sein konnten. Infolgedessen kam es zu mangelnder Nachfrageorientierung, Über- und Fehlinvestitionen sowie unerwünschtem Betriebsverhalten wie „weichen“ Planbestrebungen und Innovationsfeindlichkeit. Die Planwirtschaft war also ökonomisch nicht ausreichend rational.

Zudem erwies sich die Aufgabe, die gesamte Wirtschaft zu koordinieren, einerseits als ihrem Umfang nach unrealisierbar. Andererseits war die Naturalplanung auch qualitativ nicht in der Lage, für die konkreten zeitlichen und lokalen Produktionsprozesse wichtige Informationen zu verarbeiten. Die Pläne entbehrten also nicht nur der gewünschten ökonomischen Rationalität, sondern waren auch mengenmäßig nie konsistent, was Versorgungsschwierigkeiten, Ressourcenverschwendung, Fehlallokationen und Produktionsausfälle verursachte.

Wie konnte die sowjetische Planwirtschaft in Anbetracht dieser gravierenden systemimmanenten Funktionsmängel überhaupt funktionieren? Nove benennt hierfür drei Faktoren des pragmatischen „Durchwurstelns“:⁶⁰ Erstens habe sich die Planung auf das „Anschlussprinzip“ zurückgezogen, indem sie

59 Siehe z. B. ausführlich Drzymalla 1991, S. 208-217; Boyer 2007, S. XIV f.

60 Nove 1980, S. 133 f.

statt der Ausarbeitung neuer Pläne schlicht diejenigen der Vorperiode um wenige Prozent erhöhte. Zweitens seien Prioritätsbereiche mit Hilfe von ad hoc entwickelten Sonderregelungen bevorzugt verwaltet worden. Drittens habe ein engmaschiges Netz informeller Praktiken wie Tauschhandel, Beziehungen, Korruption und gegenseitiger Hilfe die Mangelwirtschaft aufrechterhalten.⁶¹

61 Zu den verschiedenen Formen informeller Verhaltensweisen: Sauer 1991, S. 7-9.

3. Grundrichtungen für Reformen des traditionellen Wirtschaftssystems

Welche theoretischen Möglichkeiten bestanden zur Behebung der beschriebenen Funktionsschwächen? Hierbei werden zunächst begrenzte, die Direktivplanung beibehaltende Reformen untersucht. Anschließend sind radikalere Ansätze darzustellen, die die Betriebsplanung durch marktliche Steuerungsinstrumente weitgehend zu ersetzen suchten. Innerhalb der Gruppe der begrenzten Ansätze werden zudem Dezentralisierungsmodelle von denjenigen abgegrenzt, welche die Zentralplanung durch technische Verbesserungen zu vervollkommen suchten.

3.1 Begrenzte Reformen im Rahmen des traditionellen Systems

3.1.1 Der Liberman-Ansatz: Dezentralisierung, Rationalisierung, Marktelemente

Öffentliche Diskurse über die Funktionsmängel des Stalinschen Mechanismus konnten naturgemäß erst im Laufe der Entstalinisierung entstehen.⁶² Als Beginn der öffentlichen Wirtschaftsreformdiskurse in Osteuropa kann vor diesem Hintergrund der 1962 im KPdSU-Zentralorgan „Pravda“ erschienene Artikel

62 „Entstalinisierung‘ und ‚sozialistische Reformen‘ sind Synonyme“, lautet Plaggenborgs These hierzu. Kritik an der Person Stalins, die Rehabilitierung der Opfer und Reformen der Wirtschaftsverwaltung stellten daher in allen Ostblockstaaten ein „untrennbares Geflecht“ dar (Plaggenborg 2007, S. 31). Zu den politischen Voraussetzungen der Reformdiskussionen unter Chruščev siehe auch: Höhmann, Hans-Hermann: Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Köln 1974, S. 16 f.

„Plan, pribyl', premija“⁶³ („Plan, Gewinn, Prämie“) des Char'kover Wirtschaftsprofessors Evsej Liberman gelten.⁶⁴

Darin richtet Liberman sein Augenmerk auf das Ineffizienz verursachende, bereits thematisierte Problem, die Betriebe nach ihrer Planerfüllung zu bewerten. Dieser Druck zur Planerfüllung war, so erkannte Liberman an, ein negativer betriebswirtschaftlicher Stimulus für gesamtwirtschaftlich unerwünschtes Verhalten: Die Betriebe strebten nach zu niedrigen Produktionszielen, horteten überschüssige Arbeitskräfte, um diese Ziele noch sicherer erfüllen zu können, und sie hatten kein Interesse an technischen Innovationen, da Umstellungen die Planerfüllung gefährden konnten. Aus betrieblicher Sicht, so Liberman, sei es deshalb in jedem Fall lohnender, Rentabilitätssteigerungen zu vermeiden und sich stattdessen um leicht erfüllbare, „weiche“ Planvorgaben zu bemühen.⁶⁵ Um dem abzuhelpen, forderte Liberman, der Wirtschaftsmechanismus müsse dem Grundprinzip „was für die Gesellschaft als Ganzes vorteilhaft ist, muss auch für

63 Liberman, Evsej Grigor'evič: Plan, pribyl', premija, in: Pravda vom 09.09.1962, S. 3.

64 Zur Wertung des Liberman-Artikels als Startsignal der Reformdiskurse: Sachse 1994, S. 63; Thalheim 1971, S. 322. In Fachkreisen waren bereits seit Ende der 1950er Jahre Diskussionen über Wirtschaftsreformen geführt worden, die jedoch von konservativen Dogmatikern zurückgedrängt worden waren (vgl. hierzu: Lindner: Libermanismus ist nicht Liberalismus, S. 10-14; sowie: Thalheim, Karl C. u. a. (Hg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 21-25, 35-38, 53-55 u. 63 [bez. der UdSSR], 113-15 [bez. der „Affäre Behrens-Benary“ in der DDR]).

65 «В действительности же планы предприятий сейчас устанавливаются по так называемой 'отчетной базе', т. е. исходя из достигнутого уровня. Этим создаются как раз весьма неравные условия: льготные — для плохо работающих, напряженные — для тех предприятий, которые по-настоящему вскрывают и используют свои резервы. Зачем в этих условиях стремиться к хорошей работе? Разве не проще постараться получить 'хороший' план?» („In der Realität jedoch werden die Betriebspläne momentan nach dem ‚Anschlussprinzip‘ festgesetzt, d.h. ausgehend vom erreichten Niveau. Dadurch werden faktisch äußerst ungleiche Bedingungen geschaffen: Vorzugsbedingungen für schlecht arbeitende Betriebe und angespannte für diejenigen Betriebe, die ihre Reserven tatsächlich offenlegen und einsetzen. Wozu sollte man unter solchen Bedingungen gut wirtschaften? Ist es etwa nicht einfacher, zu versuchen, einen ‚guten‘ Plan zu bekommen?“ [Liberman 1962]).

jeden einzelnen Betrieb von Vorteil sein“⁶⁶ durch Verbesserungen des Anreizsystems zur Geltung verhelfen. Es ging ihm also um ein „neues, effizientes Verhältnis zwischen Mikro- und Makroebene“.⁶⁷

Konkret schlug Liberman erstens mehr Betriebsautonomie vor, um die Überzentralisierung, Gängelei und „kleinliche Bevormundung“ („meločnaja opeka“) der Betriebe zu beenden. Hierfür wiederum wollte er die Zahl derjenigen Produktionsanweisungen, die den Betrieben von den Zentralinstanzen in Form detailliert aufgeschlüsselter Kennziffern vorgegeben wurden, stark verringern. Lediglich zwei solcher Kennziffern sollten verbleiben: der Produktionsumfang der wichtigsten Sortimentsbestandteile⁶⁸ sowie die Liefertermine an andere Unternehmen.⁶⁹ Die verbleibenden Kennziffern des Volkswirtschaftsplans sollten zwar nicht abgeschafft, aber nicht mehr bis auf die unterste Ebene disaggregiert werden, sodass ihre exakte Ausgestaltung nun von den Betrieben gemeinsam mit den ihnen vorgesetzten unteren Verwaltungsinstanzen entschieden werden konnte.

Zweitens wollte Liberman ein neuartiges materielles Anreizsystem einführen, damit die Betriebe den gewonnenen Spielraum auch zur Mobilisierung aller Reserven nutzen, sparsam arbeiten und aufhören würden, nach „weichen“ Plänen zu streben. Ein rentabel wirtschaftendes Unternehmen, so Libermans Vorschlag, sollte einen Teil seines Gewinns in einem speziellen betrieblichen Anreizfonds einbehalten können, anstatt ihn an den Staatshaushalt abzuführen. Je höher die Planziele, zu denen sich ein Betrieb verpflichtete, und je effizienter er diese Ziele etwa durch Einsparung von Arbeitskräften verwirklichte, desto höher der Betriebsgewinn und damit auch die einbehaltene Summe – so Libermans Ansatz zur Mobilisierung der Reserven und für ein Ende der

66 „То, что выгодно обществу, должно быть выгодно и каждому предприятию» (Liberman 1962).

67 Lindner 1967, S. 18.

68 Dabei handelte es sich u.a. um Aufgaben für die Rüstung (vgl. S. 81, [Fn. 282](#)).

69 «На наш взгляд, этого можно добиться, если до предприятий доводить планы только по объему продукции в номенклатуре и срокам поставок.» („Unserer Ansicht nach kann man das erreichen, wenn man nur die Pläne für den Produktionsumfang der wichtigsten Sortimentsbestandteile und für die Lieferfristen bis hin zu den Betrieben aufschlüsselt“ [Liberman 1962]).

„weichen“ Pläne.⁷⁰ Die einbehaltenen Gewinnmittel konnten dann beispielsweise für Prämien verwendet werden.

Drittens kritisiert Liberman in Verbindung damit die negativen Auswüchse des Preissystems, insbesondere unrealistische Verzerrungen durch künstlich niedrige oder hohe Preise, wodurch sich sehr viele Güter rechnerisch nur unter Verlust produzieren ließen. Für die Umsetzung von Libermans Konzept war dies äußerst problematisch, wie er selbst einräumte: „Es bestehen Befürchtungen, dass die Betriebe [in Verbindung mit der wachsenden Entscheidungsfreiheit] anfangen werden, nur noch rentable Erzeugnisse herzustellen und sich unrentablen verweigern werden.“⁷¹ Diese Marktreaktion musste man natürlich vermeiden, denn auch Liberman wollte, dass der Plan und nicht die Rentabilität entschied, was zu produzieren war. Deshalb sprach er sich einerseits für Preisadjustierungen aus, sodass alle geplanten Güter ohne Verlust produziert werden konnten.⁷² Andererseits schlug er flexiblere Preisbildungsverfahren vor, um den

70 «Прицип состоит, во-первых, в том, что чем выше рентабельность, тем поощрение больше. [...] Принцип состоит, во-вторых, в том, что чем выше план по рентабельности, который само составит предприятие, тем больше будет и поощрение.» („Das Prinzip besteht erstens darin, dass die Belohnung umso höher ist, je höher die Rentabilität des Betriebs ist. [...] Das Prinzip besteht zweitens darin, dass die Belohnung umso höher ist, je höher der Rentabilitätsplan ist, den der Betrieb selbst erstellt“ [Liberman 1962]). – Die zweite hier genannte Maßnahme sah vor, für die genaue Erfüllung des Planziels höhere Anreize zu setzen als für seine Übererfüllung. Dadurch sollten die Betriebe angespornt werden, sich maximale, „angespannte“ Vorgaben aufzuerlegen und nicht geringere, „weiche“ Ziele, die sich leicht erfüllen und übererfüllen ließen.

71 «Существуют опасения, что предприятия начнут делать только рентабельную продукцию, а от нерентабельной будут отказываться» (Liberman 1962).

72 «В том-то и задача ценообразования, как это вытекает из решений XXII съезда КПСС, чтобы обеспечить в нормальных условиях рентабельность для всего ассортимента изделий.» („Gerade darin besteht die Aufgabe der Preisbildung, wie sie aus den Beschlüssen des XXII. Parteitags der KPdSU hervorgeht, unter normalen Bedingungen Rentabilität für das gesamte Produktionssortiment zu gewährleisten“ [Liberman 1962]).

technischen Fortschritt zu fördern. So sollten Betriebe etwa für bessere, innovative Produkte vorübergehende Preisaufschläge verlangen können, um ihre Umstellungskosten auszugleichen.⁷³

Insgesamt sprach sich Liberman also für eine stärkere Einbeziehung der Betriebe in den Planungsprozess, die Schaffung materieller Anreize für effizientes und rentables Betriebsverhalten und für die Flexibilisierung und Revision der Preise aus. Damit wollte er die Direktivplanung nicht etwa abschaffen, sondern durch teilweise Dezentralisierung und Rationalisierung effizienter gestalten. In Anbetracht der Begrenztheit der hierzu unterbreiteten Vorschläge muss man davon ausgehen, dass auf diese Weise zwar partielle Verbesserungen, nicht aber eine umfassende Lösung der in [Kapitel 2](#) vorgestellten Informations- und Rationalitätsprobleme des sowjetischen Wirtschaftssystems erreicht werden konnte. Für diese Einschätzung sprechen folgende Argumente:

Erstens hätte das quantitative Informationsproblem nicht gelöst werden können. Der Umfang der Planungsaufgabe hätte sich lediglich geringfügig verringert, sodass die Erstellung eines konsistenten Plans weiterhin unrealistisch gewesen wäre. Prinzipiell beabsichtigte Liberman zwar, die Planungsorgane von unnötigen Aufgaben zu „befreien“.⁷⁴ Die Aufschlüsselung der Zentralkennziffern bis hin zur zweituntersten⁷⁵ statt untersten Ebene vorzunehmen, konnte hier jedoch nur ansatzweise Abhilfe schaffen, zumal die Planaufgabe tendenziell

73 «На новые, более эффективные в производстве или в потреблении изделия следует на первое время строить цены так, чтобы изготовитель мог покрыть свои дополнительные затраты.» („Für neue, in der Produktion oder im Verbrauch effektivere Erzeugnisse sind die Preise so zu bilden, dass der Hersteller seine zusätzlichen Ausgaben decken kann“ [Liberman 1962]).

74 «Поэтому текущий план надо освободить от функции мерила для определения степени поощрения и тем самым усилить значение плана как регулятора производства в целях обеспечения роста объема производства и его эффективности.» („Deswegen muss der laufende [Jahres-] Plan von der Funktion des Bewertungsmaßstabs für die materielle Stimulierung befreit werden und eben dadurch muss die Bedeutung des Plans als Regulator der Produktion mit dem Ziel von mehr Produktionsumfang und Effektivität gestärkt werden“ [Liberman 1962]).

75 1962 waren dies die von Chrusčev eingeführten örtlichen Volkswirtschaftsräte, nach deren Abschaffung 1965 die jeweiligen Verwaltungen der Branchenministerien (vgl. Höhmann 1974, S. 18).

weiter wuchs, da auch die Wirtschaft mit zunehmendem Entwicklungsgrad immer komplexer wurde. Zudem sollte der wichtigste Teil des Sortiments den Betrieben weiterhin nach dem bisherigen Muster von der Zentrale detailliert vorgeschrieben werden. Schließlich betraf die vorgesehene Teildezentralisierung lediglich die einzelbetriebliche Produktionsplanung, sämtliche übrigen Zuständigkeitsbereiche der Zentralplanung wie Preis-, Investitions- und Arbeitskräftesteuerung blieben hingegen unangetastet.

Zweitens wurde das qualitative Informationsproblem – das den Planungsorganen fehlende subjektive Wissen der Umstände von Ort und Zeit – nicht gelöst, obwohl Liberman diesen Aspekt durchaus erkannte: „Der Betrieb kennt [seine] Reserven selbst am besten und kann sie selbst am besten mobilisieren“⁷⁶ Doch dass das betriebliche Recht, nun einen Teil der Plankennziffern gemeinsam mit der vorgesetzten Bürokratie ausgestalten zu dürfen, dafür ausreichend Spielraum geboten hätte, ist mehr als zweifelhaft, zumal sich die Definition dessen, was zum „wichtigsten“ Teil des Sortiments gehörte, ausdehnen ließ..

Drittens war Libermans Reformansatz zur Lösung des Rationalitätsproblems der Planwirtschaft nicht geeignet. Zunächst konnte es dem betrieblichen Streben nach zu niedrigen, „weichen“ Plänen kaum Einhalt gebieten, da es am Druck zur Planerfüllung festhielt. Libermans Waffe gegen die „weichen“ Pläne bestand in seiner Idee für das Anreizsystem – je höher die Rentabilität, umso höher die Zuführungen an den betrieblichen Anreizfonds, sodass die Betriebe prinzipiell an ökonomisch rationalem Verhalten interessiert waren. Problematisch war jedoch, dass der Betrieb in Libermans Konzept nur dann überhaupt Mittel in seinem Anreizfonds einbehalten durfte, wenn er die natürlichen Kennziffern seines Produktionsplans erfüllt hatte – Rentabilität hin oder her. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht blieb es deshalb weiterhin „rational“, Material und Arbeitskräfte zu horten, „weiche“, leicht erfüllbare Pläne anzustreben und sich so Planerfüllung und Prämie zu sichern.⁷⁷ Zwar ließen sich mit der

76 «Резервы лучше всего знает и может вскрыть только само предприятие» (Liberman 1962).

77 Hierzu ausführlich: Arnold, Markus (Diss.): Reform und Transformation von Wirtschaftssystemen am Beispiel der ehemaligen Sowjetunion, Frankfurt a. M. u. a. 1994, S. 75-77. Beispiel: Überschüssige Arbeiter zu halten, senkte zwar in Libermans Konzept die

Erfüllung ambitionierter, angespannter Planziele im Erfolgsfall höhere Prämien erzielen. Falls dies jedoch misslang – und aufgrund der gestörten Lieferbeziehungen war das Risiko hoch – wurde der Plan verfehlt und die Prämien gingen verloren.⁷⁸ Was für den Betrieb sinnvoll war, widersprach hier den Interessen der Gesellschaft.

Darüber hinaus konnte Libermans Rentabilitätsprinzip auch deshalb nicht rational wirken, da es keine rationalen Preise gab. Preise waren nicht Resultat der Interaktionen von Marktkräften, sondern von Erwägungen passiver Preisentscheider, sodass sie nicht als Knappheits- und Gebrauchsanzeiger gelten konnten.⁷⁹ Auf dieser Basis Gewinn und Rentabilität zu berechnen, ergab eigentlich keinen Sinn:⁸⁰ Ein formal rentabler Betrieb konnte der Volkswirtschaft tatsächlich Schaden verursachen, wenn er mit Inputs produzierte, die zwar billig, aber sehr knapp waren. Liberman erkannte zwar die Irrationalität und Verzerrtheit der bestehenden Preise und strebte deren Neufestlegung an – jedoch nicht durch den Markt, sondern durch das Staatliche Preiskomitee und nach alten Methoden.⁸¹ Zweifelsohne waren die so ermittelten Preise besser als die alten: Insbesondere konnten starke Verzerrungen durch Subventionen und jahrelang unveränderte Preise beseitigt werden. Doch änderte dies nichts daran, dass auch nach der Preisrevision weder die Knappheit einer Ware noch ihre Bewertung durch die Nachfragenden im Preis enthalten waren. Folglich konnten aber auch auf Preisen und Kosten basierende monetäre Kennziffern wie Gewinn

Rentabilität und damit die Höhe des betrieblichen Anreizfonds, widersprach also theoretisch dem betrieblichen Eigeninteresse. Andererseits war das Vorhalten unterbeschäftigter Arbeitskräfte in Anbetracht der gestörten Lieferbeziehungen und des somit ungleichmäßigen Produktionsrhythmus in der Praxis notwendig, um die Produktionsspitzen am Monatsende zu bewältigen – anders war der Plan nicht zu erfüllen.

78 Abgesehen vom Verlust der Prämie bedeutete Nichterfüllung gerade auch für die Betriebsleitung einen Verlust an Ansehen, schlechtere Beförderungschancen usw., wurde also wenn irgend möglich vermieden (Nove 1980, S. 124).

79 Spulber 1991, S. 254.

80 Dowlah 1997, S. 151.

81 Das Preiskomitee sollte die durchschnittlichen Herstellungskosten ermitteln, die ihrerseits aus administrativen Preisen bestanden. Anschließend wurde ein Gewinnanteil hinzuaddiert, und fertig war der Preis (Arnold 1994, S. 77). Die Nachfrage konnte so höchstens ausnahmsweise berücksichtigt werden.

und Rentabilität nur in sehr begrenztem Ausmaß als Maßstab dafür dienen, inwiefern ein Betrieb effizient die Nachfrage bediente und somit im gesellschaftlichen Interesse wirtschaftete.⁸²

Ein weiteres Defizit des Liberman-Modells besteht in seinem Vorschlag, den Produzenten für innovative und hochwertige Waren flexible Preisaufschläge zu gestatten. Bedenklich war daran, dass in der Sowjetunion keinerlei Wettbewerb bestand, da die Lieferbeziehungen geplant waren, sodass jeder Produzent faktisch ein Monopolist war. Jede Preisliberalisierung musste diese Produzenten verleiten, die Preise maximal anzuheben, um Monopolrenten und damit Gewinnsteigerungen zu erzielen, ohne den technischen Fortschritt voranzutreiben⁸³ – ein klassischer Fall von Marktversagen. Die Einführung von Marktelementen ohne Markt führte somit unter den Rahmenbedingungen der Planwirtschaft mitunter nicht zur erhofften marktwirtschaftlichen Effizienz, sondern zu zusätzlichen Störungen.⁸⁴

Insgesamt lässt sich daher konstatieren, dass Libermans Vorschläge zur Dezentralisierung und Rationalisierung die Quellen der sowjetischen Ineffizienz – das Rationalitäts- und Informationsproblem des Wirtschaftssystems – nur am Rande berührten. Teilweise waren gar neue Widersprüche zwischen Plan und systemfremden Marktelementen zu erwarten. Dessen ungeachtet bedeuteten die etwas größere Betriebsautonomie sowie insbesondere das von Liberman entwickelte Anreizsystem im Vergleich zum traditionellen Stalinschen System

82 Wie Liberman erkannten in der sowjetischen Diskussion Anfang der 1960er Jahre auch andere Ökonomen das Rationalitätsproblem der Preise. Eine ganzheitliche Lösung durch Marktpreise wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht erörtert (vgl. Lindner, S. 37 f.). Für die praktischen Konsequenzen des Preisproblems in der UdSSR siehe Nove 1980, S. 214 f.

83 Arnold 1994, S. 77; vgl. auch: Nove 1980, S. 230 ff.

84 Mau äußert daher in Hinblick auf Liberman und dessen Kollegen: „Researchers also overlooked [...] the questions of the high degree of monopoly in the domestic economy and the persistence of shortages of goods, which further reinforced the producer’s monopoly and sharply curtailed the adequacy of any economic instruments that relied on consumers’ recognition of the usefulness of the output produced“ (Mau, Vladimir: *The Road to Perestroika. Economics in the USSR and the Problems of Reforming the Soviet Economic Order*, in: *Europe-Asia Studies* 48 (2), 1996, S. 207-224, hier: S. 211). Zur Problematik von Teilreformen des sowjetischen Wirtschaftssystems siehe auch: Conert, Hansgeorg: *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*, Münster 1990, S. 115 ff.

einen gewaltigen Fortschritt, von dessen Verwirklichung durchaus merkliche Effizienzsteigerungen zu erwarten waren.

3.1.2 Die „Optimalplanungs“-Diskussion

Ein wichtiges Thema sowjetischer Wirtschaftsdiskurse der sechziger Jahre bestand zudem in der Rationalisierung von Planung und Wirtschaft durch Anwendung wissenschaftlicher, vor allem mathematischer und kybernetischer Methoden.⁸⁵ Auf diesem Wege sollte die Planung zu einer „Optimalplanung“ vervollkommen werden und ein „System des optimalen Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft“ (SOFE) entstehen.⁸⁶

Ziel der Optimalplanung war es, die verfügbaren Ressourcen bestmöglich zu verwenden. Dazu interpretierte man die Wirtschaft als kybernetisches System,⁸⁷ für das die politische Führung ein „Optimalitätskriterium“ auszuwählen hatte.⁸⁸ Dieses konnte etwa in der Befriedigung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse zu

85 Kantorovič, Leonid Vital'evič: *Ekonomičeskij rasčet nailučšego ispol'zovanija resursov*, Moskau 1959; Novožilov, Viktor Valentinovič: *Izmerenie zatrat i ich rezul'tatov v socialističeskom chozjajstve*, Moskau 1959; Nemčinov, Vasilij Sergeevič: *Primenenie matematiki v ekonomičeskich issledovanijach*, Moskau 1959. Unter Stalin war die Anwendung mathematischer Methoden für Entscheidungen in der Wirtschaftsplanung hingegen aus ideologischen Gründen noch unterdrückt worden (Campbell, Robert W.: *The Failure of Soviet Economic Planning. System, Performance, Reform*, Bloomington u. a. 1992, S. 152).

86 „Sistema optimal'nogo funkcionirovanija socialističeskoj ekonomiki“. Neben den genannten Autoren spielte hierbei insbesondere das 1963 gegründete Zentrale Wirtschaftsmathematische Institut der Akademie der Wissenschaften (Central'nyj ekonomiko-matematičeskij institut AN SSSR, CEMI) unter N.P. Fedorenko eine bedeutende Rolle (vgl. Drzymalla 1991, S. 286). Seine Gründung zeugt vom nicht unerheblichen politischen Interesse an der Optimalplanungstheorie.

87 Zum theoretischen Hintergrund der Optimalplanung siehe Polster, Joachim: *Zum Problem der optimalen Investitionsquote. Analyse und Vergleich zweier älterer und zweier neuerer sowjetischer Modelle*, Berlin (West) 1971, S. 22.

88 Drzymalla 1991, S. 289 f.

den geringstmöglichen Kosten⁸⁹ oder der maximalen Steigerung des National-einkommens bestehen.⁹⁰ Dieses Kriterium musste anschließend für alle Ebenen der Wirtschaft in lokale Optimalitätskriterien übersetzt werden, für die Betriebe etwa konnte es in der Gewinnmaximierung bestehen.⁹¹ Aufgabe der Planungsorgane und Entscheidungsträger auf den verschiedenen Ebenen war es dann, ihr jeweiliges Optimalitätskriterium zu maximieren. Auf diese Weise konnte beispielsweise der Betriebsleiter ermitteln, wie er seine Ressourcen einzusetzen hatte, um den Gewinn zu maximieren, und daraufhin dementsprechende Entscheidungen treffen. Mit anderen Worten: Ziel der Optimalplanung war die effiziente Ressourcenallokation.⁹²

a) Die Lösung des Rationalitätsproblems

Dies setzte eine Lösung des Rationalitätsproblems voraus, das diesem Ziel entgegenstand. Denn die bestehenden Planpreise von Ressourcen konnten, da sie deren Knappheiten nicht anzeigten, auch keine Anhaltspunkte für ihre rationale Verwendung geben. Doch die Einrichtung eines Marktes und die Nutzung der Marktmechanismen zur Preisbildung wollten die Optimalplanungstheoretiker natürlich auch nicht zulassen. Ihr Ausweg bestand in der Anwendung ma-

89 Krylow, P.N. [u. a.]: Die Vervollkommnung der Volkswirtschaftsplanung unter den Bedingungen der Reform, in: Drogitschinski, N.J. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 154-224, hier: S. 218.

90 Zur Diskussion von gesamtwirtschaftlichen Optimalitätskriterien vgl. Narodnochozjajstvennyj kriterij optimal'nosti, in: Ekonomiko-matematičeskij slovar' Lopatnikova, URL: <http://slovari.yandex.ru/~книги/Лопатников/Народнохозяйственный критерий оптимальности> (Aufruf am 11.08.12); eine ausführliche Diskussion findet sich in: Fedorenko, Nikolaj Prokof'evič/Ovsenko, Jurij Valentinovič/Petrakov, Nikolaj Jakovlevič: Vvedenie v teoriju i metodologiju sistemy optimal'nogo funkcionirovanija socialističeskoj ekonomiki, Moskau 1983, S. 147-178.

91 So ein Vorschlag Novožilovs (Ellman, Michael: Optimal Planning. A Review Article, in: Soviet Studies, 20/1 (Juli 1968), S. 112-136, hier: S. 118). Zur Diskussion lokaler Optimalitätskriterien siehe Pugachev, V.F.: Optimizacija planirovanija. Teoretičeskie problemy, Moskau 1968.

92 Drzymalla 1991, S. 291.

thematischer linearer Optimierungsmodelle: Darin werden ökonomische Probleme als ein System von Ungleichungen ausgedrückt, wobei die Ungleichungen sämtliche Nebenbedingungen, darunter auch die Beschränkungen beispielsweise von Ressourcen, Produktionskapazitäten oder den einsetzbaren Arbeitskräften, enthalten. Anschließend wird die lineare Zielfunktion des Modells, die durch das Optimalitätskriterium gegeben ist, maximiert. Das Ergebnis stellt die optimale Lösung des ökonomischen Problems dar.⁹³

Ein solches ökonomisches Problem könnte beispielsweise in der Ermittlung der optimalen Produktionsmenge bestehen, bei der die Ressourcen mit größtmöglicher Effizienz eingesetzt werden, sodass mit minimalem Input maximaler Output erzeugt wird. Die „Schattenpreise“⁹⁴ oder „objektiv bestimmten Bewertungen“ (ob'ektivno obuslovlennye ocenki, o.o.o.)⁹⁵ für die Inputs dienen dabei als Beschränkungen in den Nebenbedingungen. Sie zeigen an, bis zu welcher Grenze Produktionssteigerungen durch Einsatz zusätzlicher Ressourcen das Optimalitätskriterium erfüllen bzw. ab welcher Grenze Produktionssteigerungen wegen der Knappheit der verwendeten Ressourcen unerwünscht sind.⁹⁶ Anders ausgedrückt definieren sie die Opportunitätskosten⁹⁷ des Verbrauchs knapper Ressourcen. Auf dieser Basis kann ein optimaler Produktionsplan festgelegt werden. Eine andere Anwendung hätte in der Auswahl des in Hinblick

93 Drzymalla 1991, S. 239; Ellman, Michael: Optimal Planning. A Review Article, in: Soviet Studies, 20/1 (Juli 1968), S. 112-136, hier: S. 113. Für eine allgemeine Beschreibung der Methode der linearen Programmierung siehe: Lineare Optimierung, in: Wirtschaftslexikon24.net, URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/lineare-programmierung-lp/lineare-programmierung-lp.htm> (Aufruf am 11.08.12).

94 Zum Begriff des Schattenpreises in der linearen Optimierung siehe: Schattenpreis, in: Wirtschaftslexikon24.net, URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/schattenpreis/schattenpreis.htm> (Aufruf am 14.09.12).

95 Diesen Begriff prägte der Wirtschaftsmathematiker Kantorovič. Ausführlich zu den „o.o.o.“ als Knappheitsanzeiger bei der Ressourcenallokation: Campbell 1992, S. 159-162.

96 Vgl. Campbell 1992, S. 158 f., der auch eine Darstellung der Entdeckung dieses Zusammenhangs durch Kantorovič im Jahr 1939 gibt (ebd., S. 156-158). Kantorovič gilt als Begründer der linearen Optimierung und erhielt dafür 1975 den Mathematik-Nobelpreis. Vgl. ebenfalls zur Funktion der o.o.o.: Ob'ektivno obuslovlennye ocenki, in: Ekonomiko-matematičeskij slovar' Lopatnikova, URL: <http://slovari.yandex.ru/~книги/Лопатников/Объективно обусловленные оценки> (Aufruf am 11.08.12).

97 Opportunitätskosten sind Erlöse, die dadurch entgehen, dass eine bestimmte Möglichkeit zur Ressourcenverwendung nicht genutzt wird.

auf die verfügbaren Mittel optimalen aus verschiedenen möglichen Investitionsprojekten bestehen können. Die effiziente Allokation der Ressourcen war dabei durch die Einbeziehung ihrer jeweiligen Knappheiten ins Modell gewährleistet. Unter der Voraussetzung, dass die Ressourcenmengen bekannt und die „o.o.o.“ dementsprechend richtig berechnet wurden, konnte das Problem der optimalen Ressourcenallokation somit theoretisch gelöst werden. Das Rationalitätsproblem der Planwirtschaft, aufgrund fehlender Marktpreise nicht effizient allozieren zu können, wurde damit umgangen.⁹⁸

Die Ausarbeitung eines Optimalplans sollte in den folgenden drei Schritten⁹⁹ erfolgen: Zuerst wird die Planungsaufgabe in eine zentrale und mehrere sektorale Aufgaben aufgespalten, um ihren Umfang zu reduzieren und eine Überlastung der Zentralorgane zu vermeiden. Die Zentrale teilt den Sektoren, vertreten durch die Industrieministerien, nun ihre Ressourcenausstattung in ungefähren Naturalgrößen mit, wobei sie sich auf die in den „o.o.o.“ ausgedrückten Knappheiten, die Ergebnisse der Vorplanperiode, Konsumstudien und weitere Erkenntnisse stützt.¹⁰⁰ In einem zweiten Schritt kalkulieren nun die einzelnen Industrieministerien auf einer verbesserten Grundlage die Kosten¹⁰¹

98 Polster 1971, S. 22.

99 Hierbei handelt es sich um eine mögliche Planungsvariante, in der die Optimallösung durch schrittweise Iteration von Mengensignalen erreicht wird. Die Darstellung erfolgt nach Sachse 1994, S. 22-24 sowie Ellman 1968, S. 129 f. – Eine Alternative zu dieser Planerstellungsmethode besteht im „Lange-Arrow-Harwicz-Modell“, in dem die Zentrale mit Preis- statt Mengensignalen operiert (vgl. hierzu Sachse 1994, S. 22). Diese Methode geht auf Oskar Lange zurück und wird in [Kap. 3](#) dargestellt.

100 Wissenschaftler wie Fedorenko schlugen zahlreiche weitere mathematische Methoden vor, die Gosplan neben der Ermittlung von „o.o.o.“ anwenden sollte, darunter Input-Output-Analysen, Modelle der dynamischen Perspektivplanung u.a.m. (Ellman, Michael: Optimal Planning Revisited, in: Soviet Studies, 21/2 (Okt. 1969), S. 243-250, hier: S. 250). Mit statistisch-ökonomischen Nachfragestudien sollten die Planer den Bedarf der Endverbraucher ermitteln (Ellman 1968, S. 131). Orthodoxe Darstellungen gingen hingegen davon aus, man könne den Bedarf normativ festsetzen (siehe hierzu: Raicin, V.Ja: Normativnye metody planirovanja urovnja žizni, Moskau 1967), verwarfen also die Nachfrageorientierung wieder.

101 Hierfür sollte die Berechnungsgrundlage verbessert werden: Sowjetische Praxis war es, Kosten als Mittelwert aus den Produktionskosten aller Betriebe zu berechnen. Rentablen Betrieben entstanden damit die gleichen Kosten wie unrentablen, was einen Fehlanreiz

für die in ihrer Branche herzustellenden Güter und legen auf deren Basis vorläufige Preise für In- und Outputs fest, die sie der Zentrale mitteilen. Diese vergleicht im dritten Schritt die Preissignale der Sektoren miteinander und passt die Mengenzuteilung so an, dass die Preisvorstellungen sich annähern. Daraufhin beginnt ein neuer Iterationsschritt. Der Prozess wird wiederholt, bis die Preissignale übereinstimmen und ein Gleichgewicht entsteht.

Das Ergebnis ist ein stark aggregierter Zentralplan, der zwar Entwicklungsziele und, durch die Ressourcenausstattung der einzelnen Sektoren, die Proportionen der Wirtschaftsbereiche vorgibt. Produktionsziele für die Betriebe – also die eigentliche Direktivplanung – sind darin aber nicht enthalten und werden von diesen selbst festgelegt. Die „Optimalplanung“ ging insofern mit Dezentralisierung von Mikroentscheidungen einher.¹⁰² Als Rahmenbedingungen für autonome Betriebsentscheidungen dienten nun die aggregierten Mengenvorgaben des zentralen „Optimalplans“, die im Planungsprozess ermittelten Preissignale sowie weitere zentral festgelegte Normen. Zentralplanung und dezentrale Marktmechanismen sollten also kombiniert werden.¹⁰³

b) Beschränkungen der Rationalität des Optimierungsmodells

Ziel und Vorteil der Optimalplanungsmethoden ist es, Allokationsentscheidungen in der Planwirtschaft rational auf Grundlage objektiver Knappheiten treffen

darstellte. Nun sollten stattdessen die Kosten des relativ am wenigsten wirtschaftlich arbeitenden rentablen Betriebs als Berechnungsgrundlage verwendet werden (Liberman 1974, S. 192 f.). Günstiger produzierende Betriebe erhielten dadurch zur Belohnung höhere Gewinne. Zudem sollten neben den unmittelbaren Produktionskosten auch Abgaben für die Nutzung von Ausrüstungen und Umlaufkapital einbezogen werden, die bisher kostenlos waren und daher gehortet wurden (vgl. Drzymalla 1991, S. 332).

102 Sachse 1994, S. 18; vgl. auch Ellman 1968, S. 117.

103 Vgl. hierzu die bei Ellman wiedergegebenen Ausführungen sowjetischer Wissenschaftler (Ellman 1968, S. 117 f.), die der Autor so zusammenfasst: „Understood this way, there is no contradiction between ‚optimal planning‘ [...] and autonomy for enterprises, market relations between enterprises, and markets for labour and consumer goods. In fact the contrary is the case“ (ebd.).

zu können.¹⁰⁴ Diese Rationalität wird allerdings erstens durch den nicht determinierbaren Ablauf von Wirtschaftsprozessen und die Unsicherheit von Aussagen über die Zukunft beeinträchtigt, die das Optimierungsmodell nicht erfassen kann.¹⁰⁵ Nötige Korrekturen können nur durch die langsame und schwerfällige Arbeit der Planungsorgane erfolgen.¹⁰⁶ Zweitens ist das lineare Optimierungsmodell auf die effiziente Allokation von Ressourcen mit bekannter, statischer Produktivität ausgerichtet. Andere Quellen ökonomischer Effizienz, die beispielsweise in der Steigerung der Faktorproduktivitäten durch technischen Fortschritt, organisatorische Verbesserungen oder einer besseren Qualifizierung der Arbeitskräfte bestehen, können in diesem Modell nicht zur Geltung kommen.¹⁰⁷ Drittens ist der Begriff „Rationalität“ relativ zu sehen, bezieht er sich doch auf das gewählte Optimalitätskriterium, das von der Politik vorgegeben wird und nicht zwangsläufig den „rationalen“ Interessen der Bevölkerung entsprechen muss.¹⁰⁸ Viertens stellt die ermittelte Optimallösung nur eine Annäherung an das theoretische Optimum dar, da es unmöglich ist, ausnahmslos alle Nebenbedingungen des ökonomischen Problems in das Modell zu integrieren.¹⁰⁹ Fünftens ist kaum anzunehmen, dass der Bürokratie alle Ressourcengrößen genau bekannt sind, was die Berechnung der „Schattenpreise“ vor Probleme stellt. Das Rationalitätsproblem kann deshalb auch von der Optimalplanungstheorie nicht in seiner Ganzheit gelöst werden. Dennoch steht außer

104 Vgl. Ellman 1968, S. 129; Krylow [u. a.] 1972, S. 209 f.

105 Vgl. Drzymalla 1991, S. 283 f.

106 Vgl. Ellman 1968, S. 126 f.

107 Ellman 1968, S. 123.

108 Vgl. Drzymalla 1991, S. 276. So ist es – jenseits normativer Einwände – auch ökonomisch nicht unproblematisch, die Existenz eines „objektiven gesellschaftlichen Nutzens“ vorauszusetzen, da jedes Individuum seine eigene Nutzenfunktion verfolgt (ebd., S. 340-342).

109 Vgl. Drzymalla 1991, S. 342. Denn selbst unter der Idealvoraussetzung, dass der Verantwortliche alle entsprechenden Informationen zur Verfügung hat, vermag er nur statistische, nicht aber problemrelevante subjektive Faktoren in Zahlen auszudrücken. Hier besteht also das von Hayek beschriebene qualitative Informationsproblem fort.

Frage, dass die Anwendung der Linearprogrammierung im Vergleich zur willkürlichen, irrationalen Entscheidungsfindung des traditionellen Systems eine erhebliche Verbesserung darstellt.¹¹⁰

c) EDV: Die Lösung des Informationsproblems?

Ähnlich wie bei Problemen der Rationalität wird die Anwendbarkeit der Optimalplanungsmethoden auch durch das Informationsproblem der Planwirtschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Dieses musste sich sogar noch weiter verschärfen, wenn die Planungsaufgabe durch den Einsatz mathematischer Modelle zusätzlich verkompliziert wurde. Die Ermittlung eines „Optimalplans“ war deshalb nur denkbar, wenn radikale Maßnahmen zur Entlastung der Planungsorgane durch Computerisierung und Dezentralisierung – der Tendenz nach also in einer Libermanschen Lösung – eingeleitet wurden.

Der Computereinsatz wurde von der KPdSU gefördert, die sich davon ganz im Sinne von Lenin die Umwandlung der Wirtschaft in eine „einzige große Maschine“¹¹¹ erhoffte und 1969 die Einrichtung eines „Gesamtstaatlichen automatisierten Systems“ der Wirtschaftsverwaltung beschloss.¹¹² Einige sowjetische

110 Diese Auffassung wird von Ellman unterstützt: „It is equally true, and from a practical point of view far more important, that a group of operations researchers headed by an able economist is likely to reach better solutions to these problems using linear programming than planning officials and engineers using traditional methods“ (Ellman 1968, S. 122).

111 Lenin, der freilich von Computern noch nichts wissen konnte, hatte bereits 1918 geäußert: „Die [...] Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, dass sich Hunderte Millionen Menschen nach einem einzigen Plan richten – das ist die gigantische organisatorische Aufgabe, die uns zugefallen ist“ (zit. nach: Hamel, Hannelore: Anreiz- und Kontrollmechanismen in Wirtschaftssystemen, Berlin (West) 1981, S. 16, [Fn. 41](#)).

112 Obščegosudarstvennaja avtomatizirovannaja sistema sbora i obrabotki dannych dlja učeta, planirovanija i upravlenija narodnym chozjajstvom, OGAS. Vgl. Conyngham, William J.: Technology and Decision Making. Some Aspects of the Development of OGAS, in: Slavic Review, 39/3 (Sept. 1980), S. 426-445, hier: S. 440.

Kybernetiker befürworteten gar eine totale, vermeintlich „perfekte Zentralisierung“ der Wirtschaft durch Computerisierung und Mathematisierung.¹¹³ Im Gegensatz zu diesen utopischen Erwartungen strebten die Befürworter der Optimalplanungstheorie eher eine komplementäre Lösung aus Dezentralisierungsmaßnahmen und Computereinsatz an.¹¹⁴ Man hoffte, mit Hilfe von EDV-Systemen den sehr hohen Rechenaufwand für die Lösung der Optimierungsaufgaben beherrschen zu können.¹¹⁵ Tatsächlich ließen sich in diesem rein mathematischen Bereich viele zeitintensive Arbeitsschritte der Planer durch Computer stark beschleunigen oder überhaupt erst ermöglichen.¹¹⁶ Doch andererseits konnte der Computer kein Allheilmittel darstellen: Erstens konnten die eingegebenen Daten aufgrund mangelnder Kenntnisse oder Manipulationen, beispielsweise infolge der „weichen“ Planbestrebungen der Betriebe, fehlerhaft sein.¹¹⁷ Zweitens konnte die Technik zwar verschiedene Modelle berechnen, de-

113 Zu utopischen Erwartungen an den Computereinsatz s. Ellman 1968, S. 116. Als Beispiel mögen die Pläne der Kybernetiker A.I. Kitov und V.M. Gluškov dienen, die Pichorovič in einem Aufsatz überaus unkritisch darstellt: «Очень многим людям стало ясно, что нужна не децентрализация управления, которая лишает СССР основного преимущества перед США и Западной Европой, а совершенствование методов централизованного управления на базе достижений научно-технического прогресса.» („Sehr vielen Leuten wurde klar, dass nicht etwa eine Dezentralisierung nötig war, die die UdSSR ihres wesentlichen Vorteils gegenüber den USA und Westeuropa beraubt hätte, sondern die Vervollkommnung der Methoden der zentralen Wirtschaftslenkung auf Basis der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.“) Dezentralisierung habe hingegen die „Abkehr in den Strudel der Marktanarchie“ («поворот к сползанию экономики в пучину рыночной анархии») bedeutet (Pichorovič, V.D.: Trud, kapital, energija. Nevostrebovannaja al'ternativa rynočnoj reformy, in: Al'manach „Vostok“, 14/2 (Feb. 2004), URL: http://www.situation.ru/app/j_art_781.htm (Aufruf am 13.08.12).

114 Vgl. Polster 1971, S. 22.

115 So die Meinung des Mathematikers Nemčinov (Drzymalla 1991, S. 277).

116 Dabei ging es jedoch v. a. um die Ausführung bereits getroffener Entscheidungen, wie Nove bemerkt (Nove 1980, S. 68).

117 Kantorovič brachte dies folgendermaßen auf den Punkt: „The use of economic-mathematical models in planning the production of particular industries will give a corresponding result only if in the calculations the initial data used are sufficiently reliable“ (zit. nach: Ellman 1968, S. 120). Hierzu auch Nove 1980, S. 60 f.; Drzymalla 1991, S. 329. Die Manipulation von Daten war, wie Conyngham beschreibt, auch ein häufiges Problem bei der Einführung des OGAS in den 1970er Jahren (vgl. Conyngham 1980, S. 444).

ren Bewertung und Entscheidung aber dennoch menschlichen Planern überlassen bleiben musste¹¹⁸ – alles andere hätte auch das planwirtschaftliche Axiom der „bewussten Steuerung“ der Wirtschaft in Frage gestellt. Drittens stieß die praktische Einführung von Computern auf zahlreiche technische Hindernisse und Versorgungsprobleme, sodass das Projekt des Gesamtstaatlichen automatisierten Systems der Wirtschaftsverwaltung zehn Jahre nach seiner Einführung als gescheitert gelten musste.¹¹⁹ Computer konnten das Informationsproblem deshalb allenfalls quantitativ abmildern.¹²⁰

d) Dezentralisierung ohne Alternative

In Anbetracht der begrenzten Möglichkeiten und Chancen der Computerisierung fiel Dezentralisierungsreformen eine umso größere Bedeutung für die Lösung des verschärften Informationsproblems zu – und damit für die Realisierbarkeit der Optimalplanung überhaupt.¹²¹

Doch welche Reform brauchte man? Dass eine begrenzte Ausweitung der Betriebsautonomie à la Liberman schon ohne die Anwendung mathematischer Modelle nicht ausreichte, um die Planung ihres Informationsproblems zu ent-

118 Krylow [u. a.] 1972, S. 220.

119 Conyngham 1980, S. 445. Dabei ist der zunehmende technologische Rückstand der Sowjetunion im Computerbereich zu bedenken, der in den 1970er Jahren etwa fünf bis zehn Jahre im Vergleich zu den USA betrug (ebd., S. 433).

120 Vgl. Sachse 1994, S. 46. Überzogenen Erwartungen an die Computerisierung tritt auch Conyngham entgegen: „It is clear that the construction of OGAS offers only a partial solution to the problem of rationalizing the system of economic information. Computers promise large payoffs in highly routinized areas such as payroll, billing, inventory control, bookkeeping, accounting, and reporting. Such limited applications, which presently constitute the great bulk of tasks turned over to machines, do not optimize planning or automatically increase the level of systemic integration and control, however. Most important, computerization does not directly address the adverse effects of sociopsychological and organizational problems upon the quality of information circulating in the system“ (Conyngham 1980, S. 432).

121 Dies wurde etwa von Fedorenko betont (Ellman 1969, S. 250). Zu Wirtschaftsreformen als Voraussetzung der Optimalplanung vgl. auch: Drzymalla 1991, S. 326.

ledigen, wurde bereits in [Abschnitt 3.1.1](#) ausgeführt. Doch nicht alle Wirtschaftsmathematiker trugen der Unvollkommenheit eines solchen Ansatzes Rechnung. N.P. Fedorenko und V.S. Nemčinov etwa, zwei namhafte Ökonomen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wollten ebenso wie Liberman am Kennziffernprinzip festhalten; Fedorenko sprach sich dafür aus, den Betrieben u.a. den allgemeinen Produktionsumfang, Investitionen, Zulieferungen und gewisse Sortimentsbereiche vorzuschreiben.¹²² Davon waren ähnliche Probleme zu erwarten, wie sie schon in Bezug auf Libermans Konzept diagnostiziert worden sind.¹²³ Das Informationsproblem konnte so, zumal in Anbetracht seiner Verschärfung, nicht gelöst werden.

Der dahingehend radikalste und vielversprechendste Vorschlag war vermutlich derjenige V.V. Novožilovs. Er strebte eine „perfekte indirekte Dezentralisierung“ an: Dabei sollte sich die Zentralplanung auf Strukturentscheidungen und die Festlegung von Entwicklungsrichtungen beschränken, alle anderen Entscheidungen sollten dezentral getroffen werden. In diesem Sinne mussten sich die Entscheidungsträger erstens darum bemühen, ihr jeweiliges Optimalitätskriterium zu maximieren – der Betriebsdirektor etwa seinen Gewinn. Zweitens mussten sie auch ökonomische Parameter wie die Knappheitsanzeiger „o.o.o.“ und Normen für die Effektivität von Investitionen berücksichtigen. Die Festlegung dieser bindenden Parameter und lokalen Optimalitätskriterien oblag der Zentrale. Damit wollte Novožilov gewährleisten, dass die dezentralen Entscheidungen der Betriebe im Interesse der Zentrale ausfielen.¹²⁴ Auch wenn die Berechnung der Parameter und Normen neue Probleme darstellte, bestand der Vorteil dieses Konzepts darin, dass es auf die indirekte, ökonomische Steuerung der Betriebe statt auf Kennziffern setzte. Der Druck zur obligatorischen

122 Zu Fedorenkos Haltung s. Drzymalla 1991, S. 331. Zu Nemčinovs Ansatz einer „Chozrasčet-Planung“ s. zusammenfassend Sachse 1994, S. 108-111; ausführlich: Nemčinov, Vasilij Sergeevič: *Socialističeskoe chozjajstvovanie*, in: *Kommunist*, 11/1987, S. 23-32 (erstmalig publiziert 1964).

123 Erstens setzte der Druck zur Kennziffererfüllung Fehlanreize an die Betriebe, die nach „weichen“ Plänen streben und ihre Daten manipulieren würden. Zweitens konnte das verschärfte Informationsproblem der Zentrale nicht gelöst werden, wenn sie für die Betriebe weitere Produktionsziele aufschlüsselte.

124 Ellman 1968, S. 118.

Erfüllung von Plankennziffern und die daraus folgenden Fehlanreize, etwa die Verschleierung des betrieblichen Produktionspotentials in „weichen“ Plänen und die Innovationsfeindlichkeit, konnten auf diese Weise vermieden werden.

Doch selbst eine so weitgehende Dezentralisierungsreform konnte nicht alle bezüglich der Liberman-Vorschläge genannten Schwierigkeiten beheben: So blieben erstens Konflikte zwischen Instrumenten der Planwirtschaft und Marktelementen zu erwarten, die sich aus dem Mischcharakter des so entstehenden Systems ergaben. Überließ man etwa die Ausgestaltung von Lieferverträgen den Betrieben selbst, wie von Novožilov gewünscht, so musste dies in Anbetracht des defizitären Verkäufermarkts sowie des hohen Monopolisierungsgrades nicht zu Nachfrageorientierung, sondern zum Diktat des Verkäufers, unerwünschten Preiserhöhungen und inflationärem Druck führen.¹²⁵

Zweitens bestand ein grundsätzlicher Nachteil starker Dezentralisierung im zwangsläufig steigenden Aggregationsgrad der Zentralplanung: Je mehr Gütergruppen der Zentralplan verallgemeinerte, umso mehr Detailinformationen aus den Betrieben gingen dabei verloren. Schlüsselte man die zusammengefassten Mengenbilanzen des Zentralplans wieder auf, konnten sich einzelne Aufstellungen als inkonsistent erweisen.¹²⁶ Im Falle von so hervorgerufenen Inkonsistenzen entstanden also neue Informationsprobleme.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Optimalplanungstheorie eine wenig realistische Reformalternative darstellte. Ihr theoretischer Vorteil bestand darin, dass das Rationalitätsproblem der Planwirtschaft durch mathematische Modelle umgangen und eine effiziente Ressourcenallokation erreicht werden konnte. Eingeschränkt wurde die Rationalität jedoch durch die Statik des linearen Optimierungsmodells, die politische Festlegung der Optimalitätskriterien und die Unmöglichkeit, alle ökonomischen Bedingungen im Modell zu formulieren. Das größte praktische Hindernis, das gegen eine umfassende Anwendung der mathematischen Methoden sprach, bestand in der noch weiter

125 Ellman 1968, S. 130.

126 Vgl. Drzymalla 1991, S. 271. Kantorovič und Novožilov räumten die Ungelöstheit des Aggregationsproblems ein, insbesondere was die Knappheitsanzeiger „o.o.o.“ betraf, die für die gesamte Volkswirtschaft gelten sollten und dementsprechend stark aggregiert sein mussten (vgl. ebd. sowie Ellman 1968, S. 130).

zunehmenden Informationsüberlastung der Planungsorgane. Computer konnten dies zwar abmildern, doch waren ihrem Einsatz praktische und technische Grenzen gesetzt, ebenso wie der Realisierung von Dezentalisierungsreformen, die – wie schon bezüglich der Liberman-Vorschläge gezeigt worden ist – zu neuen Widersprüchen führen konnten. Eine Lösung der Rationalitäts- und Informationsprobleme auf diese Weise war kaum zu erwarten; einen echten „Optimalplan“ konnten die Beamten der staatlichen Planungsbehörde (Gosplan) unmöglich leisten.¹²⁷

Durchaus möglich und sinnvoll war es jedoch, die mathematischen Modelle für konkrete Entscheidungen – etwa bei großen Investitionsentscheidungen – anzuwenden. Im Vergleich zur Willkür, die diesbezüglich im traditionellen System dominierte, versprach bereits die begrenzte Anwendung von Optimalplanungsmethoden erhebliche Effizienzsteigerungen.

3.2 Radikaler Ansatz: Marktsozialismus

Bereits in den 1930er Jahren hatte der polnische Ökonom Oskar Lange Plan- und Marktmechanismen in einem Wirtschaftsmodell des „Marktsozialismus“ zusammengefügt.¹²⁸ Während sich in der Sowjetunion auch reformorientierte Ökonomen wie Liberman ausdrücklich von einer wie auch immer gearteten Marktwirtschaft distanzierten,¹²⁹ wurden Langes Ideen in den ostmitteleuropä-

127 Diese Einschätzung teilt Nove 1980, S. 57.

128 Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism. Part One, in: The Review of Economic Studies, 4/1 (Okt. 1936), S. 53-71, sowie Ders.: On the Economic Theory of Socialism. Part Two, in: Ebd., 4/2 (Feb. 1937), S. 123-142.

129 Liberman widersprach westlichen Darstellungen, die seine Reformvorschläge als Bekenntnis zu einer sozialistischen Marktwirtschaft ausgelegt hatten. Er sei, im Gegenteil, „für das Prinzip der zentral festgesetzten Pläne – nach Volumen und Sortiment – bis hin zum einzelnen Betrieb“ (Liberman, Evsej G.: Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion, Frankfurt a. M. 1974, S. 12).

ischen Staaten von Ökonomen wie Ota Šik und Włodimierz Brus als Möglichkeit zur Reform des sowjetischen Wirtschaftssystems aufgegriffen.¹³⁰ Zu prüfen ist daher, inwiefern die Modelle des Marktsozialismus geeignet waren, dessen Rationalitäts- und Informationsproblem zu lösen.

3.2.1 *Das Modell Oskar Langes*

Das grundlegende sozialistische Element, das Langes Modell mit der Sowjetwirtschaft teilte, bestand in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Doch während in der UdSSR die Parteispitze über die gesellschaftlichen Bedürfnisse entschied, trat Lange für die Souveränität der Arbeitnehmer und Konsumenten ein.¹³¹ Neben einem Arbeits- forderte er deshalb insbesondere einen Konsumgütermarkt, auf dem sich die Nachfragepräferenzen der Bürger in Preisen widerspiegeln konnten. Um die Nachfrage ideal zu befriedigen, mussten die Betriebe andererseits die Möglichkeit haben, Produktionsmengen und -sortimente eigenständig festzulegen. Eine zentralisierte Direktivplanung der Produktion wie in der UdSSR kam somit nicht in Frage. Für Produktionsgüter und Ressourcen hingegen wollte Lange nur einen Quasi-Markt einrichten: Anstelle einer Materialzuteilung an die Betriebe durch den Plan wie in der Sowjetunion befürwortete er zwar einen Großhandel, doch sollten dessen Preise nicht frei gebildet, sondern von der staatlichen Plankommission, dem „Central Planning Board“ (CPB) festgesetzt werden. Schließlich existierte auch kein Kapitalmarkt. Die Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaft, wie sie Lange verstand, lassen sich daher mit folgenden Elementen zusammenfassen: Staatseigentum an Pro-

130 Seit den 1950er Jahren experimentierte zudem Jugoslawien mit dem Marktsozialismus, was im Rahmen dieser Arbeit leider nicht dargestellt werden kann. Siehe hierzu Horvat, Branko: Die Arbeiter-Selbstverwaltung. Das jugoslawische Wirtschaftsmodell, München 1973.

131 „The essential feature of a socialist market economy is that it is designed to serve the consumer“ (Roosevelt, Frank: Market Socialism. A Humane Economy?, in: Journal of Economic Issues, 3/4 (Dez. 1969), S. 3-20, hier: S. 3).

duktionsmitteln, Märkte für Konsumgüter und Arbeit, Autonomie der operativen Betriebstätigkeit sowie staatlich festgelegte Preise im Produktionsgüter- und Großhandel.¹³²

Inwiefern stellte Langes Entwurf nun eine Lösung der Rationalitäts- und Informationsprobleme des sowjetischen Wirtschaftstyps dar? Was die Frage der Rationalität anbelangt, so räumte Lange zwar im Gegensatz zur sowjetischen Politökonomie ein, dass effiziente Allokation nur auf Grundlage realistischer Preise möglich war,¹³³ doch Marktpreise für Produktionsgüter lehnte er dennoch ab. Seine Alternative bestand darin, dass die Plankommission die Gleichgewichtsfunktion des Marktes imitieren und knappheits- und bedarfsanzeigende Preise – die denjenigen in der freien Marktwirtschaft entsprechen, also rational sein sollen – simulieren sollte.¹³⁴

In seinem Modell läuft dies folgendermaßen ab:¹³⁵ Für Konsumgüter und Arbeit bestehen bereits Marktpreise.¹³⁶ Zusätzlich setzt das CPB für Ressourcen und Produktionsgüter beliebige Preise fest.¹³⁷ In einem ersten Schritt kalkulieren die Manager der Staatsbetriebe nun auf Grundlage dieser Zufallspreise und der Marktpreise für Konsumgüter, was und wie viel sie produzieren möchten. Dabei müssen sie zwei vom CPB aufgestellte Regeln beachten: Einerseits ist die Minimierung der Durchschnittskosten der Produktion anzustreben, anderer-

132 Vgl. Lange 1936, S. 60 f. u. S. 67.

133 Darin stimmte Lange mit Mises überein: „[It] was [Mises'] powerful challenge that forced the socialists to recognise the importance of an adequate system of economic accounting to guide the allocation of resources in a socialist economy“ (Lange 1936, S. 53).

134 Vgl. Batt, Judy: *Economic Reform and Political Change in Eastern Europe. A Comparison of the Czechoslovak and Hungarian Experiences*, New York 1988, S. 8 f.

135 Die folgende Darstellung der Preisermittlung richtet sich nach: Lange 1936, S. 61.

136 Dabei hat Lange offenbar die historisch entstandenen Preise im Blick, die zu einem bestimmten Ausgangszeitpunkt vorliegen und daher als gesetzt gelten.

137 Auch wenn die Preise im Prinzip beliebig gewählt werden können, lässt sich der Prozess durch Verwendung näherungsweise korrekter, etwa historisch entstandener Preise, abkürzen: „Actually the process of trial and error would, of course, proceed on the basis of the prices historically given. Relatively small adjustments of those prices would constantly be made, and there would be no necessity of building up an entirely new price system“ (Lange 1936, S. 66).

seits ist genau die Menge zu produzieren, bei der die Grenzkosten der Produktion dem Produktpreis entsprechen.¹³⁸ Dies bedeutet, dass die Manager möglichst niedrige Kosten und einen möglichst hohen Ausstoß anstreben sollen.¹³⁹ In einem zweiten Schritt überprüft die Zentrale dann durch Materialbilanzen, ob die Angebots- und Nachfragemengen, die sich aus den Entscheidungen der Betriebe ergeben, gesamtwirtschaftlich übereinstimmen und nimmt die Funktion des Marktes wahr: Übertrifft die Nachfrage nach einem Produktionsgut das Angebot, erhöht sie dessen Preis, im umgekehrten Fall senkt sie ihn. Der so korrigierte Preis dient wiederum als Ausgangspunkt für neue Kalkulationen der Betriebe. Der Iterationsprozess wird mit der Methode des „trial-and-error“ wiederholt, bis Angebot und Nachfrage übereinstimmen und der Gleichgewichtspreis ermittelt ist.¹⁴⁰ Die Plankommission nimmt faktisch die gleiche Funktion wahr wie der Markt und ist daher theoretisch genauso gut in der Lage, für die Ressourcenallokation benötigte Gleichgewichtspreise zu finden.¹⁴¹ Damit war Mises' These der Irrationalität sozialistischen Wirtschaftens ([Abschnitt 2.3.1](#)) zumindest auf Modellebene widerlegt.¹⁴²

138 „Grenzkosten“ sind diejenigen Kosten, die für die Herstellung einer zusätzlichen Einheit eines Produkts anfallen. Solange sie niedriger sind als der Produktpreis, macht eine Produktionssteigerung oder der Markteintritt eines weiteren Wettbewerbers Sinn. Da ein freier Markteintritt in Langes Modell der vergesellschafteten Betriebe nicht vorgesehen ist, soll diese Regel garantieren, dass die existierenden Betriebe stets mit optimalem Produktionsvolumen operieren (vgl. Lange 1936, S. 62).

139 Zu den Regeln s. Lange 1936, S. 62. Vgl. auch die Kommentare von Batt 1988, S. 9.

140 Lange 1936, S. 66.

141 „Our study of the determination of equilibrium prices in a socialist economy has shown that the process of price determination is quite analogous to that in a competitive market. The Central Planning Board performs the functions of the market. It establishes the rules for combining factors of production and choosing the scale of output of a plant [...]. Finally, it fixes the prices so as to balance the quantity supplied and demanded of each commodity. It follows that a substitution of planning for the functions of the market is quite possible and workable“ (Lange 1936, S. 64).

142 Vgl. Sherman, Howard J.: The Theory of Socialist Planning: Comment, in: Journal of Political Economy, 81/2, Teil 1 (März/April 1973), S. 450-458, hier: S. 457; Giesbrecht, Andreas (Diss.): Die Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft und die ungarische Wirtschaftsreform. Darstellung, Kritik, Vergleich, Konstanz 1987, S. 76; Spulber 1991, S. 254.

In Hinblick auf das Informations- und Komplexitätsproblem der Planwirtschaft hielt Langes Marktsozialismus ebenfalls eine Lösung bereit, da Produktionsentscheidungen nicht von der Plankommission, sondern von den autonomen Betrieben getroffen werden.¹⁴³ Der allergrößte Teil der Planungsaufgabe, wie sie in der UdSSR bestand, wäre dadurch entfallen. Dadurch war nicht nur die quantitative Informationsmenge beherrschbar, sondern auch das qualitative Informationsproblem ([Abschnitt 2.3.2](#)) entfiel, da die Entscheidungsträger vor Ort diejenigen subjektiven Kenntnisse der spezifischen Umstände anwenden konnten, die im statistischen Planungsprozess verlorengegangen wären.

Ist das Lange-Modell theoretisch auch ohne Makel, so sind einige Einwände dennoch angebracht. Zuzustimmen ist einem von Hayek geäußerten Kritikpunkt, wonach die Marktpreissimulation durch die Planbürokratie zwar theoretisch möglich sei, in der Praxis aber ungleich schwerfälliger und dadurch ineffizienter erledigt werden könne als von der Spontaneität des Marktes.¹⁴⁴ Tatsächlich hatte Lange nur lapidar erwähnt, der Preis könne „einfach“ und ohne jede Mathematik ermittelt werden,¹⁴⁵ doch angesichts der Vielzahl von Güterbilanzen gestaltet sich dies zweifelsohne komplizierter, als ließe man den Markt selbst walten. Zweitens muss die Aufgabe der Mengenbilanzierung ähnlich nachteilige Konsequenzen nach sich ziehen, wie sie in der sowjetischen Planung

143 „Price setting is centralized, but efficiency is gained by decentralized decisions on output and technology“ (Sherman 1973, S. 455).

144 „There is of course no logical impossibility of conceiving a directing organ of the collective economy which [...] would be in a position to change without delay every price by just the amount that is required. When, however, one proceeds to consider the actual apparatus by which this sort of adjustment is to be brought about one begins to wonder whether anyone should really be prepared to suggest that, within the domain of practical possibility, such a system will ever even distantly approach the efficiency of a system where the required changes are brought about by the spontaneous action of the persons immediately concerned“ (Hayek, F. A.: *Socialist Calculation. The Competitive 'Solution'*, in: *Economica. New Series*, 7/26 (Mai 1940), S. 125-149, hier: S. 131.

145 „To establish the prices which serve to the persons ‚solving equations‘ as parameters no mathematics are needed either. Neither is there needed any knowledge of the demand and supply functions. The right prices are simply found out by watching the quantities demanded and the quantities supplied and by raising the price of a commodity or service whenever there is an excess of demand over supply and lowering it whenever the reverse is the case, until, by trial and error, the price is found at which demand and supply are in balance“ (Lange 1936, S. 67).

auftraten: Einerseits ist Bürokratisierung unausweichlich, andererseits muss die große Zahl der Bilanzen durch Aggregation verringert werden. Dadurch aber erhalten viele Produkte den gleichen Preis, obwohl sie nicht identisch sind, so dass die Rationalität des Preissystems von neuem eingeschränkt wird.¹⁴⁶ Aus späterer Sicht – das Modell stammt aus dem Jahre 1936 – sind diese Probleme freilich zugunsten Langes zu relativieren, da die beschriebene Preisbildungsaufgabe ebenso durch Computer gelöst werden kann, wie es seit Jahrzehnten etwa an den Finanzmärkten geschieht.

Ein auch aus heutiger Perspektive problematischer Aspekt besteht hingegen darin, welche Anreiz- und Kontrollmechanismen gewährleisten sollen, dass die Betriebe die beiden vom CPB festgelegten Regeln einhalten – dass sie also die Durchschnittskosten senken und andererseits ein Produktionsvolumen anstreben, bei dem der Produktpreis den Marginalkosten entspricht. Dies ließe sich noch wirksam dadurch gewährleisten, die Manager gewinnorientiert wirtschaften zu lassen und sie durch Prämien am Gewinn zu beteiligen.¹⁴⁷ Fraglich ist aber, wie die Zentrale in der Praxis kontrollieren soll, dass sich die Betriebe ausschließlich nach ihren Preissignalen richten.¹⁴⁸ Der Nachweis von Verstößen könnte nur über intensive Buchprüfungen sowie ein Sanktionssystem gelingen, was wiederum einen erheblichen bürokratischen Aufwand erfordern würde.

146 Vgl. Batt 1988, S. 11. In gewissem Maße ließen sich die Bilanzierungsprobleme wohl durch Verwendung von Computern und die in Zusammenhang mit der Optimalplanung erwähnten linearen Optimierungsmodelle, die in den 1930er Jahren noch nicht bekannt waren, lösen, wie zumindest Sherman glaubt: „To meet Hayek’s objection on the difficulties of central calculation, ‚prices‘ alone may be calculated centrally, while all choices of output and technology are decentralized. Such accounting prices may be centrally calculated by the familiar technique of solving the dual of the linear programming problem“ (Sherman 1973, S. 457). Doch aus der Welt schaffen lässt sich das Bilanzierungsproblem damit sicher nicht (vgl. hierzu die Anmerkungen zum Computer- und Modelleinsatz im Kapitel zur Optimalplanung).

147 So auch die Praxis des ungarischen Marktsozialismus (vgl. Sherman 1973, S. 454).

148 „[The] Central Planning Board has to fix prices and see to it that all managers of plants, industries, and resources do their accounting on the basis of the prices fixed by the Central Planning Board, and not tolerate any use of other accounting“ (Lange 1936, S. 63).

Zusammenfassend betrachtet liegen die Nachteile des Langeschen Marktsozialismus also in der Schwerfälligkeit und dem Aggregationsproblem der Preisbestimmung sowie in der Notwendigkeit bürokratischer Kontrollmechanismen. Teilweise können diese Ineffizienzen durch Computereinsatz gemildert werden, doch in der Summe bleibt die Errichtung eines nicht unerheblichen bürokratischen Lenkungs- und Kontrollapparats unausweichlich.¹⁴⁹ Die Effizienz einer freien Marktwirtschaft kann das Lange-Modell daher kaum erreichen. Im Vergleich zum traditionellen sowjetischen Mechanismus scheinen diese Einschränkungen jedoch vernachlässigbar, kann das diesem inhärente Rationalitäts- und Informationsproblem der Planwirtschaft in Langes Marktsozialismus doch nahezu vollständig vermieden werden.

3.2.2 Modelle osteuropäischer Ökonomen

Auch in Ota Šiks Theorie des Marktsozialismus¹⁵⁰ stellt die makroökonomische Zentralplanung das Gegengewicht zum Markt dar. Sie soll, wie auch bei Lange, die sektorale Ressourcenverteilung steuern und so eine proportionale Entwicklung sowohl der verschiedenen Wirtschaftsbranchen als auch von Akkumulation und Konsum sichern. Ihre Instrumente bestehen dabei insbesondere in monetären Hebeln wie der Investitions- und Einkommenspolitik, mit denen sie betriebliche Produktionsentscheidungen nicht diktiert, sondern indirekt beeinflusst. Davon verspricht sich Šik Wachstum, Vollbeschäftigung und gerechte Einkommensverteilung sowie gleichzeitig eine Vermeidung der Krisenzyklen kapitalistischer Ökonomien.¹⁵¹ Eine wichtige Rolle spielt in Šiks Modell zudem das normative Ziel einer Wirtschaftsdemokratie. Hierzu sollen die Großbetriebe aus dem Staatseigentum in dasjenige der Belegschaften überführt werden. Letztere werden auch an Betriebsentscheidungen sowie am Gewinn beteiligt,

149 Batt 1988, S. 12.

150 Šik, Ota: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.

151 Vgl. Giesbrecht 1987, S. 103-105.

wodurch eine gute Arbeitsmoral und dementsprechend hohe Arbeitsproduktivität erzielt werden soll.¹⁵² Im Unterschied zu Lange spricht sich Šik also klar für das Anreizprinzip der Gewinnmaximierung aus.¹⁵³ Zudem will er alle Preise, auch für Produktionsgüter, vom Markt bilden lassen – wenn auch mit staatlichen Eingriffsrechten. Diese Marktlösung stellt im Vergleich zu Langes System einen erheblichen Effizienzgewinn dar, indem sie die staatliche Preisermittlung und damit die bürokratische Schwerfälligkeit und das Aggregationsproblem vermeidet. Administrative Preisveränderungen, so sie denn politisch erwünscht sind, können dabei auch nachträglich durch Eingriffe in den Markt vorgenommen werden.¹⁵⁴

Das Modell von Włodimierz Brus¹⁵⁵ weist viele Ähnlichkeiten mit demjenigen von Šik auf, etwa was die Konzentration der Zentrale auf makroökonomische Schwerpunktsetzung angeht.¹⁵⁶ Auch Brus setzt auf Mitbestimmung als individuellen Motivationsfaktor, indem die Betriebsleiter von den Belegschaften gewählt werden sollen. Die daraus erwachsende Gefahr überzogener Lohnerhöhungen wird in Brus' Modell durch die zentralisierte Lohnkontrolle, die die Proportionalität von Einkommens- und Produktivitätssteigerungen im Blick hat, ausgeschlossen.¹⁵⁷ Unter dem Strich jedoch nimmt die Zentralplanung in Brus' Ansatz mehr Raum ein als bei Šik. So hält Brus beispielsweise zusätzlich eine

152 Vgl. Giesbrecht 1987, S. 106-108. Der Gefahr inflationärer Lohnsteigerungen kann dabei durch die zentrale Einkommenskontrolle entgegengewirkt werden.

153 Im Gegensatz zum kapitalistischen System wird dieser Gewinn aber vergesellschaftet, indem er an die Zentrale abgeführt und von ihr verteilt wird (Giesbrecht 1987, S. 104).

154 In der Tat ergibt die Marktpreissimulation in Langes Modell in der Praxis keinen Sinn, da sie ja exakt die gleichen Ergebnisse erzielen soll wie der Markt selbst und staatliche Preisadjustierungen auch bei der Marktpreisbildung möglich sind. Lange strebte damit in erster Linie den theoretischen Nachweis seiner These an, wonach Rationalität – anders als von Mises behauptet – auch ohne Markt möglich ist.

155 Brus, Włodimierz: *The Market in a Socialist Economy*, London 1972.

156 Vgl. Batt 1988, S. 22.

157 Batt 1988, S. 24 f. Das beschriebene Problem trat insbesondere im jugoslawischen Marktsozialismus auf: Die von den Beschäftigten weitgehend selbstverwalteten Betriebe strebten nicht nur Gewinn-, sondern auch maximale Lohnerhöhungen an, worauf zahlreiche Probleme der jugoslawischen Wirtschaft wie Inflationsdruck, Arbeitslosigkeit, Investitionsmangel usw. zurückgeführt werden (siehe Thalheim, S. 347 ff.; Nove 1980, S. 367 ff.).

„flankierende“ Naturalplanung für erforderlich,¹⁵⁸ wodurch die Marktallokation kontrolliert werden soll. Der Markt ist dabei eher ein ergänzendes Instrument der Planung als umgekehrt: Er beschafft objektive Informationen, wodurch mehr Effizienz und Nachfrageorientierung ermöglicht werden sollen als in der Planwirtschaft.¹⁵⁹ Dass diese Vermischung von Plan- und Marktmechanismen widerspruchsfrei funktionieren könnte, ist indes sehr fragwürdig.¹⁶⁰ Je stärker die Funktion der Marktpreise durch „flankierende“ Planung eingeschränkt wird, umso mehr tritt zudem auch wieder das Rationalitätsproblem zum Vorschein; aus der Notwendigkeit zur Mengenzuordnung ergeben sich zudem die bereits mehrfach thematisierten Nachteile der Aggregation und Informationsüberlastung.

3.2.3 Bewertung

Ausgangsbedingung sowohl der sozialistischen Marktwirtschaft als auch der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft ist das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln. Die von der Sowjetwirtschaft abweichenden Merkmale marktsozialistischer Ansätze lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:¹⁶¹ Erstens besteht ein Markt für Arbeit und Konsumgüter mit Gleichgewichtspreisen.¹⁶² Zweitens entfällt die zentralisierte Steuerung der operativen Betriebstätigkeit, sodass die Manager selbst entscheiden, was sie produzieren und zu welchem Preis. Drittens streben die Betriebe nach Gewinnmaximierung – bzw. im

158 Giesbrecht 1987, S. 101.

159 „[The market] enhances the effectiveness of general control over the economy by the State, in supplying more accurate economic information on which the central authorities can base their decision-making. But in so doing, it only *improves* the process of planning, but it cannot *replace* it“ (Batt 1988, S. 21).

160 Dieser Auffassung ist auch Giesbrecht: „Jedoch sind [Brus'] Hoffnungen in den sozialistischen Marktmechanismus etwas befremdlich und unrealistisch, da er diesem kaum freien Raum geben will“ (Giesbrecht 1987, S. 101 f.).

161 Die Darstellung folgt: Sherman 1973, S. 454; Drzymalla 1991, S. 229 f.

162 In der UdSSR war beides durch das Defizit sowie v.a. in der Stalin-Ära durch staatliche Arbeitskräftesteuerung, Zuzugsbeschränkungen, Residenzpflicht usw. eingeschränkt (vgl. Nove 1980, S. 244 f.).

Fall Langes nach Kostenminimierung. Viertens sind am Markt bzw. durch Marktsimulation ermittelte Knappheitspreise Voraussetzung für ihre Entscheidungen. Fünftens ersetzt ein Großhandel mit Produktionsgütern und Ressourcen die geplante Materialversorgung der Wirtschaft. Die Aufgabe der Zentralplanung reduziert sich somit sechstens auf die Verteilung des Gewinns der Staatsunternehmen im Interesse der Gesellschaft sowie auf die Bestimmung von Richtungen und Proportionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wichtigstes Instrument ist dabei das weitgehend zentralisierte Investitionswesen.

In Bezug auf die Funktionsmängel des traditionellen sowjetischen Wirtschaftssystems stellt der Marktsozialismus eine theoretische Lösung dar: Das Rationalitätsproblem wird durch den Einsatz von knappheits- und bedarfsanzeigenden Preisen, die eine rationale Ressourcenallokation ermöglichen, beseitigt. Das Informationsproblem wird ebenfalls wesentlich entschärft, indem die Planungsorgane der Produktions- und Materialversorgungsplanung entledigt werden. Die verbleibende Verteilungsplanung ist damit sowohl quantitativ als auch qualitativ beherrschbar: Da sie keine Mikroentscheidungen trifft, werden Probleme durch die Unkenntnis von „Ort und Zeit“ ebenfalls vermieden. Einen erheblichen informellen Aufwand erfordert allerdings die fortbestehende zentrale Investitionsplanung, zudem fehlt die Institution der privaten Unternehmerinitiative, woraus sich tendenziell Effizienzverluste im Vergleich zur freien Marktwirtschaft ergeben müssen.¹⁶³ Doch in Hinblick auf die gravierenden Mängel des Sowjetsystems sollten diese Einschränkungen als marginal beurteilt werden, zumal auch in diesem Bereich eine Einbeziehung dezentraler Ebenen bzw. die Zulassung privater Kleinbetriebe denkbar ist.

3.3 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde der Frage nachgegangen, welche Art von Reformansätzen eine möglichst ganzheitliche Lösung der zuvor herausgearbeiteten

163 Giesbrecht 1987, S. 115. Zur Anreizfunktion des Privateigentums siehe z. B. Spulber 1991, S. 263.

grundlegenden Mängel des sowjetischen Planungssystems – des Rationalitäts- sowie des Informationsproblems – ermöglichte. Dabei wurde bewusst nur die systemische und theoretische Eignung der jeweiligen Modelle untersucht, politische und sonstige für die praktische Umsetzung entsprechender Reformmaßnahmen bedeutende Rahmenbedingungen wurden hingegen vorerst ausgeklammert. Die Analyse bezog sich hierbei auf zwei im Rahmen des sozialistischen Systems denkbare Reformrichtungen. Als begrenzte Reformen unter Beibehaltung der Grundlagen der Zentralverwaltungswirtschaft wurden einerseits partielle Dezentralisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wie die von Liberman 1962 vorgeschlagenen sowie andererseits die auf Vervollkommung der Planung durch kybernetisch-mathematische Methoden zielende Optimalplanungstheorie untersucht. Als radikalere, gleichwohl systemimmanente Alternative zum sowjetischen Mechanismus wurden Modelle einer sozialistischen Marktwirtschaft beleuchtet.

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass partielle Reformen wie die von Liberman vorgeschlagenen aufgrund ihrer Begrenztheit allenfalls Symptome, nicht aber die in Rationalitäts- und Informationsdefiziten liegenden Ursachen der Ineffizienz bekämpfen konnten. Die Optimalplanungsmodelle enthielten zwar eine theoretische Lösung für das Rationalitätsproblem, verschärften aber die Informationsüberlastung. Lediglich der Ansatz des Marktsozialismus erwies sich als theoretisch geeignet, sowohl die Irrationalität als auch das Informationsproblem der Planwirtschaft gleichermaßen zu umgehen.

Für die in [Kapitel 4](#) zu untersuchenden praktischen Reformen ergibt sich hieraus die Annahme, dass nur der ungarische Marktsozialismus die Chance bot, die Effizienzprobleme der Planwirtschaft ganzheitlich zu lösen und damit intensives Wachstum zu erzielen. Umgekehrt ist von den weniger radikalen Reformen kein durchschlagender Erfolg zu erwarten. Doch sollte die Bedeutung dieser rein theoretischen Schlussfolgerungen für die historische Realität nicht überbewertet werden: Das Ausmaß der Ineffizienzen des Systems war so beträchtlich, dass bereits eine Eindämmung nur der schlimmsten Symptome durch begrenzte Reformen zu gesamtwirtschaftlich messbaren Fortschritten führen konnte.

4. Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre in der UdSSR, der DDR und Ungarn

4.1 Reformdruck: Die Notwendigkeit intensiven Wachstums

Ab den fünfziger und stärker noch in den sechziger Jahren kam es sowohl in der UdSSR als auch in Ungarn und der DDR zu einer deutlichen und kontinuierlichen Verlangsamung des Wachstumstempos.¹⁶⁴ Es war unübersehbar, dass die

164 Nach offiziellen Angaben lagen folgende jährliche Wachstumsraten des Nationaleinkommens vor (jeweils Jahresdurchschnitt): UdSSR: 11,3% (1951-55), 8,8% (1956-60), 5,7% (1961-65); Ungarn: 7,9% (1958-60), 5,6% (1960-63), 4,3% (1963-66); DDR: 8,5 % (1951-55), 6,8% (1956-60), 4,0% (1961-65). Zit. nach: Höhmann 1974, S. 44 f.; Balassa, Béla: Der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ in Ungarn, in: Kaser, Michael C. u. a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 1), Freiburg i. Br. 1972, S. 181-214, hier: S. 182; Heske, Gerhard: Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Janke, Dieter (Hg.): Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist "Erblast" der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik?, Leipzig 2009, S. 7-43, hier: S. 21. Für ältere westliche Berechnungen und Schätzungen, die quantitativ etwas unter den sowjetischen angesiedelt sind, die zugrunde liegende Tendenz aber bestätigen, siehe: Segbers, Klaus: Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt a. M. 1989, S. 34. Neuere Berechnungen liefert: Kudrov, Valentin: Sovetskaja ekonomika v retrospektive. Opyt pereosmyslenija, Moskau 2003.

Methodisch ist anzumerken, dass für die Belange der vorliegenden Arbeit die offiziellen Statistiken trotz angenommener Übertreibungen als ausreichend informative Quelle erachtet werden, da das Augenmerk weniger absoluten Zahlen als relativen Entwicklungstendenzen gilt.

extensive Wirtschaftsentwicklung allmählich an ihre Grenzen stieß, dass aber auch länderspezifische Faktoren den Reformdruck erhöhten.

In der UdSSR, die seit etwa 1962 ein Industriestaat war,¹⁶⁵ verlangsamte sich zu dieser Zeit erstens die Erschließung neuer Produktionsfaktoren. Denn einerseits versiegte der Zustrom neuer Arbeitskräfte in die Industrie allmählich; bis Anfang der siebziger Jahre sank der Arbeitskräftezuwachs auf 1,4 % pro Jahr gegenüber 4,6 % gegen Ende der fünfziger Jahre.¹⁶⁶ Andererseits bremste sich die Investitionstätigkeit in der Industrie aus mehreren Gründen ab: Nachdem die Landwirtschaft unter Stalin zugunsten der Industrialisierung stets vernachlässigt worden war und in dementsprechend katastrophalem Zustand war, musste sie nun ihrerseits alimentiert werden.¹⁶⁷ Hinzu kam, dass die Industrieinvestitionen anders als in den 1930er Jahren nicht mehr alleine in die Erweiterung des Kapitalstocks, sondern auch in die Instandhaltung der wachsenden Zahl an Produktionsanlagen fließen mussten.¹⁶⁸ Darüber hinaus wuchs auch der Kapitaleaufwand für die Erschließung neuer Industriezentren und Rohstoffe.¹⁶⁹ Nicht zu vergessen ist schließlich, dass die Beseitigung der Kriegsschäden immense Ressourcen verschlungen hatte.¹⁷⁰ Insgesamt standen daher neue Produktionsfaktoren nicht mehr im früheren Ausmaß zur Verfügung, sodass die

165 So Plaggenborg, der dies an verschiedenen sozioökonomischen Faktoren festmacht (siehe Plaggenborg 2007, S. 27).

166 Seidenstecher, Gertraud/Höhmman, Hans-Hermann: Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft im 9. Planjahrünft, Köln 1976, S. 22 f. Vgl. auch Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964-1985, in: Ders. (Hg.): Handbuch der Geschichte Russlands (Bd. 5/I), Stuttgart 2002, S. 341-395, hier: S. 370; Höhmman 1974, S. 11 f.; Hildermeier 1998, S. 879. – Ursachen waren erstens sinkende Geburtenraten – der jahresdurchschnittliche Bevölkerungszuwachs verringerte sich kontinuierlich von 1,8 % (1955-59) auf 0,9 % (1970-74; Ruban, Maria Elisabeth: Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion 1955–1980. Planziele und Ergebnisse im Spiegelbild sozialer Indikatoren, Frankfurt a. M. 1983, S. 40) – sowie zweitens die politisch erzielte Abbremsung der Landflucht (vgl. Plaggenborg 2007, S. 27).

167 Nove 1992, S. 378 f.; Ders. 1980, S. 160-166 sowie 179; Plaggenborg 2007, S. 27.

168 Höhmman 1974, S. 11.

169 Vgl. Hildermeier 1998, S. 879. Nachdem der europäische Landesteil industrialisiert war, stand nun die Erschließung Sibiriens an. Aufgrund der fehlenden Infrastruktur und der schwierigen klimatischen Bedingungen war dies mit höheren Kosten verbunden.

170 Siehe hierzu: Harrison, Mark: Accounting for War. Soviet Production, Employment, and the Defense Burden. 1940-45, Cambridge 1996, S. 160-62.

Wirtschaft langfristig nur noch durch eine kontinuierliche Erhöhung der Arbeits- und Kapitalproduktivität wachsen konnte.

Zweitens traten die Funktionsschwächen des bürokratischen Informationssystems immer deutlicher zutage, da die Planbehörden ihre Leistungsfähigkeit nicht in gleichem Maße steigern konnten, wie sich der Komplexitäts- und Entwicklungsgrad der Volkswirtschaft erhöhte.¹⁷¹ Das Informationsproblem der Planung verschärfte sich daher. In Anbetracht der Notwendigkeit einer Intensivierung der Wirtschaft und der zunehmenden Überlastung des Planungssystems setzte sich offensichtlich auch in der Parteiführung die Erkenntnis durch, dass eine Debatte zur Reformierung des Wirtschaftsmechanismus zugelassen werden musste. Der Liberman-Reformvorschlag, der im September 1962 in der *Pravda* erschien, signalisierte auch den Führungen anderer osteuropäischer Länder, dass Moskau Reformdebatten grünes Licht gab.¹⁷²

In der DDR war die Anwendung der sowjetischen Planwirtschaft von Anfang an besonders fragwürdig gewesen, war diese doch für die Erfordernisse der aufholenden Industrialisierung in der UdSSR konzipiert worden, wohingegen die DDR bereits eine relativ hoch entwickelte Industriegesellschaft war. Unter diesen Bedingungen machten sich die Schwerfälligkeit der Planungsbürokratie und ihre Überlastung durch das Informationsproblem besonders negativ bemerkbar.¹⁷³ Hinzu kam, dass nach der Wiederaufbauphase in den fünfziger Jahren eine rasche Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren eintrat,¹⁷⁴ wodurch sich die Ineffizienz der irrationalen Planallokation stärker bemerkbar machte. Verschärft wurde die Situation durch die „Abstimmung [der Bevölkerung] mit den Füßen“¹⁷⁵ – der Abwanderung in den Westen –, wodurch sich das

171 Höhmann 1974, S. 13

172 Höhmann 1981, S. 4.

173 Vgl. Thalheim 1972, S. 319; Höhmann 1981, S. 3; Lepin, Gert: Bilanz der Wirtschaftsreform in der DDR, in: Kaser, Michael C. u. a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 1), Freiburg i. Br. 1972, S. 65-108, hier: S. 65.

174 Boyer 2007, S. XXVI.

175 Dieser Begriff geht ironischerweise auf Lenin zurück: „Jenes Wort, daß die Flucht eine ‚Abstimmung mit den Füßen‘ sei, stammt von Lenin – aus der Zeit, da er ‚mit den Füßen‘

Arbeitskräftereservoir stark verringerte. Ihre Zuspitzung fanden die System-schwächen ab 1960 in einer in ihrem Ausmaß existenziellen Wirtschaftskrise.¹⁷⁶

Durch die Grenzschließung im August 1961 stabilisierte sich die Lage zwar.¹⁷⁷ Die Erwartung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die Wirtschaft nun mit orthodoxen Methoden schnell wieder in Schwung bringen zu können, zerschlug sich aber rasch,¹⁷⁸ da die strukturellen Mängel der extensiv ausgerichteten Wirtschaft nicht gelöst wurden.¹⁷⁹ Schließlich setzte sich die Erkenntnis durch, dass der notwendige Übergang zu intensivem Wachstum nur durch eine Beseitigung der Ineffizienz des bisherigen Planungs- und Lenkungssystems erreicht werden konnte. Insgesamt kann für die DDR also ein besonders hoher Reformdruck konstatiert werden, da sich die Funktionsmängel des Sowjetsystems aufgrund des höheren Entwicklungsniveaus der DDR dort besonders negativ auswirkten und dies durch den Vergleich zu Westdeutschland von besonderer politischer Brisanz war.

In Ungarn hatte sich die Führung nach dem gewaltsam niedergeschlagenen Aufstand von 1956 auf die Hebung des Lebensstandards durch starke Investitions- und Konsumsteigerungen konzentriert, die teils von den Partnern im Rat

gegen den Zaren gestimmt hätte und in der Schweiz lebte“ (Müller-Marein, Josef: Abstimmung mit den Füßen. Die große Flucht in Deutschland, in: Die Zeit vom 21.07.1961, URL: <http://www.zeit.de/1961/30/abstimmung-mit-den-fuessen> [Aufruf am 24.08.12]).

176 Es kam zur Rationierung von Fleisch und Butter, Preiserhöhungen auf Lebensmittel und Konsumgüter und 1962 zu einem – ein singuläres Ereignis in der DDR-Geschichte – in absoluten Zahlen rückläufigen Einzelhandelsumsatz. Auch die Realeinkommen der Bevölkerung sanken 1962 (Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 128).

177 Ulbricht bemerkte zur ökonomischen Lage nach dem Mauerbau gegenüber Nikita Chruščev: „Seit dem 13. August erfolgt allmählich eine ökonomische Festigung der Lage in der DDR. Die Abwerbung von Arbeitskräften ist unmöglich gemacht. [...] Die negativen Einflüsse der Abwerbung auf die Arbeitsmoral und die Disziplin in den Betrieben sind abgeschwächt“ (zit. nach: Hoffmann, Dierk: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich 2003, S. 84).

178 Trotz eines „Produktionsaufgebotes“ und der Verschärfung von Arbeitsnormen konstatierte die Plankommission, die Wirtschaftskrise halte an (Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Freiburg/Berlin 1990, S. 22). Dies stand im Widerspruch zum ständig bekräftigten Ziel der SED, Westdeutschland ökonomisch überholen zu wollen.

179 Steiner 2004, S. 127.

für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) finanziert wurden.¹⁸⁰ Die Wachstumpolitik der extensiven Kapitalzuführung überforderte jedoch die bestehenden Bau- und Produktionskapazitäten, sodass erstens starke strukturelle Ungleichgewichte entstanden.¹⁸¹ Zweitens führte auch in Ungarn das steigende Entwicklungs- und Komplexitätsniveau der Wirtschaft dazu, dass die überforderten Planungsorgane dem Informationsproblem der Zentralplanung immer weniger gerecht werden konnten.¹⁸² Zwischen 1962 und 1964 hatte man daher bereits versucht, die Zahl der Industriebetriebe durch einen Konzentrations- und Monopolisierungsprozess zu verringern, um so die Planungsaufgabe zu vereinfachen und Synergieeffekte zu erzielen – der Erfolg blieb jedoch aus.¹⁸³ Drittens war die planwirtschaftliche Effizienzschwäche im Falle Ungarns auch folgenreicher als etwa in der vergleichsweise abgeschlossenen Wirtschaft der UdSSR: Denn Ungarn wies unter allen osteuropäischen Staaten den höchsten Anteil des Außenhandels am Volkseinkommen auf.¹⁸⁴ Da seine Exportgüter jedoch auf dem Weltmarkt nur bedingt wettbewerbsfähig waren, kam es in den 1960er Jahren zu Außenhandelsdefiziten und einer erheblichen Auslandsverschuldung.¹⁸⁵ Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen sowie die Implementierung des technischen Fortschritts waren in Anbetracht dessen von größter

- 180 Adam 1989, S. 26; Varga, Zsuzsanna: The „Modernizing“ Role of Agriculture in the Hungarian Economic Reform, in: Boyer, Christoph (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die ČSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2007, S. 201-218, hier: S. 214. 1957 hatte man zudem einige Details des Planungssystems überarbeitet (siehe hierzu Nagy, Julius: Der geplante Wirtschaftsmechanismus und die künftige Rolle der Gewerkschaften in Ungarn, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 17 (Dez. 1966), S. 744-747, hier: S. 744).
- 181 Vajna, Thomas: Ungarn. Gleichgewicht kontra Wachstum, in: Erdmann, Kurt u. a. (Hg.): Wirtschaftspolitische Tendenzen in Osteuropa: DDR, UdSSR, Ungarn, Köln 1982, S. 51-74, hier: S. 52 f.
- 182 Balassa 1972, S. 182. Die Zahl der Unternehmen reduzierte sich von 1039 (1961) auf 853 (1964) (Adam 1989, S. 85).
- 183 Varga 2007, S. 214. Problematisch daran war insbesondere die weitere Zentralisierung von Mikroentscheidungen.
- 184 Balassa 1972, S. 182. Raupach nennt für das Jahr 1981 folgende Zahlen: Ungarn exportierte Waren im Wert von 50% seines Nationaleinkommens, Westdeutschland hingegen nur von 26%. 38% des ungarischen Außenhandels wurde mit OECD-Staaten abgewickelt (zit. nach: Raupach 1983, S. 27).
- 185 Adam 1989, S. 26; Varga 2007, S. 213.

Bedeutung. Die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte durch die extensive Wachstumspolitik, das sich verschärfende Informationsproblem der Planung sowie die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit erforderten eine Strategie des intensiven Wachstums. 1964/65 erteilte die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) daher den Auftrag, eine umfassende Reformkonzeption auszuarbeiten.¹⁸⁶

4.2 Das „Neue Ökonomische System“ in der DDR (1963)

In der DDR stieß Libermans Artikel – sicherlich auch aufgrund der krisenhaften Wirtschaftslage – bei Staats- und Parteichef Walter Ulbricht auf offene Ohren.¹⁸⁷ Bereits im Oktober 1962, nur einen Monat nach der Pravda-Publikation, forderte Ulbricht auf dem 17. Plenum des ZK der SED eine Diskussion der von Liberman vorgeschlagenen Reformkonzeption. Im Juni 1963 lag schließlich ein ausgearbeitetes Reformprogramm vor.¹⁸⁸ Die Sowjetunion ließ Ulbricht gewäh-

186 Nagy 1966, S. 744. Als praktisches Vorbild für die Industriereform diente dabei der ab etwa 1960 eingeschlagene pragmatische Kurs in der Landwirtschaftspolitik. Hier hatte die USAP in Anbetracht von Versorgungsproblemen eine Abkehr vom Kollektivsystem zunächst toleriert, später sogar indirekt gefördert (siehe hierzu ausführlich: Varga 2007, S. 208-213). In der Landwirtschaft, dem Kleingewerbe und im Dienstleistungsbereich entstand somit schon vor Beginn der Reformpolitik eine unabhängige „zweite Wirtschaft“ (Boyer 2007, S. XXXII).

187 Ulbricht stand, wie der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Plankommission Wenzel meint, unter dem Eindruck reformorientierter Berater (Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S. 42). Neben Ulbricht befürworteten zu diesem Zeitpunkt insbesondere der Chef der Plankommission Erich Apel sowie die ZK-Sekretäre Günter Mittag und Siegfried Böhm Reformen (Fäßler, Peter E.: „Gegenelite“ versus „strategische Clique“. Kaderpolitik und -Entwicklung während der DDR-Wirtschaftsreform, in: Boyer, Christoph (Hg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt a. M. 2006, S. 559-598, hier: S. 576).

188 Zum Ablauf der Reformdiskurse in der DDR 1962/63 siehe Roesler 1990, S. 23-29 und Lepin 1972, S. 71.

ren, vermutlich, da sie die DDR als „Experimentierfeld“ für eigene Wirtschaftsreformen betrachtete¹⁸⁹ und vom „konservativ-pragmatischen“ Charakter (Thalheim) der DDR-Reform überzeugt war: Das Prinzip der Zentralplanung oder gar die Führungsrolle der Partei wurden auch von Ulbricht zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt.¹⁹⁰

4.2.1 Das Reformkonzept

Ein erster Schwerpunkt der Reform betraf die Umstrukturierung und Straffung der Wirtschaftsverwaltung. Hierbei wurden die erst wenige Jahre zuvor nach dem Territorialprinzip eingerichteten Volkswirtschaftsräte (VWR) aufgelöst und durch Industrieministerien für die einzelnen Branchen ersetzt. In den Ministerien wurden Lenkungs- und Planungskompetenzen gebündelt, wovon man sich die Beschleunigung des Strukturwandels und technischen Fortschritts sowie weniger Kompetenzgerangel erhoffte.¹⁹¹ Eine Straffung erfolgte auch auf der mittleren Ebene der Industrieverwaltung, wo der Konzentrationsprozess von Betrieben zu „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) weiter vorangetrieben und die Weisungsbefugnisse der VVB gegenüber den in ihnen zusammengefassten Einzelbetrieben erheblich gestärkt wurden.¹⁹² Dadurch sollten nicht nur Spezialisierung, Massenproduktion und Produktivitätssteigerungen erleichtert werden; durch die Verringerung der Zahl von Wirtschaftseinheiten

189 Thalheim 1972, S. 328. Allerdings, so Steiner, stimmte Chruščev der DDR-Reform 1963 nur „widerwillig“ zu (Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform und ihr Platz in der Geschichte, in: Boyer, Christoph (Hg): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die CSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich (Das Europa der Diktatur 14), Frankfurt 2007, S. 109-122, hier: S. 122).

190 Thalheim 1972, S. 328.

191 Lepin 1972, S. 75; Höhmann 1981, S. 5. Diese Veränderung wurde nicht mit NÖS-Beginn, sondern erst 1965 eingeführt, womit die DDR exakt die sowjetische Politik nachvollzog: Unter Stalin oblag die Führung Industrieministerien für die einzelnen Branchen, die Chruščev durch territoriale VWR ersetzte. Unter Kosygin wurden die Ministerien wiederhergestellt.

192 Lepin 1972, S. 78.

hoffte man auch, die Informationsüberlastung der Planungsorgane abzumildern.¹⁹³

Andererseits wurde die Autonomie der Einzelbetriebe (der Volkseigenen Betriebe, VEB) gegenüber der Zentralplanung stark ausgeweitet. Denn um die bisher durch „weiche“ Pläne und Hortung in den Betrieben brachliegenden Reserven nutzbar zu machen, musste – dies hatte auch Liberman gefordert – den Betriebsleitern zuallererst eine gewisse Eigenständigkeit bei Produktionsentscheidungen eingeräumt werden. Das Reformkonzept sah daher zunächst vor, die Zentralplanung auf mittelfristige Eckdaten zu konzentrieren.¹⁹⁴ Die Direktivplanung der Betriebe aus Berlin wurde stark reduziert, indem eine große Zahl an bisher zentral geplanten Kennziffern abgeschafft wurde.¹⁹⁵ Darüber hinaus zielte die Reform darauf ab, das Korsett der Lieferpläne, in das die Betriebe durch die zentrale Materialversorgung eingezwängt waren, zu lockern. Für den größten Teil der Güter sollten die Betriebe und VVB deshalb selbst Lieferverträge untereinander aushandeln.¹⁹⁶ Von der Zentrale abgegebene Kompetenzen fielen nun teilweise den VVB zu: Sie mussten in Abstimmung mit den ihnen unterstehenden VEB deren genaue Produktionspläne erstellen sowie die effiziente Planerfüllung kontrollieren, sollten sich dabei aber nicht in Einzelheiten des betrieblichen Ablaufs einmischen.¹⁹⁷ Ferner wurden ebenso Investitionsentscheidungen teilweise dezentralisiert, wodurch Betriebe auch unabhängig vom Investitionsplan eigene Projekte auf Kreditbasis realisieren konnten.¹⁹⁸ Schließlich durften die Betriebe nun sogar ohne Umweg über die staatlichen Außenhandelsgesellschaften direkte Exportbeziehungen zu westlichen Abnehmern aufnehmen, wodurch das Außenhandelsmonopol faktisch aufgeweicht wur-

193 Höhmann 1981, S. 6.

194 Steiner 2004, S. 130. Zur Richtschnur für die Betriebe sollte daher der Fünfjahres-Perspektivplan werden, der im bisher obligatorischen Jahresplan nur noch seine Konkretisierung finden sollte (Lepin 1972, S. 80).

195 Vgl. Lepin 1972, S. 84.

196 Vgl. Steiner 2007, S. 110.

197 Hoffmann 2003, S. 102.

198 Vgl. Lepin 1972, S. 97 f.

de.¹⁹⁹ Insgesamt wurde den Produktionseinheiten damit eine weitreichende Entscheidungsfreiheit eingeräumt und der direktive Charakter der Zentralplanung deutlich geschwächt.²⁰⁰

Im Bereich des Anreiz- und Kontrollsystems setzte das NÖS auf die Stimulierung der materiellen Interessiertheit der Betriebe an Sparsamkeit und der Mobilisierung ungenutzter Reserven durch ein System „ökonomischer Hebel“. ²⁰¹ So mussten die VEB erstens Rohstoffe und Vorleistungen, die bisher kostenlos von der Zentrale zugeteilt worden waren, teilweise selbst aus ihrem Gewinn finanzieren,²⁰² was der Ressourcenverschwendung und -hortung entgegenwirken sollte. Um die Anhäufung von Ausrüstungen in den Betrieben zu vermeiden, mussten diese zweitens einen Zins – die sogenannte „Produktionsfondsabgabe“ – auf ihre Produktionsanlagen entrichten.²⁰³ Drittens führte man – wie von Liberman vorgeschlagen – das Prinzip der Gewinnmaximierung ein: Die Kennziffer „Betriebsgewinn“ wurde das entscheidende betriebliche Erfolgskriterium.²⁰⁴ Ein rentabler Betrieb konnte nun seinen Gewinn teilweise in einem Fonds einbehalten und diesen weitgehend nach eigenem Ermessen für Investitionen oder Prämienzahlungen an die Beschäftigten verwenden. Dadurch, so das Kalkül, hatten sowohl der Betrieb insgesamt als auch die einzelnen Arbeiter ein materielles Interesse daran, effizient zu wirtschaften.

199 Lepin 1972, S. 103. Exporterlöse wurden nun zum offiziellen Umrechnungskurs direkt in das Betriebsergebnis einbezogen, ohne dass, wie bisher, ein Anspruch auf Ausgleich eventueller Verluste durch Währungsschwankungen bestand. Exportbetriebe mussten nun also zu Weltmarktpreisen konkurrenzfähig sein (ebd.). In der früheren Praxis wurden die Erlöse durch ein staatliches Preisausgleichskonto dem Inlandsabsatz angeglichen, sodass der Betrieb an Exporten weder gewinnen noch verlieren konnte.

200 Höhmann 1981, S. 10.

201 Walter Ulbricht definierte die „ökonomischen Hebel“ als die „gesetzmäßigen Beziehungen zwischen den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Menschen, die [...] durch ihre jeweilige Gestaltung die Werktätigen zu einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten anregen“ (zit. nach: Thalheim 1972, S. 329).

202 Steiner 2004, S. 130 f. Dabei handelte es sich um das Prinzip der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“.

203 Lepin 1972, S. 95 ff.; Steiner 2007, S. 111.

204 Wenzel 1998, S. 42. Bisher war die berühmte Kennziffer „Bruttoproduktion“ entscheidend gewesen, die umso höher ausfiel, je schwerer und teurer ein Betrieb produzierte – ein klassischer Fehlanreiz.

Insgesamt folgte die DDR-Reform also weitgehend den Liberman-Vorschlägen, sodass es nicht überraschend ist, dass sie ähnliche Inkonsistenzen aufwies. Erstens war das Anreizsystem widersprüchlich. So bestand der Zwang zur Erfüllung kurzfristiger Planziele fort, denn Gewinnmittel konnten nur unter der Voraussetzung im Betrieb einbehalten werden, dass der betriebliche Gewinnplan erfüllt worden war.²⁰⁵ Aus Sicht des Betriebsdirektors blieb damit aber die möglichst sichere Erfüllung eines möglichst niedrigen, „weichen“ Plansolls oberstes Ziel; die Übernahme ambitionierter Gewinnpläne blieb hingegen ebenso gefährlich wie die Modernisierung der Produktion, denn Umstellungseinbußen konnten ebenfalls die Jahresplanerfüllung beeinträchtigen und damit den Verlust des Gewinneinhalts und der Prämie bedeuten.²⁰⁶ Zudem war die Möglichkeit einer Insolvenz nicht vorgesehen, sodass Verlustbetriebe nach wie vor aus dem Budget subventioniert wurden und kein echter Druck zu rentablem Wirtschaften bestand.²⁰⁷ Insgesamt kollidierten die Sparanreize der „ökonomischen Hebel“ also mit den alten Verschwendungsanreizen, da man vom Planerfüllungsprinzip partout nicht abweichen wollte.²⁰⁸

Ein zweiter problematischer Aspekt des Reformkonzepts bestand in den Preisen, die schließlich die Kalkulationsgrundlage für alle dezentralen Entscheidungen darstellten. Mit dem bestehenden administrativen Preissystem, das we-

205 Lepin 1972, S. 87; Steiner 2004, S. 131. Dieses Kriterium war immerhin besser als das von Liberman vorgeschlagene. Liberman hatte nämlich den Gewinneinbehalt davon abhängig machen wollen, dass der Betrieb seinen in Naturalkennziffern formulierten Produktionsplan erfüllte, sodass die verschwenderische Wirkung der „Tonnenideologie“-Kennziffern faktisch durch die Hintertür wieder eingeführt worden und wichtiger geblieben wäre als der monetäre Stimulus des Gewinns.

206 Vgl. Lepin 1972, S. 83.

207 Vgl. Steiner 2007, S. 112. Laut Helmut Koziolk, der das NÖS mit ausgearbeitet hatte, war zwar „im NÖS-Gedanken [...] auch der Bankrott von Betrieben enthalten“, in der Praxis habe dies aber nicht durchgesetzt werden können (Pirker, Theo u. a. (Hg.): Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 268). Allenfalls die Tatsache, dass Betriebsdirektoren für ungenügende Betriebsergebnisse verantwortlich gemacht werden konnten, wirkte hier abschreckend.

208 Ulbricht stellte schon 1963 klar: „Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument unserer ökonomischen Politik“ (zit. nach: Steiner, Andre: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 144).

der Knappheiten noch Nutzen von Gütern widerspiegelte, war Rationalität diesbezüglich ausgeschlossen. Dabei blieb es auch, denn einen Produktionsgütermarkt mit Marktpreisbildung zuzulassen, kam für die SED nicht in Frage.²⁰⁹ Immerhin führte man zwischen 1964 und 1967 eine Revision aller Industriepreise durch, wobei einige Verbesserungen im Detail zur Geltung kamen.²¹⁰ Doch an den grundlegenden Mängeln des Preissystems änderte dies nichts: Nachfragepräferenzen wurden nicht abgebildet, selbst die Kosten wurden durch Mängel der Berechnungsformel und Subventionen nur verzerrt wiedergegeben,²¹¹ flexible Preisanpassungen waren durch den bürokratischen Aufwand schwer möglich.²¹² In Zusammenspiel mit dem Gewinnstreben der Betriebe mussten die irrationalen Preise zu unerwünschten Ergebnissen führen: Was dem Betrieb Gewinn einbrachte, konnte der Volkswirtschaft Schaden verursachen. Zu erwarten waren daher Konflikte zwischen autonomer Betriebstätigkeit und den strukturellen Zielen der Zentrale.²¹³ In einem solchen Fall war der einzig logische Ausweg aus der Unvollkommenheit des Anreizsystems, im Widerspruch zu allen Reformprinzipien wieder administrativ einzugreifen.

- 209 Vgl. Hoffmann 2003, S. 107; Steiner 2007, S. 143. Zu Ulbrichts Ablehnung des Marktsozialismus siehe Thalheim 1972, S. 329.
- 210 Erstens wurden viele Preise erhöht (Roh- und Grundstoffe um durchschnittlich 70%, Halbfabrikate um 40% und Fertigwaren um 4-5 % [Steiner 2004, S. 134]), wodurch meist wieder kostendeckend ohne Subventionen produziert werden konnte. Zweitens wurden die Preise in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie auch erstmals nach der Qualität der Produkte differenziert, um Betriebe für hochwertige Arbeitsverfahren zu belohnen (Judt 1998, S. 135, W42).
- 211 Lepin 1972, S. 92 ff. Eine Verzerrung der Preise bestand darin, dass in der DDR zwar auf Konsumgüter eine Umsatzsteuer erhoben wurde, auf Produktionsgüter hingegen i.d.R. nicht. Da diese Steuer in die Preisberechnung einfluss, wurden Produktionsgüter relativ verbilligt. Darüber hinaus wurden auch Kapitalkosten und Abschreibungen nur unzureichend in die Kostenberechnung einbezogen (ebd., S. 92).
- 212 Steiner 2004, S. 134. 1969 experimentierte man zwar mit einem „Industriepreisregelsystem“, das bei Erreichen einer gewissen Gewinnhöhe für ein Produkt automatisch dessen Preis absenken sollte. Doch konnte es von den Betrieben leicht unterlaufen werden und ermöglichte darüber hinaus nur Preissenkungen, nicht aber Erhöhungen (vgl. Lepin 1972, S. 92 ff.).
- 213 Vgl. Lepin 1972, S. 81.

Insgesamt war das System der „ökonomischen Hebel“ daher inkonsistent.²¹⁴ Die erwünschte materielle Interessiertheit der Betriebe an effizientem Wirtschaften wurde einerseits durch Fehlanreize wie das Festhalten an der obligatorischen Planerfüllung und dementsprechend „weiche“ Pläne, andererseits durch das irrationale Preissystem beeinträchtigt. Das Ziel der SED, das autonome Agieren der Betriebe mit den Interessen der Zentrale – innovative Produktionsmethoden, Materialeinsparungen und Produktivitätssteigerungen – in Einklang zu bringen, konnte so auch in der Theorie allenfalls teilweise erreicht werden.

4.2.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme

1965 traten wieder Störungen des Wirtschaftsablaufs ein, da die geplante Reduzierung der Materialintensität aufgrund des fortgeführten Hortens von Material in den Betrieben nicht realisiert werden konnte.²¹⁵ Der von der Führung gewünschte Strukturwandel ließ sich – dies war offenkundig – durch die indirekten Anreizmethoden des NÖS nicht durchsetzen,²¹⁶ da diese in sich kein geschlossenes, stimmiges System bildeten.

1967/68 traf die SED-Führung eine pragmatische Entscheidung: Da die indirekten Leitungsmethoden offenkundig die gewünschte Intensivierung nicht herbeizuführen vermochten, sollten es nun die scheinbar bewährten traditionellen Methoden der administrativen Kommandowirtschaft richten. Hierzu

214 Lepin 1972, S. 107.

215 Steiner 2007, S. 112. Zwar sollten die Staatliche Plankommission (SPK) und das Ministerium für Materialversorgung die Anträge der Betriebe kritisch prüfen. In der Praxis waren sie dazu jedoch nicht in der Lage (Lepin 1972, S. 84).

216 Steiner 2007, S. 112; Steiner 2004, S. 137 f. Zusätzlich erschwert wurde die Lage durch ein ungünstiger als erwartet ausgefallenes Handelsabkommen mit der UdSSR (ebd., S. 138). Für die Probleme wurde im Politbüro der SPK-Chef Apel verantwortlich gemacht. Ulbricht übersah die Inkonsistenzen des NÖS-Mechanismus und behauptete, Ursache der Materialengpässe sei, dass „die SPK die erforderlichen Bilanzierungsmethoden unter den Bedingungen des NÖS nicht beherrscht“ (Wenzel 1998, S. 45). Apel beging im Dezember 1965 Selbstmord.

wurde unter dem Schlagwort „strukturkonkrete Planung“ für diejenigen Wirtschaftsbereiche und Branchen, die mit den „strukturbestimmenden Aufgaben“ des Fünfjahresplans betraut waren, die zentrale Direktivplanung sämtlicher Betriebe anhand detaillierter Auflagen und Kennziffern wieder eingeführt.²¹⁷ Gleichzeitig wurden diese Bereiche durch die Konzentration von Investitionen²¹⁸ sowie ihre bevorzugte Materialversorgung gezielt gefördert.²¹⁹ Der wissenschaftlich-technischen Revolution sollte durch viel Geld einerseits und die Stalinschen Lenkungsmethoden andererseits zum Durchbruch verholfen werden – so lautete wohl Ulbrichts Strategie, den Westen zu „überholen ohne einzuholen“. In völligem Gegensatz zu dieser Rezentralisierung wurden die Reformmechanismen jedoch in den übrigen, nicht priorisierten Wirtschaftsbereichen weiter angewandt, ja sogar weiter ausgedehnt.²²⁰ Die Betriebsautonomie sollte hier lediglich noch durch einen Rahmen aus vorgegebenen Normativen – etwa für Abführungen an das Budget, Prämienmittel und Rentabilität – begrenzt werden.²²¹

Das Hauptproblem dieses Kurswechsels bestand in seiner nur allzu deutlich sichtbaren Widersprüchlichkeit. Der größere Teil der Wirtschaft sollte weiterhin und sogar stärker als zuvor eigenständig auf Basis „ökonomischer Hebel“ arbeiten, ein kleinerer jedoch aus dem Zentrum direkt gesteuert und bei der Versorgung bevorzugt werden. Erstens waren durch das ordnungspolitische

217 Roesler 1990, S. 42. Die Abkehr von der Reformrichtung spiegelte sich auch darin wider, dass die SED nun statt vom NÖS von einem „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS) sprach.

218 Vgl. Krömke 1996, S. 16; Steiner 2004, S. 142. Bei den Schwerpunktbereichen des Strukturwandels handelte es sich v. a. um Elektronik, Petrochemie, wissenschaftlichen Gerätebau, EDV und Werkzeugmaschinenbau (Schwärzel, Renate: Beginn einer Strukturkrise? Investitionspolitik und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: Cerny, Jochen (Hg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 265-272, hier: S. 265).

219 Steiner 2007, S. 114.

220 Steiner 2004, S. 143.

221 Steiner 2007, S. 114.

Nebeneinander von administrativer und monetärer Steuerung Reibungsverluste und Störungen in den Lieferbeziehungen unvermeidlich.²²² Zweitens stellte die Aussicht auf sichere Materialversorgung für jeden Betriebsdirektor einen starken Anreiz dar, seine Produktion als „strukturbestimmend“ darzustellen. 1970 vereinnahmte der strategische Sektor daher bereits 57% der Gesamtinvestitionen. Doch je mehr Vorrangprojekte es gab, umso stärker musste die Investitionssumme auch absolut ansteigen.²²³ Dementsprechend überspannt war der Volkswirtschaftsplan 1970: Durch hohe Investitionszuwächse, starke Westverschuldung und die bewusste Unterversorgung der nicht strukturbestimmenden Branchen wurden eindeutig unrealistische Ziele gesetzt.²²⁴ Es kam zu einem Wirtschaftseinbruch, da zahlreiche Betriebe die überzogenen Produktionsvorgaben nicht erreichen und ihre Lieferverpflichtungen nicht einhalten konnten; Bauvorhaben wurden nicht fertiggestellt; in der Industrie kam es zu Materialmangel, Stromabschaltungen und Produktionsstillständen; im Lebensmittel- und Konsumgüterbereich traten Versorgungslücken auf.²²⁵

Zur Krisenbekämpfung griff man einmal mehr – wie bereits bei der Einführung der „strukturkonkreten Planung“ 1967/68 –, auf das altbekannte und scheinbar bewährte Instrument der operativen Eingriffe in die Betriebe zurück,

222 Vgl. Thalheim 1972, S. 352. Produktionsentscheidungen, die von autonom handelnden Betrieben getroffen wurden, konnten beispielsweise Lieferungen von zentral gelenkten Betrieben erfordern, die bei diesen nicht eingeplant waren.

223 Vgl. Steiner 2004, S. 144 ff.

224 Die Investitionen sollten um 12%, die Verschuldung gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ebenfalls um 12% steigen. Aufgrund von Ressourcenknappheit durch die hohe Investitionsrate wurde den Betrieben weniger Material zugewiesen, als für die Erfüllung ihrer Produktionspläne rechnerisch erforderlich war (Steiner 1999, S. 505-507). Der Plan stellte ein typisches Beispiel der „Hurra-Planung“ dar, was der damalige Plankommissions-Vorsitzende Schürer Ulbricht anlastet. Dieser habe sich „durchgesetzt mit seinen zehn, z. T. zwölf Prozent Forderungen. Das war dieses Hineindenken in die Zukunft, von dort zurückrechnend, und so das Tempo zu bestimmen. Die Prognosen waren [...] Träume für das Jahr 2000, und von dort wurde zurückgerechnet und dadurch natürlich der falsche Ausgangspunkt bestimmt“ (zit. nach: Pirker 1995, S. 99).

225 Vgl. Roesler 1990, S. 153ff.; Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 165; Steiner 1999, S. 508 ff.

um Lücken durch Umverteilung und Interventionen von oben ad hoc zu schließen.²²⁶ Durch das manuelle Stopfen von Löchern wurde die Betriebsautonomie in weiten Wirtschaftsbereichen bereits faktisch außer Kraft gesetzt. Im Dezember 1970 beschloss die Führung schließlich auch offiziell die Wiederherstellung der direktiven Zentralplanung in allen Bereichen: Die Produktion wurde durch ein Netz aus 66 zentralen Kennziffern wieder bis ins Detail vorgegeben, das Investitionswesen rezentralisiert sowie die Verwendung der betrieblichen Gewinnfonds durch Normative geregelt.²²⁷ Auch wenn einige Reformelemente bestehen blieben, war ihre Wirksamkeit dadurch stark eingeschränkt.

4.2.3 Zusammenfassung und Bewertung

Während der Reformphase in der DDR gelang es, die tiefe Wirtschaftskrise 1960/62 zu überwinden und im weiteren Verlauf der sechziger Jahre recht hohe Wachstumsraten des Nationaleinkommens von 6-7 % zu erreichen.²²⁸ Insbesondere im Bereich von Kapital- und Arbeitsproduktivität²²⁹ zeigt sich der Effizienzgewinn durch die Reform sehr deutlich, zieht man das Absinken der Werte nach Reformende 1971/72 in Betracht (Tab. 1). Dies offenbart, dass die Reform trotz ihrer Begrenztheit eine erhebliche Verbesserung im Vergleich zum Stalinischen Mechanismus darstellte und durchaus gewisse Reserven freigesetzt hatte.

226 Steiner 1999, S. 508 bzw. 516 sowie detailliert zum Krisenmanagement: S. 520-530.

227 Lepin 1972, S. 90. Zum Abbruch der Reform siehe auch: Ebd., S. 84 u. 86; Steiner 1999, S. 533 ff.; Thalheim 1972, S. 339.

228 Quelle: Offizielle Statistiken, zit. nach: Roesler 1990, S. 36, Tab. 2.1.

229 Der Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD vergrößerte sich zumindest nicht weiter. Für verschiedene Schätzungen zur Arbeitsproduktivität von DDR und BRD siehe: Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1995, S. 11-46, hier: S. 16.

Tabelle 1: Entwicklung der DDR-Industrie (jahresdurchschnittlicher Zuwachs in %)²³⁰

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Nettoproduktion	5,1	4,5	5,3	5,5	5,9	6,4	6,1	5,3	5,3
Investitionen	13,3	12,5	5,5	4,3	3,3	17,7	14,5	3,8	6,3
Arbeitsproduktivität	5,2	4,2	4,9	5,1	5,2	5,9	6,1	4,3	0,5
Anlagenproduktivität	-3,5	-1,3	-0,1	1,1	0,7	1,5	-0,2	-1,0	-1,0

Um die Effizienzprobleme der Planwirtschaft ganzheitlich auszuräumen oder gar, wie von der SED gewünscht, Westdeutschland zu überholen,²³¹ war das NÖS dennoch ungeeignet, da die Reform von Anfang an einen „konservativ-pragmatischen“ (Thalheim) Charakter²³² hatte. Die Zentrale wollte die Steuerung der Wirtschaft nicht aus der Hand geben. Der Nachteil einer solchen Teilreform bestand darin, dass ihre „ökonomischen Hebel“ von bestehenden Elementen des traditionellen Systems konterkariert wurden und nur begrenzte Wirkung entfalten konnten: Erstens konnte das neue Prinzip der Gewinnmaximierung nur teilweise wirken, da es von der Erfüllung kurzfristiger Planziele abhing und dieser faktisch nachgeordnet blieb, sodass die „weichen“ Planbestrebungen und damit Ressourcenhortung, Innovationsfeindlichkeit und niedrige Produktionsmengen bestehen blieben. Zweitens – und dies war noch schwerwiegender – konnte die „ökonomische Hebelwirkung“ des Gewinns schon wegen des Rationalitätsproblems der Planwirtschaftspreise nicht wie gewünscht wirken. Fehlte eine rationale Entscheidungsgrundlage, entstanden aber zwangsläufig irrationale Entscheidungen, was zur logischen Schlussfolgerung führen musste: „If prices do not provide the information necessary for the economic decisions, then the missing information must be given in the form of

230 Quelle: Offizielle Statistiken, zit. nach: Steiner 1999, S. 562, Tab. A1, S. 566, Tab. A5, S. 569, Tab. A8, S. 570, Tab. A9.

231 Vgl. Höhmann 1981, S. 11. Ulbricht hatte z. B. erklärt, die Arbeitsproduktivität werde jährlich um 9% steigen, sodass das westdeutsche Niveau im Zeitraum 1975-78 übertroffen würde (Steiner 2004, S. 146).

232 Höhmann nennt diesen Reformtyp „system-preserving“ (Höhmann 1981, S. 7).

an administrative instruction.“²³³ Entscheidungen wurden dezentralisiert, ohne die dafür notwendige Grundlage in Form eines rationalen Preissystems zu schaffen.

Die daraus folgenden irrationalen Entscheidungen ließen nur zwei Perspektiven: Den Übergang zu echten Marktpreisen oder die Rezentralisierung. Da eine Lösung der Preisfrage unerwünscht war, handelte die SED-Führung durchaus logisch, als sie 1967 in Struktur- und 1970 in allen Wirtschaftsbereichen die Zentralplanung wieder einführte. Angesichts der 1970 durch Reformwidersprüche und Überinvestitionen hervorgerufenen Störungen der Wirtschaft boten sich die administrativen Methoden ohnehin als kurzfristig einfachster Weg der Stabilisierung an. Die eigentlichen Probleme des Wirtschaftssystems konnten so aber nicht gelöst werden. Die weiterhin hohen Investitionen und die erheblichen Steigerungen des Konsums im Rahmen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die unter dem neuen SED-Chef Erich Honecker 1971 eingeleitet wurde, überforderten die ökonomische Leistungsfähigkeit und ebneten den Weg in die Auslandsverschuldung.²³⁴

Trotz des Endes der Reformphase war eine Rückkehr zum Stalinschen Mechanismus der fünfziger Jahre aber offenkundig unerwünscht: Einige Elemente wie die Produktionsfondsabgabe blieben bestehen; auch konnten die VVB und Kombinate einen Teil ihrer Kompetenzen behalten.²³⁵ Zudem reagierte man auf die anhaltenden Wirtschaftsprobleme in den siebziger und achtziger Jahren mit immer weiteren punktuellen Veränderungen des Anreiz- und Steuerungssystems.²³⁶ Insgesamt war der Wirtschaftsmechanismus der 1970er und 1980er Jahre daher trotz der Reformabkehr wesentlich fortschrittlicher als derjenige der 1950er Jahre. Darin, sowie in den deutlichen Produktivitätssteigerungen in den 1960er Jahren, ist der Beitrag des NÖS zur „rätselhaften Stabilität“ der DDR zu sehen.

233 So der sowjetische Ökonom Novožilov über das Preisproblem, der daraus aber im Unterschied zur SED schlussfolgerte, dass Marktpreise notwendig seien. Zit. nach: Höhmann 1981, S. 12.

234 Vgl. Steiner 2007, S. 119 f.

235 Nove 1980, S. 372.

236 Siehe hierzu Melzer, Manfred: DDR. Reformpolitik mit erwartbaren Erfolgen, Köln 1984.

4.3 Kosygins Wirtschaftsreform in der Sowjetunion (1965)

Auch im sowjetischen Wirtschaftsdiskurs der ersten Hälfte der sechziger Jahre kristallisierte sich eine Reihe von Vorschlägen für die Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus heraus.²³⁷ Die Zentralplanung sollte auf Zielvorgaben begrenzt werden, deren konkrete Realisierung dem Ermessen der Betriebe überlassen werden sollte. Die direktiv vorgegebenen Naturalkennziffern wollte man durch Wertindikatoren mit Anreizwirkung wie den Gewinn ablösen. Gewinnabhängige Anreizfonds sollten die Betriebe außerdem dazu veranlassen, ihre Entscheidungen an der Rentabilität und den Wünschen der Abnehmer auszurichten. „Weiche“ Pläne sollten vermieden werden, indem man die Betriebe nicht mehr für Planerfüllung oder -übererfüllung belohnen wollte. Teilweise wurde sogar gefordert, die zentralisierte Material- und Ressourcenversorgung durch Mengenzuweisungen abzuschaffen und durch einen Großhandel zwischen den Betrieben zu ersetzen. Ungelöst blieb das Problem, dass die Betriebe, sofern sie gewinn- und nachfrageorientierte Entscheidungen treffen sollten, einen Indikator für Knappheiten und Bedarf benötigten, den das sowjetische Preissystem allerdings nicht geben konnte. Das Rationalitätsproblem der sowjetischen Planpreise wurde jedoch, wie Mau betont, von den meisten Diskutanten außer Acht gelassen.²³⁸ Offensichtlich war das Thema „Marktpreise“ ideologisch zu heikel, zumal sich die Reformdiskussion ohnehin beträchtlichem Widerstand von Seiten orthodoxer Politökonomen ausgesetzt sah.²³⁹ Dennoch wurden unter Berücksichtigung einiger dieser Ideen noch unter Chrusčev vereinzelte Experimente durchgeführt, die positive Ergebnisse zeigten.²⁴⁰ Insgesamt blieb die Preisproblematik aber die Achillesferse der genannten Reformvorschläge.

237 Die Ergebnisse der Reformdebatte werden hier wiedergegeben nach: Mau 1996, S. 210. Vgl. auch: Conert 1990, S. 118; Plaggenborg 2002, S. 341 f.; Segbers 1989, S. 35 f., Linder 1967, S. 6 f.

238 Mau 1996, S. 211. Eine Ausnahme bildete beispielsweise der Optimalplanungsanhänger Nemčinov, der 1964 für Marktpreissimulation plädierte, damit aber weitgehend alleine stand (Arnold 1994, S. 78).

239 Siehe dazu: Mau 1996, S. 211.

240 Zu den 1964 gestarteten Experimenten in zwei Textilbetrieben siehe: Sachse 1994, S. 64.

4.3.1 Das Reformkonzept

Nach Chruščevs Absetzung im Herbst 1964 setzte sich der neue Ministerpräsident Aleksej Kosygin intensiv für Veränderungen in der Wirtschaft ein und legte schließlich dem ZK-Plenum der KPdSU im September 1965 ein Reformprogramm vor.²⁴¹ Ähnlich wie das NÖS in der DDR beabsichtigte auch Kosygins Reform,²⁴² das bestehende Zentralplanungssystem rationaler und effektiver zu gestalten, ohne es aber prinzipiell in Frage zu stellen.

(a) Verwaltungsreform

Der erste Schwerpunkt der Reform lag im Bereich der Wirtschaftsadministration, in der die unter Chruščev eingeführte Territorialgliederung der Verwaltung mit Volkswirtschaftsräten (VWR, russ.: sovnarchozy) wieder durch das Stalinsche Branchenprinzip mit Industrieministerien ersetzt wurde.²⁴³ Die Aufgaben des aufgelösten Obersten VWR sollten nun im Bereich der Planung von Gosplan, im Bereich der Leitung durch die Ministerien übernommen werden, wodurch man Kompetenzgerangel vermeiden wollte.²⁴⁴ In den Republiken und Gebieten wurden anstelle der regionalen VWR entsprechende Instanzenzüge

241 Das Reformprogramm stellte Kosygin in seiner Rede vor (Ob ulučšenii upravljenija promyšlennost'ju, soveršenstvovanii planirovanija i usilenii ekonomičeskogo stimulirovanija promyšlennogo proizvodstva. Doklad člena Prezidiuma CK KPSS, Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR tovarišča A. N. Kosygina, in: Pravda vom 28.09.1965, S. 1-4).

242 Dass die Industriereform von Anfang an als Projekt und besonderes Anliegen Kosygins galt, geht auch aus Interviews hervor, die Ol'sevič mit Angehörigen der ehemaligen Partei- und Staatsführung geführt hat. Siehe z. B.: Živaja istorija reformy 1965 g. Interv'ju s rukovoditelem Otdela novych metodov planirovanija i ekonomičeskogo stimulirovanija Gosplana SSSR prof. V.M. Ivančenko, in: Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i interv'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskau 2000, S. 119-129; Reforma Kosygina i ee preodolenie komandno-administrativnoj sistemoj. Interv'ju s zamestitelem predsedatelja Gosplana SSSR prof. A.V. Bačurinym, in: Ebd., S. 108-118. – Brežnev habe, so der ehemalige Gosplan-Funktionär Bačurin, die Reform anfangs ebenfalls begrüßt (Ol'sevič/Gregory 2000, S. 113).

243 Vgl. die in [Abschn. 4.2.1](#) dargestellte Verwaltungsreform in der DDR, die hier der sowjetischen Politik folgte.

244 Höhmann 1974, S. 18; Sachse 1994, S. 65 f.

der Branchenministerien eingerichtet, die abgesehen von der administrativen Wirtschaftssteuerung jedoch auch gewisse Mitspracherechte bei der Planung ihrer Branche erhielten.²⁴⁵ In den Betriebsalltag sollten die Ministerialverwaltungen jedoch im Gegensatz zur Stalin-Zeit möglichst nicht direkt eingreifen. Diese Aufgabe der operativen Betriebsleitung sollten nun, ähnlich wie die VVB in der DDR, die Produktionsvereinigungen (proizvodstvennye ob"edinenija), in denen Betriebe zusammengeschlossen waren, wahrnehmen.²⁴⁶

Die Rückkehr zur Hierarchie der Ministerialverwaltungen führte zweifellos zu mehr Zentralisierung, da die hierarchischen Ministerialverwaltungen Moskau eine wesentlich straffere Führung ermöglichten als die territorial abgegrenzten Sovnarchozy in den Provinzen,²⁴⁷ was die Informationsüberlastung intensivieren musste. Andererseits hatte sich auch das VWR-Prinzip nicht bewährt, sondern zu neuen Problemen in Form von regionalen Ungleichgewichten geführt.²⁴⁸ Die Rückkehr zum Branchenprinzip war unter diesen Umständen, so ist anzunehmen, das geringere Übel,²⁴⁹ zumal bereits ab 1962 parallel zu den VWR wieder einzelne Ministerien eingerichtet worden waren, wodurch in vielen Bereichen bürokratisches Chaos entstanden war.²⁵⁰ Insgesamt beabsichtigte man durch die Verwaltungsreform wohl ein rationaleres Zusammenwirken von zentraler und dezentraler Steuerung: Einerseits sollte die Administration effektiver werden, andererseits gestand man der untersten Ebene – den Betrieben – mehr Freiraum zu.

245 Höhmann 1974, S. 19-21; Segbers 1989, S. 37; Plaggenborg 2002, S. 343 f.; Conert 1990, S. 117.

246 Linder 1967, S. 18; Höhmann 1974, S. 20 f.

247 Höhmann 1974, S. 20; Kirsch, Botho: Zwischen Marx und Murks. So wirtschaftet der Osten, Zürich 1986, S. 72 f.

248 Weitere Nachteile des Territorialprinzips bestanden in Störungen der Verflechtungsbeziehungen zwischen den Regionen und der Doppelung von Produktionsstrukturen. Zum Für und Wider der VWR siehe: Nove 1980, S. 82 ff.; Höhmann 1974, S. 20; Raupach 1983, S. 12; Sachse 1994, S. 61 ff.

249 Nove 1980, S. 86

250 Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986, S. 295 ff.; Thompson, William J.: Industrial Management and Economic Reform under Khrushchev, in: Taubman, William u. a. (Hg.): Nikita Khrushchev, New Haven u. a. 2000, S. 138-159, S. 146.

(b) Ausweitung der Betriebsautonomie

Die Erweiterung der Betriebsautonomie stellte daher auch einen zweiten Schwerpunkt des Konzepts dar. Erstens ließ man neben der staatlichen Materialversorgung nun auch direkte, nicht zentral geplante zwischenbetriebliche Handelsbeziehungen zu, wovon man sich insbesondere im Konsumgüterbereich eine stärkere Berücksichtigung von Nachfrage und Qualität erhoffte.²⁵¹ Doch auch wenn Kosygin langfristig die Zuteilung insgesamt durch einen Großhandel für Produktionsgüter ersetzen wollte,²⁵² dominierte die geplante Ressourcenzuteilung anhand von Mengenbilanzen vorerst weiter, sodass weder das Informationsaufkommen in der Zentrale noch die bei der Aggregation einzelner Güter zu Gütergruppen auftretenden Verzerrungen vermindert werden konnten.

Ein zweiter Bereich der Dezentralisierung bestand in der Produktionsplanung. Hier folgte man dem von Liberman formulierten Grundgedanken, der Betrieb selbst wisse am besten, wie seine Reserven optimal mobilisiert werden könnten: Die Anzahl der zentral vorgeschriebenen Kennziffern wurde von 40 auf acht bis neun reduziert,²⁵³ sodass operative Produktionsentscheidungen nun teilweise eigenständig getroffen werden konnten. Darüber hinaus legten die Betriebe nun auch die Zahl der Arbeitskräfte selbst fest,²⁵⁴ zudem wurde die bisher

251 Zell, Günther: Information und Wirtschaftslenkung in der UdSSR. Eine Analyse des volkswirtschaftlichen Informationssystems, Berlin (West) 1980, S. 77; Segbers 1989, S. 38; Plaggenborg 2002, S. 345. Insbesondere in der Konsumgüterindustrie sollten die Produktionspläne auf Basis eingehender Bestellungen der Handelsorganisationen erstellt werden, statt umgekehrt (Meissner 1988, S. 57).

252 In der Praxis war ein solcher Großhandel schwer möglich, solange man an der Zentralplanung von Betriebsentscheidungen festhielt, denn was geplant war, musste auch geliefert werden. Zu den Problemen der Realisierung des Großhandels siehe: Nove 1980, S. 74 ff., sowie die sowjetische Darstellung von: Krylow [u. a.] 1972, S. 588-593, die auch darauf hinweist, dass ein Großhandel nur funktionieren könne, wenn das Defizit beseitigt würde.

253 Raupach 1983, S. 15; Höhmann 1974, S. 21-23; Ruban 1983, S. 35.

254 Meissner 1988, S. 57.

als wichtigste Kennziffer fungierende Bruttoproduktion durch das Absatzvolumen abgelöst,²⁵⁵ damit die Betriebe nur noch dasjenige Produktionsvolumen geltend machen konnten, das sie auch verkaufen konnten, was der Idee nach Nachfrageorientierung, Kostensenkungen und Qualitätssteigerungen stimulieren musste. Von einer umfangreichen Kompetenzverlagerung auf die Betriebsebene kann dennoch nicht die Rede sein.²⁵⁶ Erstens blieb der Anreiz der Kennziffer „Absatzvolumen“ in der Praxis der Mangelwirtschaft begrenzt, da die Abnehmer in der Regel gezwungen waren, die Bedingungen der Produzenten zu akzeptieren. Zweitens waren dem neuen Spielraum durch die verbleibenden acht zentralen Kennziffern enge Grenzen gesetzt: Alleine die weiterhin zentral geplante Produktion der sogenannten „wichtigsten“ und rüstungsindustriellen Teile des Betriebssortiments machte mitunter schon zwei Drittel des Gesamtoutputs aus,²⁵⁷ hinzu kamen die übrigen verbleibenden Kennziffern.²⁵⁸ Was, wie viel, mit welchen Inputs und welchen Kosten produziert werden konnte, wurde dadurch größtenteils vorgeschrieben, lediglich das Wie blieb dem Betrieb überlassen.

(c) Anreizsystem

Was für die Gesellschaft nützlich sei, müsse auch für den einzelnen Betrieb nützlich sein – mit diesem Argument hatte Liberman für die Stimulierung der „materiellen Interessiertheit“ der Betriebe an der Freisetzung gehorteter Ressourcen, an Sparsamkeit und Produktivitätssteigerungen plädiert. Hierzu wurde eine Reihe von Instrumenten eingeführt, darunter die bereits in der DDR

255 Plaggenborg 2002, S. 344; Höhmann 1974, S. 21 f. Der Nachteil der Bruttoproduktion war, dass sie umso höher ausfiel, je mehr, schwerer und teurer man auch ohne Rücksicht auf Qualität und Bedarf produzierte.

256 Dies bestätigen auch Linder (1967, S. 25) und Höhmann (1974, S. 22 f.).

257 Ol'seвиč/Gregory 2000, S. 46.

258 Die übrigen zentralen Kennziffern waren: Absatzvolumen, Gewinn und Rentabilität, Höhe des Lohnfonds, Höhe der Abführungen an den Staatshaushalt, Investitionen aus zentralen Fonds, Aufgaben zur Einführung des technischen Fortschritts sowie die Zuteilung von Inputs (Dowlah 1997, S. 167, Fn. 17).

praktizierte Produktionsfondsabgabe. Dieser an den Staatshaushalt abzuführende Kapitalzins, der in der Regel 6% betrug,²⁵⁹ sollte das Horten von Ausrüstungen und Vorleistungen in den Betrieben unrentabel machen. Ungenutzte Bestände konnten verkauft werden, wobei der Erlös im Betrieb blieb und in die Anreizfonds floss.²⁶⁰ Um die Verschwendung staatlicher Mittel zu verringern, wurde zudem das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel ausgeweitet, wonach ein Teil der vom Betrieb angeforderten Umlaufmittel nicht kostenlos, sondern als Kredit ausbezahlt wurde.²⁶¹ Schließlich wurde die Berechnungsformel der Kennziffer „Rentabilität“ so umgestaltet, dass sie sich bei übermäßiger Materialintensität verschlechterte, was überhöhte Anforderungen von Inputs bekämpfen sollte.²⁶²

Als zentraler Hebel der „materiellen Interessiertheit“ sollte jedoch der Gewinn dienen. Um das Gewinnstreben zu fördern, wurden daher in jedem Betrieb drei verschiedene „Fonds der ökonomischen Stimulierung“ (*fondy ekonomičeskogo stimulirovanija*) eingerichtet, die aus dem Betriebsgewinn gespeist wurden.²⁶³ Die Höhe der Gewinnabführungen in die Anreizfonds wurde in Abhängigkeit von der Erfüllung der Planvorgaben für Gewinn und Absatz berechnet.²⁶⁴ Eine erste Herausforderung bestand darin, dabei zu niedrige, „weiche“ Planvorgaben zu unterbinden. Zu diesem Zweck sah die Reform vor, für die Überbietung des Gewinnplansolls prozentual weniger in die Stimulierungsfonds abzuführen als für die exakte Erfüllung; auf diesem Wege wollte man den

259 Die Abgabe war auf alle vorhandenen Ausrüstungen, Gebäude und Materialien sowie auf staatliche Geldzuweisungen zu entrichten (Höhmman 1974, S. 24 f.; Plaggenborg 2002, S. 344; Raupach 1983, S. 15; Kirsch 1986, S. 12).

260 Plaggenborg 2002, S. 344 f., Höhmman 1978, S. 157 f.

261 Höhmman 1974, S. 25.

262 Sie wurde nicht mehr als Verhältnis des Gewinns zu den „reinen“ Produktionskosten, sondern zu den verwendeten Grund- und Umlauffonds berechnet, wodurch Kosten von Produktionsmitteln und Arbeitskräften mit einbezogen und deren Senkung stimuliert wurde (vgl. Dowlah 1997, S. 142).

263 Sie konnten für Prämienzahlungen an die Beschäftigten, Sozial- und Wohnungsbaumaßnahmen sowie Investitionen genutzt werden. Vgl. Plaggenborg 2002, S. 344 f.; Höhmman 1974, S. 24-26.

264 Dowlah 1997, S. 192. Sie betrug in etwa 50% des Gesamtgewinns (Ol'sevič/Gregory 2000, S. 44).

Unternehmen die Übernahme angespannter Planziele unter Einbeziehung aller Reserven schmackhaft machen.²⁶⁵ Dies war jedoch wenig aussichtsreich: Einerseits hingen die Abführungen an die Fonds nicht nur vom Gewinn, sondern auch vom Absatzvolumen ab, das sich ebenfalls „weich“ planen ließ.²⁶⁶ Andererseits setzte die ausgeklügelte Berechnungsmethode am Symptom statt an der Wurzel des Problems an: Solange die Betriebe nach der Erfüllung fixer Planziele bewertet wurden, bestand immer ein Anreiz, diese zu manipulieren,²⁶⁷ insbesondere in Anbetracht unsicherer Zulieferungen und häufiger Planänderungen. Außerdem hemmte der Planerfüllungszwang die Einführung des technischen Fortschritts, da umstellungsbedingte Produktionseinbußen den Plan gefährden konnten. Aufgrund dieser Erkenntnis war in der sowjetischen Reformdiskussion auch gefordert worden, vom Prinzip der obligatorischen Planeinhaltung endlich abzurücken (s. S. 71) – doch Kosygin ging dies offenbar zu weit.

Abgesehen von der Speisung der Stimulierungsfonds war auch ihre Verwendung nicht unproblematisch. Zwar sollten die Betriebe ihre Rücklagen dezentral in neue Maschinen oder Wohnungen für die Belegschaft investieren können, doch gleichzeitig hielt man an der zentralen Ressourcenallokation durch das Staatliche Komitee für materiell-technische Versorgung (Gossnab) fest. Die so entstehende zusätzliche, ungeplante Nachfrage nach Ressourcen war in den Materialbilanzen von Gossnab aber nicht vorgesehen und konnte daher auf offiziellem Wege nicht befriedigt werden.²⁶⁸

(d) Preise

Ähnlich wie in der DDR bestand die grundsätzliche Schwäche der monetären Erfolgskennziffern und Stimuli auch in der UdSSR im irrationalen Preissystem,

265 Plaggenborg 2002, S. 344 f.; Höhmann 1974, S. 24-26

266 Vgl. Nove 1992, S. 383.

267 Vgl. Nove 1992, S. 383.

268 Höhmann 1978, S. 157 f. Behelfen konnte sich der Betrieb durch Improvisation mit primitiven Eigenmitteln, was gesamtwirtschaftlich gesehen natürlich ineffizient war, oder mit Hilfe der Schattenwirtschaft. Gleichzeitig war durch den Kaufkraftüberhang erhöhter Inflationsdruck unausweichlich.

das weder Nachfragepräferenzen noch Knappheiten anzeigte und zudem statisch war.²⁶⁹ Rentabel zu produzieren, hieß daher nicht zwangsläufig, auch dem aktuellen gesellschaftlichen Bedarf entsprechend zu produzieren. In Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform trug man dem insofern Rechnung, als die Industriepreise – die Verbraucherpreise unterlagen ohnehin dem politischen Stabilitätsgebot – vom Preiskomitee ab 1967 zumindest neu kalkuliert wurden, allerdings ohne grundlegende methodische Verbesserungen.²⁷⁰ Vorteilhaft war, dass die Preisrevision den meisten Betrieben Rentabilität und Gewinnabführungen in die Stimulationsfonds ermöglichte, sodass die Anreizmechanismen in Kraft treten konnten.²⁷¹ Außerdem konnten durch die höheren Preise verzerrende Subventionen abgebaut werden. Doch weitere Ziele wie die Abbildung von Produktqualität und mehr Flexibilität ließen sich aufgrund der schwerfälligen, durch das Informationsproblem der Planung überlasteten Bürokratie nicht umsetzen. Unerfreulich war auch, dass die Betriebe im Schatten der Revision manipulative Preiserhöhungen durchsetzten,²⁷² um ihre Gewinne zu erhöhen.

Prinzipiell war offensichtlich auch Kosygin nicht der Auffassung, die Preise müssten das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage darstellen.²⁷³ Zumindest was die Preisbildungsmechanismen angeht, erwies sich der Marxismus

269 Vgl. Nove 1992, S. 384.

270 Die Preise wurden traditionell als die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Produktes zuzüglich eines Gewinnaufschlages kalkuliert (Feiwei, George R.: *The Soviet Quest for Economic Efficiency. Issues, Controversies, and Reforms*, New York 1972, S. 350-52; Plaggenborg 2002, S. 345). Das Durchschnittskostenprinzip benachteiligte rentable Betriebe, da sich ihre niedrigeren Kosten nicht in niedrigeren Preisen ausdrückten. Eine Verbesserung im Detail bestand nun darin, dass der Gewinnaufschlag erstmals von der durchschnittlichen Rentabilität abhing, also nicht völlig willkürlich festgesetzt wurde (vgl. Höhmann 1974, S. 26 f.).

271 Dennoch existierten weiter auch unrentable Betriebe; die Möglichkeit des Bankrotts bestand nicht (Plaggenborg 2002, S. 345; Feiwei 1972, S. 353 ff.).

272 Feiwei 1972, S. 355 f. Dadurch wurden ungerechtfertigte Preiserhöhungen durchgesetzt, sodass die Rentabilität der Industriebetriebe nach der Preisreform durchschnittlich 21% anstelle der geplanten 15% betrug. Um diesem unerwünschten Effekt zu begegnen, wurden in den Folgejahren in besonders rentablen Bereichen wieder Preisabschläge vorgenommen – wodurch tatsächlich sparsam wirtschaftende Unternehmen faktisch bestraft wurden (ebd., S. 358 f.).

273 Ausführlich zu den Problemen der Preisreform Kosygins: Feiwei 1972, S. 350-368, insbes. S. 359. Siehe auch: Linder 1967, S. 25; Kirsch 1986, S. 69; Höhmann 1974, S. 29.

mit seiner Arbeitswerttheorie in der UdSSR als zählebig: Preise sollten von der für eine Ware aufgewandten Arbeit, nicht aber etwa von deren Angebot und der Nachfrage nach ihr abhängen.²⁷⁴ Durch das Ignorieren der Nachfrage hatte man jedoch keine Hinweise darauf, wie Ressourcen effizient zu allozieren waren, „alles tappte im Dunkeln“: Wirtschaftsrechnung und Gewinn waren ebenso verzerrt wie die Preise, auf irrationalen Grundlagen beruhende Betriebsentscheidungen führten zu unerwünschten Ergebnissen. Das Rationalitätsproblem der Planwirtschaft bestand also weiter.

(e) Zusammenfassung

Die Wirtschaftsreform von 1965 diente dem Ziel, den „Druck zur einzelbetrieblichen Rationalität, zur einzelbetrieblichen Dynamik, der vom marktwirtschaftlichen System ausgelöst wird [...], mit einem variantenreichen System der ‚materiellen Interessiertheit‘ sozusagen in der planwirtschaftlichen Retorte zu simulieren.“²⁷⁵ In Anbetracht der Begrenztheit der Maßnahmen war dies jedoch kaum zu erwarten: Erstens wurde durch die verbleibenden acht Kennziffern der größte Teil der Produktion weiterhin zentral geregelt, wohingegen Libermans ebenfalls nicht gerade radikales Konzept die Abschaffung aller Kennziffern bis

274 Siehe hierzu S. 13, [Fn. 25](#). Die These, der Preis müsse ausschließlich Ausdruck des Arbeitsaufwands sein, findet sich auch in Abhandlungen reformorientierter Ökonomen. Siehe z. B.: Gussarow, S.A.: Die Vervollkommnung der Preisbildung, in: Drogitschinski, N.J. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 484-495, hier: S. 485. Der jahrzehntelange (1939-85) Gosplan-Vorsitzende Bajbakov bezeichnete es nach Ende der UdSSR jedoch interessanterweise als einen Fehler, während der Wirtschaftsreform nicht zu flexiblen Preisen übergegangen zu sein, und bekannte, dies habe zu Effizienzverlusten geführt (Gosplan SSSR protivostojal razvalu. Beseda s predsdatelem Gosplana SSSR N.K. Bajbakovym, in: Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i interv'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, S. 85-107, hier: S. 90).

275 Linder 1967, S. 31

auf die des Gewinns gefordert hatte. Die dominierende Rolle der Zentralplanung blieb damit nicht nur insgesamt bestehen,²⁷⁶ sondern auch in weit stärkerem Ausmaß als im ohnehin bereits zurückhaltenden NÖS-Konzept.²⁷⁷ Der Übergang zu einem begrenzten Großhandel mit Produktionsgütern wie in der DDR war damit ausgeschlossen, denn plante man die Outputs, so musste man auch die Inputs planen.²⁷⁸ Zweitens blieb Kosygins Reform beim Anreizsystem hinter Ergebnissen der sowjetischen Reformdebatte zurück: Die Planerfüllung war noch immer der entscheidende Erfolgsmaßstab, sodass auch die „weichen“ Pläne und damit Innovationsfeindlichkeit und Ineffizienz weiter bestanden. Drittens war das Wirken der monetären Hebel durch das irrationale Preissystem belastet, an dem keine grundlegenden Änderungen vorgenommen wurden. Zusammenfassend muss daher betont werden, dass die Reform nicht imstande war, die grundsätzlichen Mängel des Systems zu beheben: Das Rationalitätsproblem blieb durch das Festhalten an den starren Planpreisen bestehen, das Informationsproblem konnte durch die Aufrechterhaltung der Direktivplanung bis in den einzelnen Betrieb hinein nicht nennenswert verringert werden.

Nichtsdestotrotz stellte die Reform eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem Stalinschen Mechanismus dar: Die Betriebe erhielten etwas mehr Spielraum in ihren Entscheidungen, durch die neuen Gewinnbeteiligungsfonds hatten sie zumindest ansatzweise ein Interesse an ehrlicher Planerfüllung, durch die Produktionsfondsabgabe war eine Einschränkung des Hortens von Ausrüstungen zu erwarten, und die neuen Preise waren zwar irrational, aber immerhin weniger durch Subventionen verzerrt als die alten. Begrenzte Effizienzsteigerungen waren also durchaus möglich.

276 Sachse 1994, S. 67.

277 Thalheim 1972, S. 332.

278 Die vorgesehene Ausdehnung der direkten Lieferbeziehungen konnte nicht einmal ansatzweise realisiert werden: 1973 wurden noch immer 97% aller Ressourcen von Gosstab zugewiesen (Nove 1980, S. 47).

4.3.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme

Bei der Realisierung der Reform traten jedoch neue Probleme auf. Erstens wurden selbst die beschlossenen, konservativen Maßnahmen nur teilweise umgesetzt. Einerseits blieb die Reform auf Industrie und Transportwesen beschränkt, wodurch es zu Irritationen in den Verflechtungsbeziehungen mit dem weiter komplett zentral geplanten Handelswesen kam. Andererseits wurde der betriebliche Spielraum auch in der Industrie nicht im vorgesehenen Ausmaß erweitert. So kam es weiterhin zu ständigen nicht mit der Betriebsleitung abgestimmten Plananpassungen und -korrekturen, wodurch eigenständiges Wirtschaften kaum möglich war.²⁷⁹ Gosplan,²⁸⁰ aber vor allem die Ministerien hintertrieben die Reform, indem sie abgeschaffte Kennziffern in der Praxis weiter vorschrieben, darunter auch die „Bruttoproduktion“.²⁸¹ Außerdem dehnten sie die von der Betriebsautonomie ausgeklammerten, zentral geplanten Sortimentsbereiche immer weiter aus, um ihren Einfluss auf diese Weise zu erhalten.²⁸² Auch die beabsichtigte Stärkung und Gründung neuer Produktionsvereinigungen (PO) aus Einzelbetrieben, wovon man sich Rationalisierungseffekte erhofft

279 Vgl. Drogitschinski, N.J.: Probleme der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsreform, in: Ders. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 579-593, hier: S. 579-582. Stabile Pläne waren schon durch die Versorgungsschwankungen unmöglich zu halten. Mussten Produktionsausfälle dann am Wochenende aufgeholt werden, wurden die neuen Prämienfonds häufig zu illegalen Lohnzuschlägen missbraucht, wodurch sich Kaufkraftüberhang und Defizit weiter verschärften (vgl. Liberman 1972, S. 48).

280 Der damalige Gosplan-Abteilungsleiter V.M. Ivančenko erklärt, Veränderungen seien von Gosplan-Beamten damals als lästige Modeerscheinung betrachtet und ausgebrems worden; die Einstellung „wir überstehen auch diese Reform“ („i etu reformu pereživem“) sei vorherrschend gewesen (siehe hierzu: Živaja istorija reformy 1965 g., S. 124 f.).

281 In einer 1973 unter Betriebsmanagern durchgeführten Umfrage berichteten 80% der Respondenten, ihnen würden von den übergeordneten Behörden eigentlich abgeschaffte Kennziffern weiter vorgeschrieben (Höhmman 1974, S. 30). Die „Bruttoproduktion“ mit ihren Problemen (s. S. 62, [Fn. 204](#)) blieb indirekt ohnehin bestehen, da sie zur Kalkulation des Lohnfonds der Betriebe benötigt wurde.

282 Liberman 1972, S. 41. Dabei handelte es sich um die „wichtigsten“ Teile des Sortiments sowie diejenigen, die mit dem Rüstungskomplex in Verbindung standen.

hatte, kam kaum voran: Ministerialbürokratie und Betriebsleiter, zu Lasten deren Einflusses die PO-Gründungen gingen, leisteten starken Widerstand.²⁸³ Ein anderes Versäumnis bestand darin, dass die neuen Anreizmechanismen häufig nur auf Ebene des Gesamtbetriebs, nicht aber einzelner Abteilungen angewandt wurden, sodass die individuelle Interessiertheit der Arbeiter an Produktivitätssteigerungen nicht stimuliert wurde.²⁸⁴

Zweitens gerieten die ökonomischen Stimuli teilweise in Widerspruch zu beibehaltenen Mechanismen der Direktivplanung,²⁸⁵ insbesondere im Bereich der steigenden dezentralen Nachfrage. Diese entstand nicht nur, wie bereits erwähnt, aus den betrieblichen Anreizfonds. Generell erwies es sich als problematisch, einen Teil der Produktionsentscheidungen zu dezentralisieren, wenn die Versorgung weiter zentral gesteuert wurde. Denn einerseits konnte die so entstehende Nachfrage vom schwerfälligen Materialversorgungssystem kaum in die Mengenzuweisungen integriert werden. Andererseits gefährdeten wachsende dezentrale Investitionswünsche die Realisierung der zentral geplanten Produktionsaufgaben.²⁸⁶

Insgesamt krankte die Reform also nicht nur an ihrem inkonsistenten und sehr konservativen Konzept, sondern auch an dessen unvollständiger Umsetzung sowie der Widersprüchlichkeit des daraus resultierenden Mischsystems aus Direktivplanungs- und Marktelementen, das eher labil als stabil war.²⁸⁷ Wie die SED 1967/68 musste daher auch die KPdSU die Widersprüche ihrer Reform auf die eine oder andere Weise auflösen: Entweder trat man durch eine Radikalisierung des Reformkurses die Flucht nach vorne an – dies hätte vor allem die Zulassung rationaler Preise vorausgesetzt – oder man kehrte zum alten System zurück.²⁸⁸ Die Ereignisse in der ČSSR 1968 nahmen die angesichts der starken

283 Vgl. Nove 1980, S. 93-96. 1976 kamen nur 25% der Industrieproduktion auf die PO (ebd., S. 96).

284 Liberman 1972, S. 43.

285 Zur Problematik der Teilreformen und so entstehender Mischsysteme: Thalheim 1972, S. 350-353.

286 Vgl. Ol'seвиč/Gregory 2000, S. 47.

287 Boyer 2007, S. XX.

288 Vgl. Ol'seвиč/Gregory 2000, S. 47; Höhmann 1983, S. 10.

Reformwiderstände ohnehin absehbare Entscheidung vorweg,²⁸⁹ sie waren der „point of no return“ (Plaggenborg) der Konservativen im Politbüro. Obschon die sowjetische Reform mit der tschechoslowakischen kaum etwas gemein hatte, war sie damit diskreditiert: Die politischen Akzente verschoben sich in Richtung Rezentralisierung,²⁹⁰ auch Kosygin musste zurückrudern.²⁹¹ Die erwähnte bürokratische Verwässerung der Reform tat ein Übriges, sodass Anfang der siebziger Jahre von der Betriebsautonomie kaum mehr etwas übrig blieb. Die Reforminstrumente wurden durch Kommandomethoden „ergänzt“, faktisch aber immer weiter eingeschränkt.²⁹² Ohne dass die Reform offiziell für beendet erklärt worden wäre, wurde sie schlicht nicht mehr erwähnt und versandete.

289 Ol'sevič und Gregory teilen diese Einschätzung: „Суть хозяйственной реформы состояла в постепенном расширении хозяйственной самостоятельности предприятий, что привело к появлению квазирыночного регулятора экономики, вступившего в конфликт с плановым регулятором. Вполне возможно, что этот экономический конфликт еще не достиг своего апогея в 1968 г., но проявился он к этому времени достаточно четко. Этот конфликт [...] был прерван и разрешен путем свертывания реформы, действием тех факторов, которые мы выше назвали привходящими.» („Der Gedanke der Wirtschaftsreform bestand in der schrittweisen Erweiterung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe, was zur Entstehung eines Quasi-Marktregulators führte, der in Konflikt mit dem Plan [als anderem] Regulator geriet. Es ist gut möglich, dass dieser Konflikt 1968 noch nicht seinen Höhepunkt erreicht hatte, aber zu diesem Zeitpunkt war er bereits klar genug zu erkennen. Dieser Konflikt [...] wurde durch die Abwicklung der Reform abgebrochen und aufgelöst, durch das Wirken jener Faktoren, die wir Nebenbedingungen genannt haben.“) Mit „Nebenbedingungen“ sind die Ereignisse in der Tschechoslowakei gemeint (Ol'sevič/Gregory 2000, S. 49).

290 1969 hob das ZK der KPdSU bereits wieder die Bedeutung der Kommandomethoden hervor (Plaggenborg 2007, S. 36).

291 Ol'sevič und Gregory meinen, der „Prager Frühling“ habe auch Kosygin „erschreckt“ (Ol'sevič/Gregory 2000, S. 63). Doch abgesehen davon konnten die Anti-Reform-Kräfte nun offenbar Brežnev auf ihre Seite ziehen, wie der Gosplan-Chef Bajbakov sich erinnert (ebd., S. 97). Auf dem XXIV. Parteitag 1971 stellte auch Kosygin klar: „Wir lehnen selbstverständlich alle irrigen Konzeptionen ab, die an die Stelle der führenden Rolle der zentralen staatlichen Planung die Regelung durch den Markt setzen wollen“ (zit. nach: Kirsch 1986, S. 73).

292 Nove 1992, S. 388; vgl. auch Conert 1990, S. 118 sowie Plaggenborg 2002, S. 347.

4.3.3 Zusammenfassung und Bewertung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Reformphase gestaltete sich trotz aller Mängel der Reform so positiv, dass der Planzeitraum 1966-70 als „goldenes Jahrfünft“ („zolataja pjatiletka“) bezeichnet wurde.²⁹³ Die vor 1965 kontinuierlich sinkenden Wachstumsraten des Nationaleinkommens und der Arbeitsproduktivität vergrößerten sich wieder; die zuvor absolut abnehmende Kapitalproduktivität sank zumindest nicht weiter, was ohne jeden Zweifel auf Reforminstrumente wie die Produktionsfondsabgabe zurückzuführen ist, in Folge derer in den Betrieben vorhandene, nicht genutzte Materialreserven in den Produktionsprozess integriert oder verkauft worden waren. Daran zeigt sich, dass – ähnlich wie in der DDR – angesichts der sehr gravierenden Defizite des Stalinschen Mechanismus bereits geringe Effizienzanreize durch begrenzte Reformen Erfolge erzielen konnten, die auf volkswirtschaftlicher Ebene deutlich bemerkbar waren.

*Tabelle 2: Makroökonomische Entwicklungsdaten der UdSSR. Jahresdurchschnittl. Veränderungen in %.*²⁹⁴

	1961-65	1966-70	1971-75	1976-80
Nationaleinkommen	6,5	7,8 (5,0)	5,7 (3,0)	4,4 (2,3)
Industrieproduktion	8,5	8,5	7,4	4,5
Arbeitsproduktivität	4,6	6,2	4,2	3,4
Kapitalproduktivität	-2,6	-0,5	-2,8	-2,8
Arbeitskräfteeinsatz in der Industrie	1,8	1,5	1,4	1,0

293 Ol'sevič/Gregory 2000, S. 50.

294 Quelle: offizielle sowjetische Angaben bzw. amerikanische Schätzungen (Angaben in Klammern). Zit. nach: Höhmann 1978, S. 174, Tab. 3 sowie Segbers 1989, S. 179 f.

Die deutlich schlechtere Entwicklung in den 1970er Jahren – insbesondere der ineffiziente Kapitaleinsatz²⁹⁵ – zeigt, dass durch die Rezentralisierung zwar einige von der Reform erzeugte Widersprüche, aber auch ihre Anreize zu Produktivitätssteigerungen verschwanden. Vor dem Hintergrund anhaltender Wirtschaftsprobleme ließ die Führung immerhin das Anreizsystem und die Produktionsfondsabgabe in Kraft; zumindest die Fortführung eines extrem zurückhaltenden, „konservativ-pragmatischen Reformkurses“ (Höhmnn) erschien offenbar auch den Konservativen als alternativlos.²⁹⁶ Bereits 1973 wurde eine erneute Restrukturierung der Wirtschaftsverwaltung beschlossen, wobei die nun forcierte Schaffung von Produktionsvereinigungen und die Zusammenfassung mittlerer Verwaltungsebenen den alten Problemen abhelfen sollten.²⁹⁷ Weitere Beschlüsse zur Effizienzsteigerung wurden 1975 gefasst.²⁹⁸ Im Juli 1979, als große Teile der Wirtschaft bereits stagnierten, erließen ZK und Ministerrat eine weitere Veränderung des Planungssystems zur „Erhöhung der Produktivität und Arbeitsqualität“: Nun sollte eine Umgruppierung des Kennziffer- und Prämienwesens für mehr Rationalität sorgen.²⁹⁹ Parallel dazu wurden in den siebziger Jahren in einigen Bereichen Optimalplanungsmethoden zur Bilanzierung, Prognostik und Programmierung auf EDV-Basis angewandt, wodurch sich zumindest die Geschwindigkeit der Planung etwas erhöhte.

295 Nach Meinung Libermans lag dies vor allem an den vielen Investitionsruinen. Durch das Rationalitäts- und Informationsproblem kam es ständig zu Fehlern bei der Projektierung sowie zu Verzögerungen oder gar dem Abbruch des Baus neuer Anlagen (Liberman 1972, S. 137 f.). Vgl. auch: Nove 1992, S. 385.

296 Höhmnn 1974, S. 37. So geriet der 9. Fünfjahrplan 1971-75 bereits 1971/72 durch einen Wachstumsrückschlag und Probleme in der Landwirtschaft durcheinander (Seidenstecher, Gertraud: Die sowjetische Wirtschaft an der Jahreswende 1973/1974. Planerfüllungsbericht 1973 und Volkswirtschaftsplan 1974. Andauernde Konsolidierungsbestrebungen, Köln 1974, S. 1). Wie Ol'seвиč und Gregory argumentieren, hätte das System bei einer kompletten Restauration des Stalinschen Mechanismus nicht mehr funktionieren können, sodass einzelne Regler erhalten blieben (Ol'seвиč/Gregory 2000, S. 50).

297 Ausführlich zu den Maßnahmen von 1973: Segbers 1989, S. 55-65; Höhmnn 1974, S. 39 ff. Vgl. ebenfalls: Raupach 1983, S. 15 f.; Zell 1978, S. 78 f.; Plaggenborg 2002, S. 384.

298 Siehe hierzu: Zell 1978, S. 83 ff.

299 Ausführlich zu den Maßnahmen von 1979: Segbers 1989, S. 67-76; Seidenstecher/Höhmnn 1979, S. 24-27.

Im Ergebnis lässt sich die sowjetische Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre daher als „treadmill of reforms“³⁰⁰ beschreiben: Da der Status quo unbefriedigend, echte Reformen jedoch nach dem beschriebenen „point of no return“ 1968 politisch blockiert waren, wurden kosmetische Veränderungen beschlossen, deren Erfolglosigkeit immer wieder neue Anpassungen nach sich zog. Zwar hätte die Diskrepanz zwischen der extremen Begrenztheit der Maßnahmen und den an sie gestellten Intensivierungserwartungen dabei größer nicht sein können.³⁰¹ Doch andererseits gelang es so zumindest, das System mehr oder minder zu stabilisieren: Ohne die Restrukturierungen und technischen Fortentwicklungen, so Ol'seвиč und Gregory, hätte es womöglich bereits Ende der siebziger Jahre den Informationskollaps erlitten.³⁰²

4.4 Der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ in Ungarn (1968)

Die ungarische Führung ließ sich für die Vorbereitung ihres „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ (NWM) mehr Zeit als die sowjetische und ostdeutsche. Obwohl das ZK der USAP bereits 1965 die Grundlinien des Reformkonzepts beschlossen hatte, begann die Umsetzung erst nach sorgfältiger Vorbereitung im Januar 1968.³⁰³ Dementsprechend umfassender war das Reformkonzept.

- 300 Schroeder 1990, S. 37. Höhmann meinte deshalb: „Economic policy in Eastern Europe today is an economic policy with no alternative“ (Höhmann 1981, S. 27).
- 301 Segbers schreibt deshalb über die Restrukturierung von 1973: „Der den Industrievereinigungen vorgegebene Aufgabenkatalog liest sich wie eine komprimierte Wunschliste der sowjetischen Nachkriegszeit“ (Segbers 1989, S. 59).
- 302 Ol'seвиč/Gregory 2000, S. 51. Als Beispiele werden die EDV-Systeme zur branchenübergreifenden Bilanzierung (Mežotraslevoj balans narodnogo chozjajstva), zur Kalkulation von Investitionsprojekten (Avtomatizirovannaja sistema planovych rasčetov) sowie Komplexprogramme für Prioritätsaufgaben angeführt (ebd., S. 52).
- 303 Adam 1989, S. 72. Die Vorbereitungen schlossen u.a. Maßnahmen zur Verringerung des Nachfrageüberhangs durch eine rigidiere Kredit-, Lohn- und Preispolitik ein, wodurch der Inflationsdruck vor den beabsichtigten Preisliberalisierungen verringert werden sollte (Nove 1980, S. 357).

4.4.1 *Das Reformkonzept*

Ein erster Bestandteil des Reformprogramms betraf die Umgestaltung der Beziehungen zwischen Zentrale und Betrieb. Hierbei folgte die Reform – ganz im Sinne Hayeks – der Logik, dass Entscheidungen dort zu treffen waren, wo die erforderlichen Informationen vorlagen: Makroentscheidungen auf zentraler, Mikroentscheidungen, die subjektives Wissen über die Bedingungen von „Zeit und Ort“ voraussetzten, auf dezentraler Ebene. Dementsprechend sollte sich die Zentrale auf ihre makroökonomische Koordinierungsfunktion konzentrieren, indem sie die Hauptziele der ökonomischen Entwicklung sowie die Proportionen zwischen Investition und Konsum sowie zwischen den verschiedenen Sektoren in Fünfjahrplänen festlegte.³⁰⁴ Zu deren Durchsetzung standen ihr als Instrumente die Investitionsplanung, vor allem aber indirekte finanzwirtschaftliche Regulatoren wie Zinsen und Steuern zur Verfügung.³⁰⁵ Das Primat der Politik blieb dadurch gewahrt.

Mikroökonomische Entscheidungen, die bisher durch eine Aufschlüsselung der Pläne in kurzfristige, detaillierte und verpflichtende Produktionsanweisungen von der Zentrale diktiert worden waren, sollten hingegen nun von den Betrieben selbst getroffen werden.³⁰⁶ Im Unterschied zum NÖS und der Kosygin-Reform wollte man die Direktivplanung dazu nicht einschränken, sondern komplett aufheben. Dazu wurden einerseits die verpflichtenden Produktionskennziffern abgeschafft,³⁰⁷ andererseits sollte die zentrale Materialzuteilung als Bezugsrahmen schnellstmöglich aufgehoben und durch einen Produktionsgütermarkt ersetzt werden. Im Ergebnis sollten die Betriebe ihre Produktionspläne selbständig in Abhängigkeit von der Nachfrage der Abnehmer festlegen, wobei die Preise für Inputs und Outputs auf dem Markt auszuhandeln waren.³⁰⁸ Eine

304 Vgl. Höhmann 1981, S. 8.

305 Raupach 1983, S. 26.

306 Vgl. Adam 1989, S. 72 f.

307 Nove 1980, S. 356.

308 Balassa 1972, S. 184.

Genehmigung der Betriebspläne durch die Ministerien war nicht mehr notwendig.³⁰⁹

Wie sollte in Anbetracht dieser sehr weitgehenden Dezentralisierung sichergestellt werden, dass die Betriebsentscheidungen nicht in Widerspruch zur Strukturpolitik der Zentrale gerieten? Auf direktem Wege konnte die Zentrale nur noch durch das Investitionswesen und ihre Eigentümerrechte auf die Betriebe einwirken: Erstens durften die Betriebe zwar eigenständige Investitionen tätigen, die aus Bankkrediten und dem Gewinn zu finanzieren waren,³¹⁰ doch behielt sich die Zentrale einen beträchtlichen Teil der Investitionsentscheidungen vor,³¹¹ um ihre Strukturziele durchzusetzen. Die Betriebe waren nicht nur verpflichtet, diese Investitionsprojekte in ihre Pläne zu integrieren, sie mussten sie in den meisten Fällen auch selbst finanzieren,³¹² sodass hier die auch aus DDR und UdSSR bekannte „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ anstelle der kostenlosen staatlichen Zuteilung zur Anwendung kam, um Sparsamkeit zu stimulieren. Zweitens kam der Einfluss der Ministerien dadurch zur Geltung, dass sie Betriebsleiter ernennen und absetzen sowie Betriebe auflösen oder zusammenfassen konnten.³¹³

Wichtiger waren indes die indirekten ökonomischen Hebel, mit denen die Zentrale die Betriebe zu effizientem Wirtschaften motivieren wollte. Erstens führte man das Prinzip der Gewinnmaximierung ein; die Rentabilität entschied darüber, welchen Anteil seines Gewinns ein Betrieb für Prämienzahlungen und Eigeninvestitionen in zwei verschiedenen Fonds einbehalten durfte.³¹⁴ Entscheidend war dabei, dass – im Gegensatz zu den Teilreformen sowjetischen Typs –

309 Adam 1989, S. 73.

310 Nove 1980, S. 356.

311 Die zentralen Investitionen (1968: ca. 60% der Gesamtinvestitionen) dienten der Verwirklichung der wachstums- und strukturpolitischen Ziele, aber auch der Entwicklung des nichtproduktiven Bereichs (Adam 1989, S. 82). Die dezentralen Investitionen sollten mittelfristig steigen: Der Fünfjahrplan 1971-75 sah für sie einen Anteil von 55%, in der verarbeitenden Industrie von 69% vor (Balassa 1972, S. 197).

312 Adam 1989, S. 82. Hierzu konnten Eigenmittel und Bankkredite, teilweise auch Staatsdarlehen verwendet werden (ebd.).

313 Adam 1989, S. 74.

314 Balassa 1972, S. 184.

der Fehlanreiz der „weichen“ Pläne in Ungarn beseitigt wurde, da die Abführungen in die Betriebsfonds zwar der Höhe nach vom Gewinn abhingen, nicht aber die Erfüllung etwaiger Plankennziffern voraussetzten.³¹⁵ Ein zweites Instrument der Zentrale bestand in der Steuerpolitik. Einerseits wurden die Stimulierungsfonds der Betriebe für Prämien- und Eigeninvestitionen besteuert, wobei das Ziel darin bestand, die Höhe dieser Fonds so zu beeinflussen, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdende Inflationstendenzen infolge übermäßiger Prämien- oder Investitionsausgaben unterbunden werden konnten.³¹⁶ Weitere Finanzinstrumente bestanden in einer Lohnsteuer sowie einem fünfprozentigen Zins auf die betrieblichen Anlage- und Umlaufmittel, vergleichbar der sowjetischen Produktionsfondsabgabe, wodurch zusätzliche Stimuli zur Freisetzung überschüssiger Arbeitskräfte, Ausrüstungen und Inputs geschaffen wurden.³¹⁷ Drittens konnte die Zentrale über das staatliche Bank- und Kreditwesen die Investitionstätigkeit der Betriebe beeinflussen.³¹⁸

Aufgrund der sehr starken Verflechtung der ungarischen Wirtschaft mit den Auslandsmärkten kam zudem der Liberalisierung des Außenhandels herausragende Bedeutung zu.³¹⁹ Sollte die Wirtschaft wettbewerbsfähiger werden, so mussten die zahlreichen Handelsbarrieren zumindest aufgeweicht werden.³²⁰ Tatsächlich wurde die Direktivplanung der betrieblichen Importe und Exporte weitgehend abgeschafft; administrative Eingriffsmöglichkeiten blieben hier nur

315 Vgl. Höhmann 1981, S. 8. Wie mehrfach dargestellt, hatte der Druck zur Planerfüllung dazu geführt, dass die Betriebe nach zu niedrigen, „weichen“ Planvorgaben strebten und jede Modernisierung, die umstellungsbedingt zu Planrückständen führen konnte, vermieden.

316 Die Gewinnabführungen in den Prämienfonds waren einer stark progressiven Steuer (0-70%) unterworfen, wodurch die Lohnzuschüsse auch bei hohen Gewinnen begrenzt blieben. Nach Steuerabzug war zudem aus beiden Fonds ein betriebliches Reservekonto für Produktionsschwankungen zu speisen (siehe ausführlich: Adam 1989, S. 75 f.; Balassa 1972, S. 185).

317 Adam 1989, S. 75.

318 Vgl. Balassa 1972, S. 198 ff. Dabei wurden etwa Projekte in priorisierten Bereichen, die z. B. der Ausweitung des Exports, der Energieeinsparung oder Strukturveränderungen dienten, bevorzugt finanziert (Adam 1989, S. 83).

319 Thalheim 1972, S. 345. Zur Verflechtung Ungarns mit den Weltmärkten siehe S. 58, [Fn. 184](#).

320 Vgl. Höhmann 1981, S. 8; Raupach 1983, S. 27.

für die Realisierung internationaler Handelsabkommen bestehen.³²¹ Um den Unternehmen eine rationale Entscheidungsgrundlage dafür zu bieten, welche Ein- und Ausfuhren sich betriebswirtschaftlich lohnten, musste nun eine Verbindung zwischen den Weltmarkt- und Inlandspreisen hergestellt werden, die bisher aufgrund der Inkonvertibilität der Währung nicht bestand. In der Theorie wurde dieses Problem durch die Festlegung einheitlicher Wechselkurse des Forint gelöst, nach denen die Betriebe ihre Außenhandelsgeschäfte – nach Abzug von Zöllen – in Inlandswährung konvertieren und abrechnen konnten.³²²

In der Praxis hingegen blieb die Abschottung von den Weltmarktpreisen durch staatliche Interventionen teilweise erhalten.³²³ Die Dollar- und Rubel-Wechselkurse wurden – offensichtlich aus Erwägungen der Egalität – so festgesetzt, dass auch sehr rentabel produzierende Betriebe nur geringe Gewinne erzielen konnten. Dadurch konnten aber weniger rentable Unternehmen ihre Tätigkeit nur noch unter Verlust ausführen. Um die von diesen Betrieben erzielten Deviseneinnahmen nicht zu verlieren, glich man ihre Verluste aus, indem man für sie günstigere Wechselkurse einführte. Faktisch wurden also Exportsubventionen bezahlt, was wenig rentable Produzenten stützte, besonders rentable hingegen benachteiligte.³²⁴ Der Wettbewerbsdruck des Marktes wurde dadurch

321 Adam 1989, S. 84. Dies war erforderlich, da es galt, die i.d.R. bilateralen Verpflichtungen aus dem RGW-Handel zu berücksichtigen. Marktkoordination war hier, aufgrund der Außenhandelsplanung in den Partnerstaaten, kaum möglich, zumal man sich stets um ausgeglichene Handelsbilanzen bemühen musste, da die Ostblockwährungen nicht konvertibel waren (vgl. Giesbrecht 1987, S. 128).

322 Balassa 1972, S. 202 f.; Adam 1989, S. 84. Den unterschiedlichen Preisen im West- und RGW-Handel trug man durch zwei unterschiedliche Kurse des Forint zum Dollar bzw. Transferrubel Rechnung (Balassa 1972, S. 202).

323 Balassa 1972, S. 205. Das Zusammenwirken der vielen Außenhandelsinterventionen führte dazu, dass einige Betriebe Exportsubventionen für Erzeugnisse erhielten, die sie mit verbilligten Rohstoffimporten hergestellt hatten; die staatlichen Zuschüsse betrugen dabei 60-70% des Produktwertes (ebd., S. 205).

324 Vgl. Adam 1989, S. 84; Balassa 1972, S. 203 f. Der Kurs wurde berechnet als Verhältnis der aktuellen Exporte (bewertet zu ungarischen Großhandelspreisen) zu der dafür erhaltenen Summe in Dollar oder Rubel. Das Problem bestand nun darin, dass die Großhandelspreise ausgehend von den durchschnittlichen Herstellungskosten berechnet wurden (siehe S. 93, [Fn. 334](#) dieser Arbeit). Dies bedeutete erstens, dass für Betriebe, die zu höheren als den Durchschnittskosten produzierten, der Export nicht mehr lohnend war, auch wenn sie

ausgeschaltet, ineffiziente Strukturen wurden aufrechterhalten. Ähnliche Verzerrungen traten bei den Einfuhren auf: Durch Mengenbeschränkungen und Einfuhrzölle etwa auf Maschinen sowie Importsubventionen für teure Rohstoffe wurde einem starken Durchschlagen der Weltmarktpreise auf den eigenen Markt entgegengewirkt.³²⁵ Zudem behinderte das weitgehend aufrechterhaltene Außenhandelsmonopol des Staates den Einfluss des Außenhandels: Lediglich 10-15% der Exportbetriebe erhielten das Recht, Direktbeziehungen zu ausländischen Partnern aufzunehmen.³²⁶

Insgesamt kam es daher nur zu einer begrenzten Außenhandelsliberalisierung und einem dementsprechend geringen Druck des Weltmarkts zu Effizienzsteigerungen. Allerdings ist die sehr vorsichtige Herangehensweise der Führung aus stabilitätspolitischen Erwägungen durchaus nachvollziehbar, denn angesichts der starken Außenhandelsabhängigkeit wäre eine abrupte Liberalisierung riskant gewesen. Unter dem Strich blieb der bedeutende Vorteil bestehen, dass nicht nur die Zentrale, sondern auch die Betriebe selbst über ihren Gewinn ein direktes Interesse an steigenden Exporterlösen hatten.

In der Binnenwirtschaft kam dem Preissystem in Anbetracht der sehr weitgehenden Betriebsautonomie und der Einführung eines industriellen Großhandels ebenfalls eine herausragende Koordinationsfunktion zu. Ohne ein rationales Preissystem, das die Nachfrage widerspiegelte und insofern echte Handlungsanweisungen gab, wäre die Dezentralisierung deshalb zum Scheitern verurteilt gewesen.³²⁷ Konsequenterweise sprach sich das ZK der USAP deshalb be-

rentabel arbeiteten. Dies musste durch Subventionen ausgeglichen werden. Zweitens bedeutete es, dass diese Betriebe gegenüber den besonders rentabel arbeitenden bevorzugt wurden, was einen Fehlanreiz darstellte (vgl. Giesbrecht 1987, S. 130 f.).

325 Vgl. Adam 1989, S. 84.

326 In allen anderen Fällen musste der Kontakt weiterhin über die staatlichen Außenhandels-gesellschaften verlaufen (Adam 1989, S. 84).

327 Vgl. Raupach 1983, S. 21. Hierzu sei nochmals der sowjetische Ökonom Novožilov zitiert: „If prices do not provide the information necessary for the economic decisions, then the missing information must be given in the form of an administrative instruction“ (siehe S. 85 dieser Arbeit).

reits im Mai 1966 dafür aus, die Bildung freier Marktpreise grundsätzlich zuzulassen.³²⁸ Nichtsdestotrotz war eine schnelle Aufgabe der staatlichen Preisfestsetzung aus sozialen Erwägungen nicht möglich; dies hätte aufgrund der monopolistisch geprägten Wirtschaftsstruktur mit geringem Wettbewerb sowie des defizitbedingten Kaufkraftüberschusses zu explodierenden Preisen führen müssen.³²⁹

Der Übergang zu Marktpreisen wurde daher nur schrittweise und in begrenztem Rahmen durchgeführt, wobei sich das Preissystem in drei Gruppen unterteilen ließ: Freigegeben – hierbei behielt sich das Staatliche Preiskomitee ein Einspruchsrecht – wurden zunächst nur die Preise für diejenigen Güter, bei denen Preiserhöhungen nicht direkt auf die Grundversorgung der Bevölkerung durchschlugen.³³⁰ Eine zweite Gruppe von Preisen, darunter diejenigen der meisten Konsumgüter, wurde zwar ebenfalls nicht mehr geplant, war aber einer Deckelung durch administrativ gesetzte Limits oder Korridore unterworfen,³³¹ was starke Erhöhungen vermeiden sollte. Die dritte Gruppe, die aus der Mehrzahl der Energie-, Rohstoff- und Agrarpreise sowie den Grundnahrungsmittelpreisen bestand, wurde weiterhin vom Preiskomitee festgesetzt.³³² Hier erwartete man offensichtlich aufgrund von Engpässen besonders starke Preisexplosionen mit sozialer Sprengkraft, was sich daran erkennen lässt, dass einzelne Rohstoffe sowie Fleisch, Getreide und Futtermittel noch bis 1970 durch die ansonsten abgeschaffte Mengenplanung kontingentiert wurden.³³³ Da echte Marktpreise also vorerst nur in einem Teil der Wirtschaft zum Tragen kamen, versuchte man darüber hinaus, auch im Bereich der administrativen Preisbildung

328 Nagy 1966, S. 745.

329 Vgl. Adam 1989, S. 76. Der hohe Monopolisierungsgrad lässt sich auf die Mitte der 1960er Jahre durchgeführte Konzentration der Betriebe zurückführen (siehe hierzu S. 39 dieser Arbeit).

330 Dies betraf 1968 78% der Preise für industrielle Zwischenprodukte sowie die Endverbraucherpreise einiger teurer Konsumgüter (Adam 1989, S. 76 f.). Im Industriebereich wurden insbesondere Produkte mit geringem Wert der freien Preisbildung überlassen, wovon keine Verwerfungen des Preisgefüges, aber eine erhebliche Arbeitsentlastung für die Planungsorgane zu erwarten war (Nove 1980, S. 357).

331 Adam 1989, S. 77; Balassa 1972, S. 195.

332 Adam 1989, S. 77; Balassa 1972, S. 195.

333 Balassa 1972, S. 196. Die Kontingentierung betraf 1968 insgesamt 4-5% aller Güter (ebd.).

durch eine allgemeine Preisrevision zumindest etwas mehr Aktualität und Rationalität zu erzielen – ebenso wie in der UdSSR und der DDR, allerdings mit naturgemäß begrenztem Erfolg.³³⁴

4.4.2 Die Umsetzung der Reform und ihre Probleme

Der Neue Wirtschaftsmechanismus (NWM) war von Anfang an nicht als „Schocktherapie“ der Liberalisierung konzipiert, sondern beinhaltete eine Reihe administrativer „Bremsen“. Dies hatte erstens politische und soziale Gründe: Unter dem traditionellen Wirtschaftssystem hatten sich in Ungarn, ebenso wie auch in den anderen Ostblockstaaten, schwerwiegende Disproportionen entwickelt, darunter insbesondere die aufgrund von Versorgungsmängeln, niedrigen Preisen und hohen Lohnzuwächsen entstandene verdeckte Inflation sowie die niedrige Arbeits- und Kapitalproduktivität.³³⁵ Eine unkontrollierte Liberalisierung hätte die bisher durch Preisstabilität und Vollbeschäftigungsgarantie verdeckten Ungleichgewichte zum Vorschein gebracht und damit hohe Inflation und Arbeitslosigkeit hervorgerufen.³³⁶ Solche sozialen Verwerfungen hätten die politische Systemstabilität gefährden können, was das Kádár-Regime nach den Erfahrungen von 1956, aber gerade auch in Anbetracht

334 Problematisch war einerseits, dass als „Kosten“ weiterhin nicht die Grenzkosten (d.h. diejenigen des mit der geringsten positiven Rentabilität produzierenden Betriebes), sondern die Durchschnittskosten aller Betriebe verwendet wurden (Balassa 1972, S. 195 f.). Dies konterkarierte Produktivitätssteigerungen, da mit unterdurchschnittlichen Kosten produzierende Betriebe zu Durchschnittskosten verkaufen mussten. Andererseits bot der Gewinnaufschlag Raum für Preismanipulationen: Da er prozentual auf die Kosten berechnet wurde, ließ er sich erhöhen, indem man zu hohe Kosten angab (Adam 1989, S. 77).

335 Vgl. Batt 1988, S. 95-100; Vajna 1982, S. 58-63. Hinzu kamen im Falle Ungarns Außenhandelsdefizite durch die geringe Konkurrenzfähigkeit.

336 Der ungarische Historiker und Präsident der Akademie der Wissenschaften (1985-90) Iván Berend erklärte die Risikoabwägung folgendermaßen: „The ‚inherent brakes‘ built into the reform mechanism were not directed against phantoms but real dangers. The question whether without these brakes a hardly tolerable, galloping inflation and unemployment might have emerged can be answered with great certainty. [...] The government, when undertaking the risks of reform, certainly considered that the country, having suffered many serious shocks in the preceding decades, must not be subjected to such, not even temporarily“ (zit. nach: Batt 1988, S. 246).

des „Prager Frühlings“, unbedingt vermeiden wollte.³³⁷ Zweitens „waren von vornherein Einschränkungen [des Marktes] nötig, da man erkannte, dass die Voraussetzung zum Funktionieren des marktwirtschaftlichen Sanktionsmechanismus nicht gegeben war: Wettbewerb.“³³⁸ In Anbetracht des sehr hohen Konzentrationsgrades der Wirtschaft hätte eine Liberalisierung zwangsläufig zu Monopolrenten, also Marktversagen, geführt.

(a) Die administrativen „Bremsen“ der Reform

Eine erste Bremse bestand in der Kontrollfunktion der Industrieministerien, die zwar durch den NWM von der Lenkung der Betriebe entbunden worden waren. Doch durften sie weiterhin die Manager ernennen, beurteilen und absetzen sowie, sollte ein Unternehmen nicht im „nationalen Interesse“ handeln, sogar in die operative Betriebstätigkeit eingreifen.³³⁹ Zudem begann die Wirtschaftsverwaltung bald, die Betriebsautonomie durch „ministerielle Empfehlungen“ einzuengen.³⁴⁰ Sich diesen zu widersetzen, war für die Betriebsleiter nicht ratsam, denn gute Beziehungen zu den Vorgesetzten blieben wichtig wie eh und je, mit dem Unterschied, dass mit ihnen nicht mehr um möglichst „weiche“ Pläne, sondern um möglichst gute Finanzbedingungen gefeilscht werden musste.³⁴¹

Die Wirkung einer zweiten „Bremse“ wurde bereits bei der Untersuchung der Preis- und Außenhandelsreformen angedeutet. Ein großer Teil der Industriepreise wurde weiterhin staatlich festgesetzt und entsprach somit nicht den

337 Höhmann 1981, S. 16. Wie Boyer betont, war die Vermeidung eines „zweiten 1956“ der gesellschaftliche Grundkonsens des Kádárismus. Die Besserung des Lebensstandards spielte dabei eine erhebliche Rolle (Boyer 2007, S. XXXIII).

338 Giesbrecht 1987, S. 190. Zur hohen Konzentration der ungarischen Wirtschaft siehe [S. 56](#) dieser Arbeit. In der Praxis bedeutete dies laut einer Manager-Umfrage von 1969, dass 40% der Manager für ihren Betrieb keine und 48% eine geringe einheimische Konkurrenz sahen. Von Importen sahen 46% keine, 37% eine geringe und 17% eine starke Konkurrenz für ihren Betrieb (Balassa 1972, S. 190 f.).

339 Balassa 1972, S. 192.

340 Cichy 1988, S. 5.

341 Investitionskredite, Devisen für benötigte Importe oder Subventionen wurden nur mit Zustimmung des entsprechenden Branchenministeriums erteilt (Adam 1989, S. 88).

Relationen von Angebot und Nachfrage; im Außenhandel wurde durch die politische Wechselkursgestaltung und direkte Subventionen verhindert, dass die eigene Wirtschaft in vollem Ausmaß dem Druck des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt wurde.³⁴² Vorübergehend konnten zwar dennoch Außenhandelserfolge erzielt werden,³⁴³ doch die notwendigen Strukturveränderungen wurden damit in die Zukunft verlagert.

Auch in Hinblick auf die Inflationsbekämpfung war das Wirken der „Bremsen“ ambivalent. Hierzu regulierte die Regierung nicht nur die Preise, sondern begrenzte auch die durchschnittlichen Lohnsteigerungen auf jährlich 4%, da vor dem Hintergrund der aus dem extensiven System geerbten überhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften zu befürchten war, die Betriebe würden mit starken Lohnerhöhungen um Arbeiter konkurrieren und damit die Inflation anfangen.³⁴⁴ Als Inflationsbremse war dieses Instrument zwar effektiv, doch dafür heizte es die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter an: Denn nun stellten die Betriebe unqualifizierte Beschäftigte ein, um so den Durchschnittslohn im Betrieb senken und denjenigen für begehrte Fachkräfte erhöhen zu können. Durch die Hortung blieb die Arbeitsproduktivität niedrig,³⁴⁵ sodass die Nominaleinkommen auch nach Einführung der Reform schneller wuchsen als das Güterangebot.³⁴⁶ Die Inflations-„Bremsen“ vermied so zwar Preissteigerungen,³⁴⁷ doch

342 Vgl. Adam 1989, S. 87.

343 Die Dollar-Exporteinnahmen lagen 1969 um ein Drittel über dem Wert von 1967 (Balassa 1972, S. 206).

344 Balassa 1972, S. 208.

345 Vajna 1982, S. 60 f. Eine Neuregelung von 1971 koppelte daher Gehalts- an Produktivitätssteigerungen. Dies hätte prinzipiell einen Ausweg dargestellt, doch aufgrund der fixen Preise konnten einige Sektoren, wie die Energiebranche, ihre Produktivität kaum erhöhen. 1973/74 genehmigte die Regierung auch ihnen Gehaltssteigerungen, womit die Regelung teilweise wieder ausgehebelt wurde. Außerdem mussten Lohnzuwächse nun aus dem Prämienfonds finanziert werden, der einer stark progressiven Besteuerung unterlag, sodass ein Großteil der abgeführten Mittel nicht beim Arbeiter ankam (Adam 1989, S. 80, 82). Das Ziel, Lohnzuwächse als Stimulus zur Produktivitätssteigerung zu nutzen und überschüssige Arbeitskräfte freizusetzen, konnte so nicht erreicht werden.

346 Vajna 1982, S. 62.

347 Die Preisentwicklung betrug pro Jahr durchschnittlich 1,0% (1966-70) bzw. 2,9% (1971-75) (Cichy 1988, S. 8).

die Inflation wurde nur in ihren Symptomen kaschiert, statt an ihren Ursachen bekämpft.

Eine vierte „Bremse“ sollte zu hohe Investitionen vermeiden. Überinvestitionen, die die Bau- und Produktionskapazitäten überforderten, waren durch den Stalinschen Mechanismus ohnehin ein ständiges Problem.³⁴⁸ Durch die Reform erhöhte sich die Investitionsnachfrage weiter, da die Betriebe durch Produktionserweiterungen Gewinnsteigerungen erzielen konnten.³⁴⁹ Nun hätte man durch hohe Zinssätze für Investitionskredite die Nachfrage eindämmen und gleichzeitig auf die rentabelsten Projekte konzentrieren können. Doch wollte man die Koordinationsfunktion nicht dem Marktmechanismus überlassen: Statt die Zinsen zu erhöhen, rationierte die Investitionsbank die Kredite administrativ.³⁵⁰ Nicht die Rentabilität eines Investitionsprojektes, sondern seine Plankonformität war folglich ausschlaggebend dafür, ob es realisiert wurde. Dadurch wurde die Übernachfrage nach Investitionen weiter konserviert, zudem wurden knappe Ressourcen nicht nach dem Rentabilitätsprinzip alloziert, was dem Ziel der Effizienzsteigerung zuwiderlief.

(b) Die Rezentralisierungspolitik ab 1972

1972/73 wurden die Reform-„Bremsen“ schließlich deutlich angezogen und durch eine allgemeine politische Wende in Richtung Rezentralisierung ergänzt, was sich erstens auf Umsetzungsprobleme der Reform zurückführen lässt: Der Widerstand der Wirtschaftsbükratie, aber auch der Manager der großen Monopolbetriebe nahm zu.³⁵¹ Offensichtlich auf ihren Druck hin beschloss das ZK

348 Zu Überinvestitionen als systemimmanentem Problem des traditionellen Mechanismus s. S. 17, [Fn. 45](#). Dadurch kam es zu Engpässen im Bauwesen, Bauverzögerungen, Kostensteigerungen usw.

349 Vgl. Vajna 1982, S. 60 f. Investiert wurde auch in den spekulativen Import von Rohstoffen und Ausrüstungen mit dem Ziel, diese im Fall von Preiserhöhungen gewinnbringend zu veräußern (ebd., S. 61).

350 Vgl. Balassa 1972, S. 199 f.

351 Giesbrecht 1987, S. 194 f. In Anbetracht des schnellen Aufstiegs mittlerer und genossenschaftlicher Unternehmen sahen sich die Großbetriebe als Reformverlierer: Für sie war es

der USAP im November 1972, die 50 größten Betriebe wieder zentral zu lenken.³⁵² Auch der Spielraum der übrigen Betriebe wurde durch ein neues Zentralplanungsgesetz wieder etwas beschnitten; private Kleinbetriebe wurden teils wieder zurückgedrängt.³⁵³ Doch reagierte man durch die Rezentralisierung nicht nur auf Widerstände, sondern auch auf systemische Widersprüche, die aus der Mischung aus Marktdezentralisierung und administrativen Eingriffen entstanden waren. Beispielsweise kam es trotz der Kreditrationierung bei den dezentralen Investitionen zu Schwankungen und Abweichungen von der geplanten Entwicklung, sodass man die Investitionen wieder größtenteils zentralisierte.³⁵⁴ Eine zweite Ursache des Reformstopps ist in der außenpolitischen Lage nach dem Ende des „Prager Frühlings“ zu sehen. Nicht nur in der Sowjetunion nahm die Reformabneigung dadurch stark zu, auch in der USAP-Führung etablierte sich ein Übergewicht der Reformskeptiker.³⁵⁵ Drittens verschlechterten sich infolge der Ölkrise 1973 und der daraufhin steigenden Weltmarktpreise die Terms of Trade Ungarns, was die nach wie vor wenig wettbewerbsfähige Industrie in Schwierigkeiten brachte und den Staat zu noch stärkeren Interventionen veranlasste.³⁵⁶

einfacher, ihre Betriebsinteressen wie früher von ihren ministeriellen Lobbys im Plan festschreiben zu lassen (ebd.).

352 Cichy 1988, S. 6.

353 Vajna 1982, S. 65. Die Zulassung kleiner Privatbetriebe im Konsumbereich hatte man zugelassen und sogar ermutigt. Dabei ging es nicht nur um die Verbesserung der Versorgung, sondern auch um die „Legalisierung der Schattenwirtschaft“, die man so zurückdrängen wollte (Raupach 1983, S. 30 f.).

354 Vgl. Cichy 1988, S. 5 f.; Adam 1989, S. 89. Zur Effizienzproblematik der Investitionsplanung siehe [Fn. 45](#) (S. 17). Nachdem 1968 nur 40% der Investitionen zentral geplant worden waren, betrug dieser Anteil 1972 bereits 80% (Cichy 1988, S. 5f.).

355 So wurden zwei Architekten der Reform, Rezső Nyers und Lajos Fehér, aus dem ZK ausgeschlossen (Giesbrecht 1987, S. 193). Zudem forderte eine an Moskau orientierte Gruppe um den späteren Ministerpräsidenten Grósz, die Unternehmenslenkung zu zentralisieren. Kádár gab nach anfänglichem Widerstand nach (Cichy 1988, S. 6).

356 Vgl. Vajna 1982, S. 62; Batt 1988, S. 247; Giesbrecht 1987, S. 195 f. Die Terms of Trade verschlechterten sich zwischen 1973 und 1979 um ca. 20%, indem Preise für ungarische Importe wie Energieträger und Technologieprodukte stiegen und exportierte Halbfabrikate billiger wurden (Giesbrecht 1987, S. 127). Darüber hinaus wurden die einträglichen Exporte der erfolgreichen ungarischen Landwirtschaft durch die „Gemeinsame Agrarpolitik“ der EG beschränkt (Nove 1980, S. 363). Der Staat reagierte mit Subventionen.

Infolge der Rezentralisierungstendenzen und der starken Handelsinterventionen trat in den 1970er Jahren ein „regelloser Zustand“³⁵⁷ ein: Von Anfang an waren administrative „Bremsen“ für operative Eingriffe in die Betriebsautonomie, Außenhandels- und Preisregulierung, Lohnkontrollen und die Plankoordination von Investitionen angewandt worden. Doch was zur Abfederung des Übergangs zum Markt geplant gewesen war, wurde nun im Gegenteil institutionalisiert, sodass ein widersprüchliches und ineffizientes Mischsystem aus Plan- und Marktelementen entstand. Die Betriebe konnten der Anpassung an die härteren internationalen Marktbedingungen entgehen, wodurch die Arbeits- und Kapitalproduktivität niedrig und die Effizienzprobleme bestehen blieben.³⁵⁸ Rezentralisierung und Reformmüdigkeit, schlechtere Handelsbedingungen und die weiterhin geringe Wettbewerbsfähigkeit Ungarns führten gemeinsam mit der konsumorientierten Politik des Kádár-Regimes zu negativen Handelsbilanzen, die eine stark ansteigende Auslandsverschuldung nach sich zogen.³⁵⁹ Diese nahm Ende der 1970er Jahre ein so bedenkliches Ausmaß an, dass das Regime eine Austeritätspolitik mit Import- und Konsumverzicht sowie Preiserhöhungen einschlagen musste.³⁶⁰

4.4.3 Zusammenfassung und Bewertung

Seiner theoretischen Ausrichtung nach entsprach der NWM Ungarns weitgehend den in [Kapitel 3](#) untersuchten marktsozialistischen Modellen, deren wesentliche Merkmale – das Staatseigentum an Produktionsmitteln, Märkte für Konsumgüter und Arbeit, die Autonomie der operativen Betriebstätigkeit sowie staatlich kontrollierte Preise ([S. 44](#)) – auch in Ungarn eingeführt wurden. Dem Reformgedanken nach glichen die indirekten finanzpolitischen Instrumente

357 Cichy 1988, S. 7.

358 Vajna 1982, S. 61.

359 Vajna 1982, S. 62. Die Schulden in Hartwährung verneunfachten sich zwischen 1971 und 1980. 1979 mussten 36% der Exporteinnahmen für den Schuldendienst verwendet werden (Giesbrecht 1987, S. 132, Tab. 4).

360 Vgl. Cichy, S. 10.

der ungarischen Planung denjenigen des von Lange beschriebenen „Central Planning Board“.³⁶¹

Die praktischen Rahmenbedingungen, unter denen die ungarische Reform operierte, unterschieden sich jedoch fundamental von denen, die dem Lange-Modell zugrunde lagen: Erstens ging Letzteres von einer funktionierenden Marktwirtschaft aus, die es sozialistisch umzugestalten galt. Der Ausgangspunkt in Ungarn war hingegen eine konzentrierte Wirtschaftsstruktur aus monopol-ähnlichen Großbetrieben. Marktmechanismen hätten hier nur dann frei wirken können, wenn man durch Entflechtung der Großbetriebe Wettbewerb geschaffen hätte. Bis Ende der siebziger Jahre unternahm die Führung jedoch nichts dergleichen,³⁶² vermutlich wegen des Widerstands der Monopolisten, die, wie die Rezentralisierung von 1972 zeigt, ihre Interessen zu vertreten wussten. Zweitens hatte die Zentralverwaltungswirtschaft in Ungarn starke Ungleichgewichte und inflationäre Spannungen hinterlassen, die man aus Gründen der sozialen und politischen Stabilität nicht freisetzen wollte. Beide Aspekte erforderten die Einschränkung des Marktes durch „Bremsen“, sodass auch die Rationalität des Marktwettbewerbs, auf der das marktsozialistische Modell fußt, in Ungarn nur begrenzt zum Tragen kam.

Vor allem aus diesem Zusammenhang, weniger durch negative Außenhandelseinflüsse, erklärt sich der ökonomisch verhaltene Erfolg der ungarischen Wirtschaftsreform: Zwar verliefen die Jahre 1968 bis 1974 sehr positiv; bei stabilen Preisen und ausgeglichenen Zahlungsbilanzen konnte ein hohes Wachstum von durchschnittlich 6% pro Jahr erzielt werden.³⁶³ Damit unterschieden sich

361 Die Klassifizierung des Reformkonzepts als „marktsozialistisch“ teilen auch Raupach (1983, S. 26) und Drzymalla (1991, S. 231). Offiziell wurde der Terminus „Marktsozialismus“ aber aus Rücksicht auf die RGW-Partner nicht verwendet (Thalheim 1972, S. 344).

362 In den siebziger Jahren setzte sich der Konzentrationsprozess sogar weiter fort (Giesbrecht 1987, S. 203). Erst ab 1979 wurde durch Zerschlagung von Großbetrieben mehr Wettbewerb ermöglicht (ebd., S. 213).

363 Giesbrecht 1987, S. 127.

die Wachstumsindikatoren aber nicht wesentlich von denjenigen anderer Ostblockstaaten;³⁶⁴ die in der Theorie erheblichen Effizienzvorteile des Marktsozialismus-Modells gegenüber dem sowjetischen wirkten in Ungarn, wie beschrieben, nur zum Teil. Zu bedenken ist allerdings ein Erfolg der Marktreform, der in diesen Ziffern nicht zum Ausdruck kommt: Das Defizit an Lebensmitteln und Konsumgütern konnte in Ungarn in den siebziger Jahren weitgehend beseitigt werden.³⁶⁵

*Tabelle 3: Makroökonomische Entwicklung Ungarns (wo nicht anders angegeben: jahresdurchschnittliche Veränderung in %)*³⁶⁶

	1956-60	1961-65	1966-70	1971-75	1976-80
Nationaleinkommen	4,6	4,1	4,9	6,2	2,9
Preisindex der Lebenshaltung	0,3	0,5	1,0	2,9	6,3
Arbeitsproduktivität	5,5	4,5	5,3	5,8	2,9
Außenhandelsaldo (Mrd. Forint)				-13,5	-154,9
Auslandsverschuldung (Mrd. US\$)			0,9 (1971)	2,1 (1975)	7,2 (1980)
Verhältnis Schuldendienst zu Exporteinnahmen (%)				75	146

In der Mitte der siebziger Jahre wurden die Marktmechanismen weiter zurückgedrängt, womit Ungarn in der Tendenz der Rezentralisierungspolitik folgte, die auch für die UdSSR und die DDR kennzeichnend war. Dennoch kam es in Ungarn nicht zu einer Restauration der Zentralverwaltungswirtschaft, stattdes-

364 Drzymalla 1991, S. 231. Vgl. hierzu die Daten für DDR (S. 68) und UdSSR (S. 83). Gerade die stagnierende bis offen krisenhafte Entwicklung der ungarischen Wirtschaft in den 1980er Jahren zeigt, dass die Reform kein Allheilmittel war (vgl. Cichy, S. 18 ff.).

365 Adam 1989, S. 86 f.; Raupach 1983, S. 27; Vajna 1982, S. 53.

366 Quelle: Offizielle Statistiken, zit. nach: Cichy 1988, S. 8 f., Tab. 1 u. 2.; Giesbrecht 1987, S. 132, Tab. 4; Statisztikai évkönyv [Ungarisches Statistisches Jahrbuch] 1980, S. 304.

sen entstand eine „Mischung aus zentraler Planung und Quasi-Marktdezentralisierung“,³⁶⁷ wodurch zwar die Vorteile der Marktkoordinierung nur eingeschränkt zum Tragen kamen, aber immerhin der Weg für neue Reformen offen blieb: Denn die alten Kommando- und Interventionsmethoden konnten die Probleme nicht lösen, sondern nur auf Kosten hoher Auslandsverschuldung kaschieren. 1977 leitete das ZK der USAP daher eine neue Welle der Dezentralisierung ein.³⁶⁸

4.5 Zusammenfassung: Reformerwartungen und -ergebnisse

Der Ausgangspunkt der Reformen war, dass sich in den 1960er Jahren sowohl in der UdSSR, als auch in Ungarn und der DDR ökonomischer Veränderungsdruck aufgestaut hatte. Einerseits erhöhte sich aufgrund der Verknappung extensiver Wachstumsfaktoren die Bedeutung von Produktivitätszunahmen und Intensivierung, während andererseits die Effizienz des Wirtschaftsmechanismus durch seine – infolge des steigenden ökonomischen Entwicklungs- und Komplexitätsgrads – zunehmende Informationsüberlastung weiter sank. Von der Reform des Systems wurde daher kurzfristig erwartet, dass sie die Wirtschaft auf intensives Wachstum umstellen sollte. Das Fernziel war es, besonders in der DDR, damit die Überlegenheit des Sozialismus unter Beweis zu stellen.

Die DDR und die UdSSR folgten in der Tendenz dem von Evsej Liberman vorgezeichneten Weg der Teilreform, der in [Kapitel 3](#) aufgrund seiner Begrenztheit und Widersprüchlichkeit als für die Lösung des Rationalitäts- und Informationsproblems der Planwirtschaft unzureichend eingestuft wurde. Das NÖS und insbesondere die Kosygin-Reform blieben jedoch im Ausmaß noch hinter Libermans Vorschlägen zurück; realisiert wurde die Dezentralisierung eines Teils der Mikroentscheidungen unter Aufrechterhaltung der Direktivplanung. Die grundlegenden Defizite konnten damit, wie erwartet, nicht beseitigt werden, doch immerhin wurden in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre durchaus

367 Nove 1980, S. 364. Anders ausgedrückt: „neither plan nor market“ (Adam 1989, S. 88).

368 Vgl. Vajna 1982, S. 65 ff.

beträchtliche Erfolge in Form steigender Wachstumsraten des Nationaleinkommens und der Arbeits-, in der DDR auch der Kapitalproduktivität erzielt. Die Erkenntnis aus den praktischen Beispielen des NÖS und der Kosygin-Reform besteht somit darin, dass eine Teildezentralisierung zwar für eine Intensivierung des ineffizienten planwirtschaftlichen Systems nicht ausreichte, wohl aber messbare Vorteile gegenüber dem starren Stalinschen Modell aufwies. Dies deckt sich mit den in [Abschnitt 3.1.1](#) aus der Untersuchung des Liberman-Ansatzes gezogenen Schlüssen.

Die Abkehr vom Reformkurs in den siebziger Jahren führte weder in der DDR noch in der UdSSR zu einer Restauration des traditionellen Mechanismus der fünfziger Jahre, da eine Reihe von Reformelementen in Kraft blieb.³⁶⁹ Dies zeigt, dass die untersuchten Reformen das für die Erfordernisse der 1930er Jahre konstruierte System zwar nur in begrenztem Ausmaß, aber irreversibel modernisiert und an die Realität der 1960er Jahre angepasst hatten.³⁷⁰ In dieser Hinsicht erwiesen sich die Reformen trotz ihrer Beendigung als nachhaltig; zumindest ein Teil der Verbesserungen wirkte weiter und verlängerte, so muss man annehmen, die Lebensdauer des nach wie vor ineffizienten Systems.³⁷¹ Die Planwirtschaft wurde also stabilisiert – vorerst: Denn die systemimmanenten Veränderungsmöglichkeiten in der UdSSR und der DDR waren nun ausgeschöpft,³⁷² ein möglicher zweiter Anlauf in die gleiche Richtung hätte sich noch schwerer durchsetzen lassen als der erste. Mit dem Ende des NÖS trat die DDR

369 Dies betraf beispielsweise die Stimulierungsfonds und die Produktionsfondsabgabe.

370 Vgl. die Deutung Höhmanns: „Does the retreat from reform [...] mean a complete return to the status quo ante, to the economic systems of the early 1960s? Not at all. A number of changes in economic system and policy have been retained and are indeed likely to be irreversible“ (Höhmann 1981, S. 15).

371 Vgl. Ol'sevič/Gregory 2000, S. 8. Die Autoren vertreten hier die Auffassung, die sowjetische Planwirtschaft wäre ohne die „kolossalen Reformanstrengungen“ schon Jahrzehnte früher kollabiert.

372 So bezüglich der DDR: Steiner 2007, S. 122; bezüglich der UdSSR: Plaggenborg 2002, S. 37.

daher in einen Zustand der „Ultrastabilität“ (Boyer) um den Preis der allmählichen Auszehrung ein.³⁷³ Für die Sowjetunion vor Gorbačev trifft diese Beobachtung in gleichem Maße zu.

In Ungarn wurde hingegen eine Reform radikaleren Charakters gewählt, die – zumindest ihrer Konzeption nach – alle in [Abschnitt 3.2.3](#) zusammengefassten Elemente einer marktsozialistischen Ordnung aufwies: Es bestand ein Arbeits- und Konsumgütermarkt, Betriebe handelten autonom nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, Marktpreise wurden zugelassen, die Produktionsgüter wurden gehandelt statt zugeteilt. In [Kapitel 3](#) wurde die These aufgestellt, dass ein solcher Mechanismus zwar womöglich weniger effizient als eine freie Marktwirtschaft ist, zur Lösung des planwirtschaftlichen Rationalitäts- und Informationsproblems jedoch theoretisch durchaus geeignet ist. Die ungarische Praxis hat diese Annahme, wie die Untersuchung des Reformversuchs gezeigt hat, allerdings nicht bestätigt; auch die Erwartung des Kádár-Regimes, eine Intensivierung der Wirtschaft zu erreichen, konnte nicht erfüllt werden. Die ungarische Reform war nicht wesentlich erfolgreicher als die sowjetische und die ostdeutsche.

Die Ursachen hierfür sind, wie aufgezeigt werden konnte, einerseits in der vom marktsozialistischen Modell abweichenden Ausgangslage Ungarns zu sehen: Durch den hohen Konzentrationsgrad der Wirtschaft dominierten monopolähnliche Großbetriebe, Wettbewerb bestand kaum. Eine Marktwirtschaft, auch eine „sozialistische“, konnte damit natürlich nicht modellgemäß funktionieren. Zweitens führten bürokratischer Widerstand und die politische Reformskepsis ab 1972 zu einem widersprüchlichen, ineffizienten Steuerungssystem aus Plan- und Marktelementen. Drittens sind – in geringerem Ausmaß – externe Einflüsse durch die Verschlechterung der Außenhandelsbedingungen zu berücksichtigen, die sich in Ungarn mit seiner stark vom Ausland abhängigen Wirtschaft besonders negativ bemerkbar machten.

Politisch immerhin ist die progressive Reform in Ungarn insofern als Erfolg zu bewerten, als sie die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit des Systems an sich

373 Boyer 2007, S. XXVIII.

verändernde Umstände konservierte. Die schrittweise weitere Flexibilisierung ab Ende der 1970er Jahre bestätigt dies.³⁷⁴

4.6 Reformbereitschaft und Reformrisiken im Vergleich

4.6.1 Enge Reformgrenzen in der Sowjetunion

Die vergleichende Untersuchung der verschiedenen Reformprojekte hat gezeigt, dass die in der Sowjetunion 1965 eingeführte Wirtschaftsreform nicht nur ihrem Charakter nach konservativ war, sondern auch im Ausmaß weit hinter den Möglichkeiten der von Liberman vorgeschlagenen Teildezentralisierung und sogar hinter dem NÖS der DDR zurückblieb. Dies zeigt, dass Dezentralisierung und Marktelemente in der UdSSR an besonders enge Grenzen stießen.

Als erste Ursache hierfür lassen sich wirtschaftliche Reformrisiken benennen, die im Falle der Sowjetunion größer waren als in anderen Ostblockstaaten. Grundsätzlich mussten beim Übergang zur Marktkoordination bisher verdeckte ökonomische Ungleichgewichte zum Vorschein kommen.³⁷⁵ In der Sowjetunion, wo seit den zwanziger Jahren die Marktnachfrage ignoriert worden war, waren diese Disproportionen wesentlich größer als in kleineren Ostblockstaaten wie Ungarn,³⁷⁶ sodass bei ihrer Offenlegung viel größere soziale Verwerfungen zu erwarten waren. Darüber hinaus war der traditionelle Mechanismus zur – auch in den sechziger Jahren fortdauernden – „aufholenden Modernisierung“ der östlichen Landesteile gut geeignet.³⁷⁷ Subjektiv, aus Sicht der Parteiführung, sprachen außerdem strukturpolitische Erwägungen gegen Reformen, bevorzugte man doch tendenziell die Akkumulation gegenüber dem Konsum

374 Vgl. Cichy 1988, S. 14-18.

375 Gemeint sind z. B. die Übernachfrage nach Investitionen und Inputs, die Hortung unterbeschäftigter Arbeitskräfte in den Betrieben sowie der Kaufkraftüberhang der Bevölkerung. Schon eine vorsichtige Liberalisierung konnte die Geldwertstabilität sowie die Vollbeschäftigungsgarantie unterminieren.

376 Höhmann 1982, S. 8; vgl. auch Drzymalla 1991, S. 231 ff.

377 Höhmann 1983, S. 22.

und räumte dem – im Vergleich zur Wirtschaftskraft – völlig überdimensionierten militärindustriellen Komplex (voenno-promyšlennyj kompleks) höchste Priorität ein.³⁷⁸ Eine auch nur begrenzte Wohlstandsverteilung durch den Markt hätte sich aber auf die starke unbefriedigte Konsumnachfrage konzentriert und diesen Präferenzen der Führung widersprochen.³⁷⁹

Zweitens konnten über den konservativen Ansatz hinausgehende Wirtschaftsreformen innen- und machtpolitische Risiken für die Führung nach sich ziehen. Die weitgehende Steuerung der Wirtschaft durch die Politik stellte ein Herrschaftsinstrument dar, dessen Preisgabe mit ebensolchen politischen Partizipationsbestrebungen einhergehen konnte, wie man sie in der ČSSR 1968 unterdrückt hatte. Zudem war, wie erwähnt, die Entstehung sozialer Spannungen zu erwarten. Selbst eine nur partielle Marktdezentralisierung musste außerdem zu einer stärkeren regionalen Ausdifferenzierung und einem zunehmenden Entwicklungsgefälle zwischen den Republiken führen, wodurch Nationalitätenkonflikte hervorbrechen konnten.³⁸⁰ Dieses Risiko bestand in kleineren Ostblockstaaten nicht.

Drittens war eine Änderung des planwirtschaftlichen Systems aus außenpolitischen Erwägungen der Führung unvorteilhaft. Im RGW konnte die UdSSR durch die Verflechtung der Planwirtschaften die kleineren Volkswirtschaften nicht nur kontrollieren, sondern auch am Entwicklungsvorsprung der DDR und der ČSSR teilhaben.³⁸¹ Unter Marktbedingungen hätten sich diese Länder,

378 Der Anteil der Verteidigungsausgaben am sowjetischen Bruttoinlandsprodukt wurde für 1980 in CIA-Schätzungen auf 18% (Durchschnitt für die USA 1960-87: 7,1%) beziffert. Realistischere nichtoffizielle sowjetische Schätzungen aus der Perestrojka-Zeit nennen gar 22-30 bzw. 40% des Bruttosozialprodukts (Werte übernommen von: Schrader 1991, S. 167 f.).

379 Vgl. Höhmann 1981, S. 19. Neben dem Militär blieb, trotz der stärkeren Berücksichtigung des Konsums nach Stalins Tod, das schnelle Wachstum der Schwerindustrie zur Schaffung der „materiellen Basis des Kommunismus“ das Hauptziel der Investitionspolitik (Nove 1980, S. 189 f.).

380 Vgl. Raupach 1983, S. 29 f. Betrachtet man die UdSSR als russisches Imperium, so kann man mit den Worten Höhmanns gar die zentralisierte Postenvergabe in der Wirtschaft als „geräuschlosestes Mittel der Russifizierung“ bezeichnen (Höhmann 1983, S. 23.).

381 Höhmann 1983, S. 24.

wie die heutige Entwicklung zeigt, aber ökonomisch eher in Richtung Westeuropa orientiert. Außerdem konnten Reformen einen vorübergehenden Wachstumseinbruch hervorrufen. Da das Land aber auch unter stabilen Bedingungen seine Militärmacht nur auf Kosten des niedrigen Lebensstandards unterhalten konnte, hätte dies den Supermachtstatus gefährden können. Schließlich konnten durch Handelsliberalisierung unerwünschte Abhängigkeiten von westlichen Staaten entstehen.³⁸²

Eine vierte, gesellschaftspolitische „Reformgrenze“ bestand in den Interessenlagen verschiedener wichtiger sozialer Gruppen, die Veränderungen wirksam blockieren konnten. Dies betraf zuerst die Wirtschaftseliten, die weitreichende – ja, wie die Untersuchung der Kosyginischen Reform gezeigt hat, sogar geringfügige – Reformen mehrheitlich ablehnten. Die Beamten der vielen Industrieministerien und Staatskomitees konnten kein Interesse daran haben, Posten, Macht und soziale Privilegien zugunsten des Marktes aufzugeben. Machteinbußen hätten zudem auch Parteifunktionäre der mittleren und unteren Ebene hinnehmen müssen.³⁸³ Eine ambivalente Interessenlage muss man annehmen, was die Betriebsmanager angeht. Einerseits sprachen aus ihrer Sicht wachsende Verantwortung und Risiko gegen Dezentralisierung, insbesondere die Leiter der vielen veralteten Verlustbetriebe hatten vom Markt nichts Gutes zu erwarten. Zudem waren auch Betriebsdirektoren Teil des privilegierten sowjetischen „Establishments“ (Grossman) und machten hier Karriere.³⁸⁴ Nebenher

382 Vgl. Segbers 1989, S. 78. Durch die Getreide- und Technologieimporte aus kapitalistischen Staaten war ohnehin eine gewisse Abhängigkeit vorhanden.

383 Besonders sind dabei die Sekretäre der Stadt- (gorkomy) und Gebietspartekomitees (obkomy, krajkomy) der Partei gemeint (vgl. Nove 1980, S. 136 f. und 383), die erstens für die Kontrolle der Betriebe und ihrer Planerfüllung zuständig waren und zweitens große informelle Macht hatten, da sie bei den ständigen Lieferproblemen als wirtschaftliche „Feuerwehr“ fungierten (ebd.).

384 Vgl. Thalheim 1972, S. 354. Grossman hielt Manager daher auch nicht für Unterstützer der Kosygin-Reform: „Letzten Endes sind die heutigen Manager diejenigen, die dank entsprechender Fähigkeiten oder guter Verbindungen unter dem alten System erfolgreich waren. Sie sind Teil des kommunistischen ‚Establishment‘. Müssen wir annehmen, daß sie eine Änderung der Spielregeln übermäßig unterstützen?“ (Grossman 1968, S. 291). Höhmann hält die Manager aus einem anderen Grund für Reformgegner: Das bestehende System schütze sie vor Mitbestimmung durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften (Höh-

ermöglichte ihre Position auch einträgliche Verdienste in der Schattenwirtschaft.³⁸⁵ Andererseits wünschte sich die Mehrzahl der Manager sicher weniger Gängelung durch Plan, Ministerium und Parteisekretär sowie stabile Lieferungen.³⁸⁶ Auch zeigt die Erfahrung der 1990er Jahre, wie sehr gerade findige Manager ökonomisch erfolgreicher Betriebe von Liberalisierungen profitieren konnten. Eine wichtige Gruppe stellt übrigens auch die Bevölkerung dar: Die gesellschaftliche „Stillstandsperiode“ (period zastoja) der Brežnev-Ära führte sicher nicht gerade zu enthusiastischer materieller Opferbereitschaft.³⁸⁷

Ein fünftes Hindernis jeder Marktdezentralisierung bestand in der Ideologie. Zwar spielte diese, wie bereits in [Abschnitt 2.1](#) angemerkt, für die Ausgestaltung des Stalinschen Wirtschaftsmechanismus keine entscheidende Rolle. Zudem nahm ihr Stellenwert ab den 1960er Jahren weiter ab, als an die Stelle des zukunftsgerichteten Idealismus Brežnevs „entwickelter Sozialismus“ als pragmatische, flexiblere Legitimierung der „verstetigten Gegenwart“³⁸⁸ trat. Gerade in der Wirtschaftswissenschaft verlor die dogmatische Politökonomie an

mann 1981, S. 25), die ja in Marktsozialismen wie in Jugoslawien oder dem „Prager Frühling“ tatsächlich starke Mitspracherechte erhielten. Boyer hebt die Kontinuität kommandowirtschaftlicher Verhaltensmuster der Manager, die jeder Reform im Wege stand, hervor (Boyer 2007, S. XVII).

385 Zur Verquickung legaler und illegaler Tätigkeiten von Betrieben in der UdSSR sowie für das Beispiel eines Betriebsdirektors siehe: Grossman 1984, S. 21-23.

386 Nove 1980, S. 385.

387 Ol'sevič und Gregory weisen im Gegenteil auf die damalige Ausbreitung von „Schmarotzertum“ (izdivenčestvo) und Apathie, den Verfall von Disziplin, Moral und Autoritäten sowie auf Korruption und dergleichen mehr hin (Ol'sevič und Gregory, S. 51). Die Bevölkerung – so muss man annehmen – wollte die Vorteile des Marktes genießen, ohne diejenigen der Planung zu verlieren, d. h. mehr Geld, feste Preise und volle Läden (Nove 1980, S. 362).

388 Plaggenborg, Stefan: Verstetigte Gegenwart. Über das Zeitverständnis im real existierenden Sozialismus, in: Schulze Wessel, Martin/Brenner, Christiane (Hg.): Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989, München 2010, S. 19-33. Bezogen auf die Wirtschaft diente die marxistisch-leninistische Ideologie sowjetischer Ausprägung weniger als ordnungspolitischer Bestimmungsfaktor, denn als „kommunikatives Schmiermittel“, als Motivations- und Legitimationsinstrument (Höhmman 1982, S. 15).

konkretem Einfluss.³⁸⁹ Doch ihr Kern, etwa das Postulat der Planbarkeit und Harmonie der sozialistischen Wirtschaft blieb sakrosankt.³⁹⁰

Insgesamt war der Spielraum für Wirtschaftsreformen in der Brežnev-Ära also einerseits durch die Machtinteressen der Parteiführung enger gesteckt als in der DDR und in Ungarn. Objektiv hätten Marktreformenten im Vielvölkerstaat UdSSR zu sehr großen ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen müssen – ein Blick auf die neunziger Jahre bestätigt dies. Unter solch krisenhaften Bedingungen und ohne die zentrale Ressourcenverteilung wäre der rüstungspolitische Kraftaufwand nicht mehr zu meistern gewesen. Ein Aufschieben war deshalb durchaus nachvollziehbar – solange, bis die Risiken eines weiteren „Durchwurstelns“ unter Gorbačev noch größer erschienen als die der Reform.

4.6.2 Abweichende Reformgrenzen in der DDR

Auch für die DDR lassen sich aufgrund des zurückhaltenden NÖS-Konzepts und der bis 1989 konservativen Wirtschaftspolitik enge Begrenzungsfaktoren für Reformen konstatieren, die, was Erwägungen der Herrschaftssicherung, ökonomische Umstellungsrisiken und die Interessen der Bürokratie anbelangt, tendenziell mit denjenigen in der UdSSR vergleichbar sind. Darüber hinaus sind jedoch auch einige DDR-spezifische Faktoren auszumachen, die dem NÖS enge Grenzen setzten.

Wirtschaftlich befand sich die DDR Anfang der 1960er Jahre in einer existenziellen Krise. Ziel der Reform musste also eine schnelle Stabilisierung sein; weitere – wenn auch nur vorübergehende – Konsumbeschränkungen wären der Bevölkerung nicht zu vermitteln gewesen.³⁹¹ Auch innenpolitisch erhoffte sich

389 Vgl. Drzymallas Darstellung der Optimalplanungsdiskussion (Drzymalla 1991, S. 286-295).

390 Dies zeigt auch der hartnäckige Widerstand gegen Marktpreise, der hinsichtlich der Kosygin-Reform erwähnt wurde. Eine umfassende Darstellung der Ideologie als „Reformgrenze“ gibt: Höhmann, Hans-Hermann: Grenzen für Wirtschaftsreformen in der UdSSR. Welche Rolle spielt die Ideologie?, Köln 1982.

391 Vgl. Steiner 2007, S. 115.

die SED vom NÖS eine herrschaftsstabilisierende Wirkung;³⁹² die Aufgabe der Direktivplanung als Machtinstrument hätte der Konsolidierung entgegen gewirkt.

Von besonders herausragender Bedeutung sind im Falle der DDR die außenpolitischen und ideologischen Einflüsse, die mit ihrer Sonderstellung als zweiter deutscher Staat zusammenhingen. Marktreformen wie in Ungarn waren hier von vornherein ausgeschlossen, da sie als Eingeständnis der Überlegenheit des westdeutschen Modells wahrgenommen worden wären. Damit wäre die Existenzberechtigung der DDR weggebrochen, sodass man auf dogmatische Abgrenzung setzen musste.³⁹³ Die progressive Reform in der ČSSR und die neue Ostpolitik der westdeutschen Regierung erhöhten den Abgrenzungsdruck weiter.³⁹⁴ Auch von innen – etwa von Wirtschaftswissenschaftlern – waren keine radikalen Reformanstöße zu erwarten, nachdem in den fünfziger Jahren Konformität erzwungen worden war.³⁹⁵ Sogar die NÖS-Reformdebatte wurde ab 1965 immer stärker gemaßregelt.³⁹⁶ Schließlich verhinderte der außenpolitische Sonderstatus der DDR auch insofern weitgehende Reformen, als sich die DDR stets in existenzieller Abhängigkeit von der Sowjetunion befand, die schon aufgrund ihrer genannten außenwirtschaftlichen Interessen Marktreformen in der DDR noch weniger toleriert hätte als in Ungarn.³⁹⁷

Als DDR-spezifische Reformgrenzen können daher die krisenhafte Lage zu Beginn der 1960er Jahre sowie der Sonderstatus der DDR, der harte ideologische

392 Vgl. Steiner 2007, S. 112.

393 Steiner 2007, S. 122; Lepin 1972, S. 69 f.

394 Die Kritik der DDR-Führung am „Prager Frühling“ war innerhalb des Ostblocks die „schärfste und intoleranteste“ (Thalheim 1972, S. 339). Vgl. auch Lepin 1972, S. 70.

395 1957 waren in der „Affäre Behrens-Benary“ marktreformorientierte Wirtschaftswissenschaftler des Revisionismus bezichtigt und zum Schweigen gebracht worden (vgl. Draheim, Hans-Georg: Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 [Oktober 2002], S. 920-932, URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/144_draheim.pdf [Aufruf am 11.09.12], hier: S. 922 f.).

396 1968 wurde der Kybernetiker Kohlmey, der sich für mehr Dezentralisierung ausgesprochen hatte, von Wirtschaftssekretär Mittag öffentlich angegriffen (Steiner 2007, S. 117). Bereits 1965 hatte das 11. ZK-Plenum zudem einen kultur- und gesellschaftspolitischen „Kahlschlag“ vorgenommen (vgl. Hoffmann 2003, S. 112f.).

397 Vgl. Raupach 1983, S. 25.

Abgrenzung von Westdeutschland und dogmatische Linientreue zu Moskau erforderte, konstatiert werden. Hinzu kamen die im vorherigen Abschnitt in Bezug auf die UdSSR ausgeführten systemisch bedingten Beschränkungen, die etwa im Widerstand wichtiger sozialer Gruppen bestanden. Marktsozialistische Reformen waren deshalb in der DDR sowohl aus Sicht der Herrschenden, als auch objektiv – der Staat schöpfte seine Daseinsberechtigung aus dem Sozialismus sowjetischer Interpretation und konnte von diesem Modell folglich nicht abweichen – ausgeschlossen.

4.6.3 Großer Reformspielraum in Ungarn

Wie die Untersuchung der ungarischen Wirtschaftsreform gezeigt hat, stieß diese auf nicht unerhebliche Widerstände von Seiten der Bürokratie und Teilen der politischen Führung sowie die Gefahr sozialer Verwerfungen. Die in Bezug auf die UdSSR beschriebenen Reformhindernisse lagen daher auch in Ungarn vor, doch traten diese hinter zwei Faktoren zurück, welche die vergleichsweise radikalen Veränderungen ermöglichten.

Der erste bestand, so muss angenommen werden, in der inkludierenden Herrschaftsausübung des Kádár-Regimes und seiner daraus resultierenden innenpolitischen Stabilität zum Zeitpunkt der Reformentscheidung. Wie Boyer plausibel darlegt, hatten die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands von 1956 und die darauf folgende repressive Phase der Machtkonsolidierung die Konfliktbereitschaft nicht nur der Bevölkerung, sondern auch des Regimes minimiert. Zwischen Herrschenden und Beherrschten entstand ein Gesellschaftsvertrag der „weichen Stabilisierung“.³⁹⁸ Auf diese Weise, so Adam, habe sich die Kádár-Führung bei den Bürgern einen gewissen Rückhalt erarbeiten können,

398 Dieser fußte auf dem Konsens, ein „zweites 1956“ müsse unbedingt vermieden werden. Dies bedeutete zunächst, die sowjetische Vorherrschaft als unabänderlich anzuerkennen und durch unbedingte Blocktreue zu vermeiden, sie herauszufordern. Im Gegenzug kam das Regime der Bevölkerung durch eine flexible Landwirtschaftspolitik, die Liberalisierung des Reiserechts und eine konsumorientierte Politik entgegen (vgl. Boyer 2007, S. XXXI-XXXIII). Zur Landwirtschaftspolitik in den sechziger Jahren siehe Varga 2007, S. 209-213.

weshalb die Industriereform von 1968 von der Bevölkerung als Maximum der unter den Bedingungen der Sowjetherrschaft möglichen Liberalisierung wahrgenommen worden sei.³⁹⁹ Das ungarische Regime stand also nicht „von unten“ unter Druck wie das tschechoslowakische. Dementsprechend groß war der Handlungsspielraum der Führung: Die Parteispitze konnte weitreichende Veränderungen eingehen, ohne damit unmittelbare machtpolitische Risiken auf sich zu nehmen.

Der zweite begünstigende Faktor bestand in der vergleichsweise großen Zurückhaltung und Toleranz der Sowjetunion im Falle Ungarns. Diese lässt sich erstens mit der außenpolitischen Linientreue des Kádár-Regimes erklären, das sich 1968 an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ beteiligte. Möglicherweise besaß Ungarn auch aufgrund seiner im Vergleich zu DDR und der ČSSR weniger exponierten geografischen Lage und geringeren ökonomischen Bedeutung etwas mehr Spielraum.⁴⁰⁰ Zweitens verstand die USAP ihre Reform ausschließlich als wirtschaftliche und legte große politische Vorsicht und Besonnenheit an den Tag, was sicherlich auch in Moskau registriert wurde.⁴⁰¹ Die ungarische Führung, die ein „zweites 1956“ oder einen „Budapester Frühling“ unbedingt vermeiden wollte, verzichtete bewusst auf alle Reformelemente, die potentiell politisch gefährlich werden konnten. Die ursprünglich geplante Arbeitermitbestimmung in den Betrieben verwarf man daher unter dem Eindruck der Ereignisse in der ČSSR.⁴⁰² Drittens wurde die Reform bereits Mitte der sechziger Jahre, als die KPdSU Reformen noch aufgeschlossener gegenüberstand als nach dem August 1968, beschlossen. Nach diesem Zeitpunkt, so darf man mit Sicherheit annehmen, hätte Kádár von der Sowjetunion kein grünes Licht mehr für sein marktsozialistisches Programm bekommen.⁴⁰³

399 Adam 1989, S. 28.

400 Vgl. Raupach 1983, S. 28.

401 Vgl. Höhmann 1981, S. 16.

402 Zu den Arbeiterräten in der ČSSR und ihrer Ablehnung durch UdSSR und DDR siehe Thalheim 1972, S. 327 u. 337. Zu den ungarischen Plänen, die u.a. die Absetzbarkeit des Direktors durch die Gewerkschaften vorsahen, siehe Nagy 1966, S. 746 f. In die von der Reform eingeführte Unternehmensverfassung wurde davon nichts übernommen (vgl. Giesbrecht 1987, S. 149).

403 Höhmann 1981, S. 27.

Insgesamt lässt sich somit der große Spielraum für Wirtschaftsreformen in Ungarn durch die Erfüllung zweier Bedingungen erklären: Einerseits wies die ungarische Führung aufgrund der innenpolitischen Stabilität des Kádárismus eine hohe Reformbereitschaft auf. Andererseits tolerierte die Sowjetunion die weitgehende Reform in Ungarn, da die USAP durch ihre vorsichtige Reformpolitik und die außenpolitische Linientreue glaubhaft demonstrierte, dass es keine Politisierung der Veränderungen geben werde.

5. Fazit

Die Geschichte der Planwirtschaft sowjetischen Typs ist eine Geschichte mit einem klar benennbaren, bekannten Ende, das in der Systemtransformation der einstigen Ostblockstaaten zum Kapitalismus besteht. Die Kenntnis des Endes ist einerseits erhellend. Andererseits vermag sie es, den Beobachter zu übermäßig geradlinigen, teleologischen Deutungen der Geschichte der Planwirtschaft zu verleiten. Eine solche Perspektive wurde für die vorliegende Untersuchung jedoch verworfen: Nicht nur lassen sich methodische Einwände dagegen vorbringen, sondern vor allem verspricht die Einnahme dieses Blickwinkels keinen Erkenntnisgewinn für die hier bearbeitete Fragestellung: Damit lässt sich nur das Ergebnis des Zusammenbruchs erklären, während rätselhaft bleibt, wieso die sowjetische Planwirtschaft trotz der ihr inhärenten Mängel immerhin sechs Jahrzehnte lang funktionieren konnte. Die Suche nach Erklärungen dieser Langlebigkeit muss daher die Entwicklung der Planwirtschaft in den Blick nehmen und in dieser nach stabilisierenden Elementen suchen. Ein solcher Stabilisator konnten – so der Ausgangspunkt dieser Arbeit – Reformen sein.

Doch welche Reform war dazu geeignet? Wie in [Kapitel 3](#) ermittelt, können konservative Teilreformen unter Aufrechterhaltung der Mikrosteuerung durch die Zentrale ebenso wie computer- und mathematikbasierte technokratische „Optimalplanungs“-Ansätze zwar als unzureichend für die Lösung der Planungsprobleme eingestuft werden. Diese theoretische Annahme hat sich bei der praktischen Untersuchung der Reformen der 1960er Jahre in der UdSSR und der DDR bestätigt: Die Funktionsmängel des Systems blieben dort weitgehend unangetastet. Doch angesichts der gravierenden Defizite des Mechanismus bewirkten bereits diese vorsichtigen Verbesserungen deutlich sichtbare ökonomische Effizienzsteigerungen. Darüber hinaus erwiesen sich einige Neuerungen

der Reformen als über die sechziger Jahre hinaus irreversibel. Insgesamt ermöglichten es die Reformen den rückständigen Planwirtschaften daher, sich an die veränderten Gegebenheiten zumindest teilweise anzupassen. Dadurch wurde die Stabilität der Wirtschaftssysteme vorübergehend gesichert und ihre Lebensdauer verlängert.

Marktsozialistische Modelle, in denen die Zentralplanung durch Marktallokation ergänzt wird, stellten hingegen einen theoretischen Ausweg dar, die Mängel der sowjetischen Planwirtschaft zu überwinden. Bei der praktischen Untersuchung des in Ungarn verfolgten marktsozialistischen Reformkurses hat sich das theoretische Potential dieses Reformtyps, die Grundmängel des Systems zu beseitigen, zwar nicht bestätigt. Dieses Ergebnis konnte auf mangelnden Wettbewerb einerseits, auf politische und soziale Widerstände andererseits zurückgeführt werden, die einer vollständigen Entfaltung marktsozialistischer Elemente entgegenstanden. Doch erwies sich das ungarische Modell immerhin als mindestens ebenso funktionsfähig wie das sowjetische, was – versetzt man sich in die Perspektive damaliger Entscheidungsträger – bedeutete, dass es eine real bestehende, systemimmanente Reformalternative darstellte.

Dass diese Alternative von anderen RGW-Staaten nicht genutzt wurde, muss zumindest für die UdSSR und die DDR weniger mit einer systembedingten „Unreformierbarkeit“ der Planwirtschaft, sondern mit länderspezifischen, machtpolitischen Kosten-Nutzen-Abwägungen der Führungen begründet werden. In beiden Staaten hätte eine Aufgabe der Planwirtschaft die politische Existenz bedroht: Nur die Zentralverwaltungswirtschaft ermöglichte der UdSSR die Finanzierung ihres Militärapparats und damit des Weltmachtstatus; in der DDR hätte eine Änderung des Wirtschaftsmodells die ideologische Existenzberechtigung unterminiert.

6. Literaturverzeichnis

- Adam, Jan: Economic Reforms in the Soviet Union and Eastern Europe since the 1960s, New York 1989.
- Arnold, Markus (Diss.): Reform und Transformation von Wirtschaftssystemen am Beispiel der ehemaligen Sowjetunion, Frankfurt a. M. u. a. 1994 (= Europäische Hochschulschriften; 5, 1579).
- Balassa, Béla: Der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ in Ungarn, in: Kaser, Michael C. u.a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 1), Freiburg i. Br. 1972, S. 181-214.
- Batt, Judy: Economic Reform and Political Change in Eastern Europe. A Comparison of the Czechoslovak and Hungarian Experiences, New York 1988.
- Boyer, Christoph: Einleitung. Zur idealtypischen Ablauflogik von Reformen im Kontext längerfristiger Pfadverläufe, in: Ders. (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die ČSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2007 (= Das Europa der Diktatur, 14), S. IX-XLII.
- Brus, Włodimierz: The Market in a Socialist Economy, London 1972.
- Campbell, Robert W.: The Failure of Soviet Economic Planning. System, Performance, Reform, Bloomington u. a. 1992.
- Conert, Hansgeorg: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow, Münster 1990.
- Conyngham, William J.: Technology and Decision Making. Some Aspects of the Development of OGAS, in: Slavic Review, 39/3 (Sept. 1980), S. 426-445.
- Dowlah, Alex F.: The Life and Times of Soviet Socialism, Westport 1997.
- Drogitschinski, N.J.: Probleme der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsreform, in: Ders. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 579-593.

- Drzymalla, Jürgen: Planung im sowjetischen Wirtschaftssystem, Frankfurt a. M. 1991.
- Ellman, Michael: Optimal Planning. A Review Article, in: Soviet Studies, 20/1 (Juli 1968), S. 112-136.
- Ellman, Michael: Optimal Planning Revisited, in: Soviet Studies, 21/2 (Okt. 1969), S. 243-250.
- Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin (Ost) 1962 (Bd. 20), S. 1-303.
- Fäßler, Peter E.: „Gegenelite“ versus „strategische Clique“. Kaderpolitik und -Entwicklung während der DDR-Wirtschaftsreform, in: Boyer, Christoph (Hg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt a. M. 2006, S. 559-598.
- Feiwel, George R.: The Soviet Quest for Economic Efficiency. Issues, Controversies, and Reforms, New York 1972.
- Fedorenko, Nikolaj Prokof'evič: Nekotorye voprosy praktiki planirovanija i upravlenija, Moskau 1979.
- Fedorenko, Nikolaj Prokof'evič/Ovsenko, Jurij Valentinovič/Petrakov, Nikolaj Jakovlevič: Vvedenie v teoriju i metodologiju sistemy optimal'nogo funkcionirovanija socialističeskoj ekonomiki, Moskau 1983.
- Giesbrecht, Andreas (Diss.): Die Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft und die ungarische Wirtschaftsreform. Darstellung, Kritik, Vergleich, Konstanz 1987.
- Gosplan SSSR protivostojal razvalu. Beseda s predsedatelem Gosplana SSSR N.K. Bajbakovym, in: Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i interv'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskau 2000, S. 85-107.
- Grossman, Gregory: Notes for a Theory of the Command Economy, in: Soviet Studies, 15/2 (Okt. 1963), S. 101-123, hier: S. 104 ff.
- Grossman, Gregory: Die „zweite Wirtschaft“ und die sowjetische Wirtschaftsplanung, Köln 1984.
- Gussarow, S.A: Die Vervollkommnung der Preisbildung, in: Drogitschinski, N.J.. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 484-495.
- Hamel, Hannelore: Anreiz- und Kontrollmechanismen in Wirtschaftssystemen, Berlin (West) 1981.

- Harrison, Mark: Accounting for War. Soviet Production, Employment, and the Defense Burden. 1940-45, Cambridge 1996.
- Hayek, Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach/Zürich 1943.
- Hayek, Friedrich August: Sozialistische Wirtschaftsrechnung II. Der Stand der Diskussion (1935), in: Ders.: Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik (Teil 1, Bd. 7), Tübingen 2004, S. 91-121.
- Hayek, F. A.: Socialist Calculation. The Competitive 'Solution', in: *Economica*. New Series, 7/26 (Mai 1940), S. 125-149.
- Heske, Gerhard: Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Janke, Dieter (Hg.): Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist "Erblast" der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik?, Leipzig 2009 (Diskurs; 32), S. 7-43.
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
- Hoffmann, Dierk: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich 2003.
- Höhmnn, Hans-Hermann: Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Köln 1974 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; 1974, 49).
- Höhmnn, Hans-Hermann (Diss.): Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der UdSSR. Ursachen, Voraussetzungen, Ergebnisse und Probleme der Reformmaßnahmen in der sowjetischen Industrie 1965-1976, Frankfurt a. M. 1978.
- Höhmnn, Hans-Hermann: The East European Economic Reforms in the Seventies. Policy by Default, Köln 1981 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; 1981, 7).
- Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung, Tübingen 2004 (= Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, 47).
- Horvat, Branko: Die Arbeiter-Selbstverwaltung. Das jugoslawische Wirtschaftsmodell, München 1973.
- Kantorovič, Leonid Vital'evič: *Ekonomičeskij rasčet nailučšego ispol'zovanija resursov*, Moskau 1959.

- Kirsch, Botho: Zwischen Marx und Murks. So wirtschaftet der Osten, Zürich 1986.
- Krylow, P.N. [u. a.]: Die Vervollkommnung der Volkswirtschaftsplanung unter den Bedingungen der Reform, in: Drogitschinski, N.J. u. a. (Hg.): Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Berlin (Ost) 1972, S. 154-224.
- Kudrov, Valentin Michajlovič: Sovetskaja ekonomika v retrospektive. Opyt pereosmyslenija, Moskau 2003.
- Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism. Part One, in: The Review of Economic Studies, 4/1 (Okt. 1936), S. 53-71.
- Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism. Part Two, in: The Review of Economic Studies, 4/2 (Feb. 1937), S. 123-142.
- Lepin, Gert: Bilanz der Wirtschaftsreform in der DDR, in: Kaser, Michael C. u.a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 1), Freiburg i. Br. 1972, S. 65-108
- Liberman, Evsej Grigor'evič: Plan, pribyl', premija, in: Pravda vom 09.09.1962, S. 3.
- Liberman, Evsej Grigor'evič: Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion, Frankfurt a. M. 1974.
- Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a. M. 2000.
- Mau, Vladimir: The Road to Perestroika. Economics in the USSR and the Problems of Reforming the Soviet Economic Order, in: Europe-Asia Studies 48 (2), 1996, S. 207-224.
- Meissner, Boris: Die Sowjetunion im Umbruch, Stuttgart 1988.
- Melzer, Manfred: DDR. Reformpolitik mit erwartbaren Erfolgen, Köln 1984.
- Mises, Ludwig: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922.
- Nagy, Julius: Der geplante Wirtschaftsmechanismus und die künftige Rolle der Gewerkschaften in Ungarn, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 17 (Dez. 1966), S. 744-747.
- Nemčinov, Vasilij Sergeevič: Primenenie matematiki v ekonomičeskich issledovanijach, Moskau 1959.

- Nemčinov, Vasilij Sergeevič: Socialističeskoe chozjajstvovanie, in: Kommunist, 11/1987, S. 23-32.
- Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, Baden-Baden 1980.
- Nove, Alec: An Economic History of the USSR. 1917-1991, London [u.a.] 1992.
- Novožilov, Viktor Valentinovič: Izmerenie zatrat i ich rezul'tatov v socialis-tičeskom chozjajstve, Moskau 1959.
- Novožilov, Viktor Valentinovič: Novyj etap razvitija sistemy upravljenja so-vetskoj ekonomiki, in: Ekonomika i matematičeskie metody, 5/1967, S. 662-663.
- Ob ulučšenii upravljenja promyšlennost'ju, soveršenstvovanii planirovanija i usilenii ekonomičeskogo stimulirovanija promyšlennogo proizvodstva. Doklad člena Prezidiuma CK KPSS, Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR tovarišča A. N. Kosygina, in: Pravda vom 28.09.1965, S. 1-4.
- Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i inter-v'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskva 2000.
- Pirker, Theo u. a. (Hg.): Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.
- Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964-1985, in: Ders. (Hg.): Handbuch der Geschichte Russlands (Bd. 5/I), Stuttgart 2002, S. 341-395.
- Plaggenborg, Stefan: Reformen in der Sowjetunion 1953-1991, in: Boyer, Chris-topth (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sow-jetunion, Polen, die CSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich (Das Europa der Diktatur 14), Frankfurt 2007, S. 23-45.
- Plaggenborg, Stefan: Verstetigte Gegenwart. Über das Zeitverständnis im real existierenden Sozialismus, in: Schulze Wessel, Martin/Brenner, Christiane (Hg.): Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989, München 2010, S. 19-33.
- Polster, Joachim: Zum Problem der optimalen Investitionsquote. Analyse und Vergleich zweier älterer und zweier neuerer sowjetischer Modelle, Berlin (West) 1971.
- Raicin, V.Ja: Normativnye metody planirovanja urovnja žizni, Moskau 1967.

- Raupach, Hans: Notwendigkeiten und Grenzen von Wirtschaftsreformen in Staaten des realen Sozialismus, Köln 1983 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; 1983, 41).
- Reforma Kosygina i ee preodolenie komandno-administrativnoj sistemoj. Intervju s zamestitelem predsedatelja Gosplana SSSR prof. A.V. Bačurinym, in: Ol'seвиč, Jurij/Gregory, Paul: Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i intervju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskau 2000, S. 108-118.
- Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1995, S. 11-46.
- Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Freiburg/Berlin 1990.
- Roosevelt, Frank: Market Socialism. A Humane Economy?, in: Journal of Economic Issues, 3/4 (Dez. 1969), S. 3-20.
- Ruban, Maria Elisabeth: Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion 1955 – 1980. Planziele und Ergebnisse im Spiegelbild sozialer Indikatoren, Frankfurt a. M. 1983.
- Sachse, Thomas (Diss.): Die Entwicklung des zentralen Planungssystems zu einer stärkeren Globalisierung, München 1994.
- Sauer, Thomas: Kommando- oder Verhandlungswirtschaft? Zur politischen Ökonomie des alten Wirtschaftssystems und ihren Konsequenzen für den postsowjetischen Transformationsprozeß, Köln 1991.
- Schattenberg, Susanne: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49-50/2011.
- Schrader, Klaus: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungskonversion in der Sowjetunion, in: Die Weltwirtschaft, 1/1991, S. 166-179.
- Schroeder, Gertrude E.: Economic Reform of Socialism. The Soviet Record, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 507: Privatizing and Marketizing Socialism (Januar 1990), S. 35-43.
- Schwärzel, Renate: Beginn einer Strukturkrise? Investitionspolitik und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: Cerny, Hochen (Hg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 265-272.
- Schumpeter, Joseph: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950.

- Seidenstecher, Gertraud: Die sowjetische Wirtschaft an der Jahreswende 1973/1974. Planerfüllungsbericht 1973 und Volkswirtschaftsplan 1974. Andauernde Konsolidierungsbestrebungen, Köln 1974.
- Seidenstecher, Gertraud/Höhmman, Hans-Hermann: Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft im 9. Planjahr, Köln 1976.
- Sherman, Howard J.: The Theory of Socialist Planning: Comment, in: Journal of Political Economy, 81/2, Teil 1 (März/April 1973), S. 450-458.
- Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986.
- Spulber, Nicolas: Restructuring the Soviet Economy. In Search of the Market, Ann Arbor 1991.
- Steiner, Andre: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform und ihr Platz in der Geschichte, in: Boyer, Christoph (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsformen. Die Sowjetunion, Polen, die CSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich (Das Europa der Diktatur 14), Frankfurt 2007, S. 109-122.
- Statisztikai évkönyv [Ungarisches Statistisches Jahrbuch] 1980, Budapest 1981.
- Thalheim, Karl C.: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Berlin (West) 1965.
- Thalheim, Karl C. u. a. (Hg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968.
- Thalheim, Karl C.: Wirtschaftsreformen in Osteuropa – eine Zwischenbilanz nach 9 Jahren, in: Kaser, Michael C. u. a. (Hg.): Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen (Bd. 2), Freiburg i. Br. 1972, S. 317-367.
- Tompson, William J.: Industrial Management and Economic Reform under Khrushchev, in: Taubman, William u. a. (Hg.): Nikita Khrushchev, New Haven u. a. 2000, S. 138-159.
- Vajna, Thomas: Ungarn. Gleichgewicht kontra Wachstum, in: Erdmann, Kurt u. a. (Hg.): Wirtschaftspolitische Tendenzen in Osteuropa: DDR, UdSSR, Ungarn, Köln 1982 (= Beiträge zur Wirtschafts- u Sozialpolitik; 1982, 4/5), S. 51-74.

- Varga, Zsuzsanna: The „Modernizing“ Role of Agriculture in the Hungarian Economic Reform, in: Boyer, Christoph (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die ČSSR, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2007, S. 201-218 (= Das Europa der Diktatur, 14).
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998.
- Yurchak, Alexei: Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton 2006.
- Zell, Günther: Information und Wirtschaftslenkung in der UdSSR. Eine Analyse des volkswirtschaftlichen Informationssystems, Berlin (West) 1980.
- Živaja istorija reformy 1965 g. Interv'ju s rukovoditelem Otdela novych metodov planirovanija i ekonomičeskogo stimulirovanija Gosplana SSSR prof. V.M. Ivančenko, in: Ol'sevič, Jurij/Gregory, Paul Planovaja sistema v retrospektive. Analiz i interv'ju s rukovoditeljami planirovanija SSSR, Moskau 2000, S. 119-129.

6.1 Verwendete Internetseiten

- Draheim, Hans-Georg: Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 (Oktober 2002), S. 920-932, URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/144_draheim.pdf (Aufruf am 11.09.12)
- Lineare Optimierung, in: Wirtschaftslexikon24.net, URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/lineare-programmierung-lp/lineare-programmierung-lp.htm> (Aufruf am 11.08.12).
- Müller-Marein, Josef: Abstimmung mit den Füßen. Die große Flucht in Deutschland, in: Die Zeit vom 21.07.1961, URL: <http://www.zeit.de/1961/30/abstimmung-mit-den-fuessen> (Aufruf am 24.08.12)
- Narodnochozjajstvennyj kriterij optimal'nosti, in: Ekonomiko-matematičeskij slovar' Lopatnikova, URL: <http://slovari.yandex.ru/~книги/Лопатников/Народнохозяйственный критерий оптимальности> (Aufruf am 11.08.12).

Literaturverzeichnis

- Ob"ektivno obuslovlennye ocenki, in: Ekonomiko-matematičeskij slovar' Lopatnikova, URL: <http://slovari.yandex.ru/~книги/Лопатников/Объективно обусловленные оценки> (Aufruf am 11.08.12)
- Pichorovič, V.D.: Trud, kapital, energija. Nevostrebovannaja al'ternativa ry-nočnoj reformy, in: Al'manach „Vostok“, 14/2 (Feb. 2004), URL: http://www.situation.ru/app/j_art_781.htm (Aufruf am 13.08.12).
- Schattenpreis, in: Wirtschaftslexikon24.net, URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/schattenpreis/schattenpreis.htm> (Aufruf am 14.09.12).

7. Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CIA	Central Intelligence Agency
CFB	Central Planning Board
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
Goskomcen	Staatliches Komitee für Preise (UdSSR)
Gossnab	Staatliches Komitee für materiell-technische Versorgung (UdSSR)
Gosplan	Staatliches Plankomitee (UdSSR)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NÖS (auch: NÖSPL)	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (DDR)
NWM	Neuer Wirtschaftsmechanismus (Ungarn)
OGAS	Gesamtstaatliches automatisiertes System der Datensammlung und -verarbeitung für die Berechnung, Planung und Leitung in der Volkswirtschaft (russ.: Obščegosudarstvennaja avtomatizirovannaja sistema sbora i obrabotki dannych dlja učeta, planirovanija i upravljenija narodnym chozjajstvom)
o.o.o.	objektiv bestimmte Bewertungen (russ.: ob"ektivno obuslovlennye ocenki)
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus (DDR)
PO	Produktionsvereinigung (russ: Proizvodstvennoe ob"edinenie)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Abkürzungsverzeichnis

SOFE	System des optimalen Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft
SPK	Staatliche Plankommission (DDR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe (DDR)
VWR	Volkswirtschaftsrat (DDR)
ZK	Zentralkomitee

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich meine Masterarbeit ohne die Hilfe Dritter und ohne Bezug auf andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den verwendeten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

München, den 19. September 2012

Thomas Rabl

